

ARCHITEKTUR DER DDR 6'74

Preis 5,— Mark

Halle-Neustadt – eine Stadt unserer Tage

Die Zeitschrift Architektur der DDR
erscheint monatlich
Heftpreis 5,– M, Bezugspreis vierteljährlich 15,– M.

Bestellungen nehmen entgegen:
Заказы на журнал принимаются:
Subscriptions of the journal are to be directed:
Il est possible de s'abonner à la revue:

In der Deutschen Demokratischen Republik:
Sämtliche Postämter, der örtliche Buchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin

Im Ausland:

· Sowjetunion
Alle Postämter und Postkontore
sowie die städtischen Abteilungen Sojuspetchatj

· Volksrepublik Albanien
Ndermarrja Shtetnore Botimeve, Tirana

· Volksrepublik Bulgarien
Direktion R. E. P., Sofia, Wassil-Lewsky 6

· Volksrepublik China
Waiwen Shudian, Peking, P. O. Box 50

· Volksrepublik Polen
Ruch, Warszawa, ul. Wronia 23

· Sozialistische Republik Rumänien
Directia Generala a Postei si Difuzarii Presei Palatul Administrativ C. F. R., Bukarest

· Tschechoslowakische Sozialistische Republik
Postovni novinová služba, Praha 2 – Vinohrady,
Vinohradská 46 –
Bratislava, ul. Leningradska 14

· Ungarische Volksrepublik
Kultura, Ungarisches Außenhandelsunternehmen
für Bücher und Zeitungen, Budapest I, Vö Utja 32

· Österreich
GLOBUS-Buchvertrieb, A – 1201 Wien I Höchstädtplatz

· Für alle anderen Länder:
Der örtliche Buchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen
108 Berlin, Französische Straße 13–14

· BRD
· Westberlin
Der örtliche Fachbuchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin

Verlag

VEB Verlag für Bauwesen, Berlin
Französische Straße 13–14
Verlagsleiter: Georg Waterstradt
Telefon: 22 03 61
Telegrammadresse: Bauwesenverlag Berlin
Fernschreiber-Nr. 011 441 Techkammer Berlin
(Bauwesenverlag)

Redaktion

Zeitschrift „Architektur der DDR", 108 Berlin,
Französische Straße 13–14
Telefon: 22 03 61
Lizenznummer: 1145 des Presseamtes
beim Vorsitzenden des Ministerrates
der Deutschen Demokratischen Republik
P 3/51/74 bis P 3/62/74, P 162/74

Gesamtherstellung:

Druckerei Märkische Volksstimme, 15 Potsdam,
Friedrich-Engels-Straße 24 (I/16/01)
Printed in the GDR

Im nächsten Heft:

Architektenausbildung und Praxis
Absolventenbefragung durch den BdA/DDR
Das Produktionspraktikum
Studentenwettbewerb
Studentenarbeiten

Redaktionsschluß:

Kunstdruckteil: 29. März 1974
Illusdruckteil: 5. April 1974

Titelbild:

Blick auf den zentralen Bereich von Halle-Neustadt
Foto: Gerald Große, Halle-Neustadt

Fotonachweis:

Jürgen Wendt, Weimar (1); Zentralbild/Hesse (1); Gerald Große, Halle-Neustadt (27); Klaus-Dieter Plewa, Halle (6); Werner Ziegler, Halle (8); Wolfgang Scholtysek, Halle (1); Wolfgang Otte, Leipzig (1); Horst Rudweleit, Köthen (1); Heinz Noack, Halle (1); W. Mikolajczyk, Halle (4); Gerhard Richter, Halle (3); Heinz Möhrdel, Halle (1); VE(B) SBTK Halle/Lorenz (6); Foto-Ziegler, Halle (3); Büro für Städtebau des Bezirkes Halle, Archiv (2); Siegfried Kunze, Jeßnitz (1); Jürgen Nagel, Berlin (1); Karl-Heinz Krämer, Berlin (1); Dieter Brauer, Leipzig (1); Sommerfeld/Ziebarth, Berlin (1); ADN-Zentralbild/Kutscher (1); Harry Schmidt, Berlin (1)

Title changed to:

Title formerly:

DEUTSCHE ARCHITEKTUR



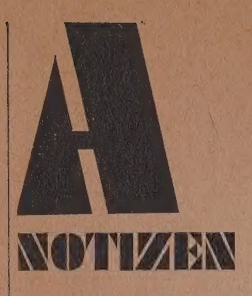
ARCHITEKTUR DER DDR

XXIII. JAHRGANG · BERLIN · JUNI 1974

Herausgeber: Bauakademie der DDR und Bund der Architekten der DDR

Redaktion: Dr. Gerhard Krenz, Chefredakteur
Dipl.-Ing. Claus Weidner, Stellvertretender Chefredakteur
Bauingenieur Ingrid Korölus, Redakteur
Detlev Hagen, Redakteur
Ruth Pfestorf, Redaktionssekretärin

Gestaltung: Erich Blocksdorf



NOTIZEN

In eigener Sache

Zum ersten Mal legen wir Ihnen, verehrter Leser, die Ihnen vertraute und vielleicht seit Jahren oder sogar schon seit Jahrzehnten abonnierte Fachzeitschrift mit einem neuen Titel vor. Dazu ein Wort in eigener Sache.

Die Architektur, an deren Werden und Wandel die meisten unserer Leser selbst mitgewirkt haben, die Architektur, in der wir leben, ist vor allem in den letzten Jahren auch international zu einem Begriff geworden. Sie ist die Architektur einer sich entwickelnden sozialistischen Gesellschaft, die sich bewußt von bürgerlichen Architekturvorstellungen absetzt und immer stärker eigene, an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Wertmaßstäbe entwickelt.

Das hat die Herausgeber zu dem gemeinsamen Beschluß bewogen, unserer Zeitschrift anläßlich des 25jährigen Bestehens der Deutschen Demokratischen Republik einen neuen Titel zu geben, einen Namen, der ausdrückt, was das gemeinsame Ziel der Architekten, Städtebauer und aller Bauschaffenden unseres Landes ist.

Dieser Titel drückt nicht nur klar aus, was unser Hauptanliegen ist, macht nicht nur einen territorialen Standort, sondern auch den politischen Standpunkt deutlich, zu dem wir uns bekennen. Er sagt, wovon wir uns abgrenzen und mit wem uns gemeinsame Probleme des sozialistischen Architekturschaffens verbinden.

Wir sind uns bewußt, daß uns – die Redaktion wie die Autoren – der neue Titel unserer Zeitschrift verpflichtet, die Erfahrungen, Erkenntnisse und Leistungen der DDR auf dem Gebiete des Städtebaus und der Architektur mit hohem Niveau darzulegen.

Aber wir wollen damit keinesfalls einseitig nur unsere guten Leistungen repräsentieren. So wirksam die Kraft des Beispiels für die weitere Entwicklung der Architektur auch ist, so notwendig ist auch eine realistische Betrachtung und kritische Wertung alles bei uns Gebauten. Die Architektur, in der wir leben, über die wir uns freuen oder ärgern, besteht ja nicht nur aus den großen Bauten, die in der Öffentlichkeit das meiste Interesse erwecken. Deshalb wollen wir künftig auch den „einfachen" Bauten, deren Gestaltung oft am schwersten ist, größere Aufmerksamkeit widmen.

Insgesamt wollen wir, daß unsere Zeitschrift das Architekturschaffen der DDR so problematisch widerspiegelt, wie es im Leben ist. In diesem Sinne möchten wir auch die Nutzer unserer Architektur künftig stärker in unsere Diskussion einbeziehen, denn die Auseinandersetzung mit den Problemen von heute ist die Grundlage für bessere Lösungen von morgen.

Darum geht es uns vor allem: Anregungen und Anstöße für bessere Lösungen, für den Fortschritt in der Architektur zu geben. Deshalb darf unser Blickfeld nicht auf unsere eigene Arbeit beschränkt sein, sondern muß alle die reichen Erfahrungen unserer Kollegen in den befreundeten sozialistischen Ländern und alles, was der wissenschaftlich-technische Fortschritt in der Welt hervorbringt und für die Lösung unserer Aufgaben von Interesse ist, umfassen.

Dabei hoffen wir auf eine noch engere und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unseren Lesern und Autoren.

Nicht zuletzt möchten wir mit der Herausgabe des ersten Heftes der „Architektur der DDR" allen Bauschaffenden unserer Republik unsere herzlichsten Glückwünsche zum Tag des Bauarbeiters übermitteln.

Ihre Redaktion
Architektur der DDR

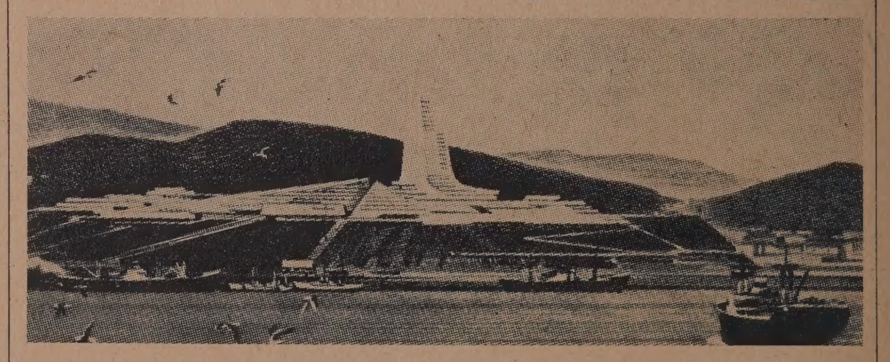


Diese Wohngebäudegruppe im Wohngebiet Karoliniskes in Vilnius macht Variationsmöglichkeiten in der Plattenbauweise deutlich u. a. die Kombination mehr- und vielgeschossiger Bauten, Eck- und Winkellösungen.

UdSSR: Gebäude werden leichter

In der allseitigen Verringerung des Gewichts von Gebäuden sowie in der umfassenden Anwendung leichter Konstruktionen und effektiver Baustoffe sieht der Direktor des Zentralen Forschungsinstitutes für Baukonstruktionen der UdSSR, Prof. Dr. A. Smirnow, ein wesentliches Element des technischen Fortschritts im Bauwesen.
Neben Entwicklungsarbeiten auf dem Gebiet leichter räumlicher Stabtragwerke aus Metall wurden von diesem Institut einige, vielleicht bahnbrechende Neuentwicklungen vorgestellt. Eine dieser Entwicklungen führte zu einem neuen technischen Begriff: räumliche Konstruktionen aus gezogenen dünnen Aluminiumstreifen, die unter Zugbeanspruchung stehen. Die Metallstreifen, die in Längen von 500 m auf die Baustelle geliefert werden, sind Bestandteil vorgespannter Schalen und wurden bereits bei Bauten mit bis zu 60 m Spannweite angewendet.
Originell erscheint auch eine Membrandachkonstruktion aus geflochtenen Aluminiumstreifen. Das Dach wird durch schrittweises Ausrollen der Streifen auf dem Erdboden hergestellt, wobei Schweißarbeiten entfallen. Solche Dächer wurden für Bauten mit bis zu 80 m Spannweite erprobt.
Eine andere an diesem Institut erforschte Entwicklungsrichtung sind sogenannte vorgespannte Raumblöcke, die große Stützweiten überspannen. Die Seiten dieser Raumblöcke bilden Binder, während für die obere und die untere Seite vorgespannte Aluminiumbleche verwendet werden. Die Bleche sind voll in die Tragkonstruktion eingebunden und haben gleichzeitig die Funktion der Dachoberflächen (oben) und der Decke (unten). Eine Ausstellungshalle wurde bereits aus solchen Raumblöcken in den Abmessungen von 30 m $\times$ 30 m in Setuna montiert. Vorbereitet werden solche Konstruktionen mit einer Spannweite von 54 m für die Eindeckung eines Hockeyspielfeldes in Moskau. Für die Rekonstruktion eines Leningrader Betriebes werden solche Raumblöcke mit einer Spannweite von 110 m entwickelt. Dabei ist vorgesehen, eine neue Werkhalle um eine alte herum zu bauen und dann den Altbau ohne Produktionsunterbrechung schrittweise abzubrechen.
Zu weiteren Entwicklungsarbeiten gehören neue Typen von großformatigen, für konstruktive Zwecke geeignete Asbestzementplatten mit Bezeichnung „UW" und „SW 40", die in verschiedenen Bereichen des Bauwesens Anwendung finden können. Die Anwendung solcher Platten soll eine Materialeinsparung um 8 bis 14 Prozent und eine Senkung des Arbeitsaufwandes um 25 bis 30 Prozent ermöglichen. Gegenüber entsprechenden Stahlbetonplatten kann eine Gewichtsminderung um ein Viertel erreicht werden. Darüber hinaus beschäftigt man sich mit geleimten Holzkonstruktionen, Traglufthallen und anderen Konstruktionen, mit denen Bauten künftig wesentlich leichter werden können.

Projekt eines Wohngebietes für 20 000 Einwohner in Nachodka (UdSSR). Die terrassenförmig angelegten Wohnbauten sind speziell für die Seeleute dieser Hafenstadt vorgesehen. (Architekten Arndt, Grinberg u. a.)



Beratung über Grundfragen des Städtebaus

Unter Leitung ihres neuen Vorsitzenden, Prof. Dr. Urbanski, beriet die Sektion Städtebau und Architektur des Plenums der Bauakademie der DDR auf ihrer Tagung am 14. 2. 1974 Grundfragen des sozialistischen Städtebaus in der DDR.
Vertreter einer zeitweiligen Arbeitsgruppe unter Leitung des stellvertretenden Sektionsvorsitzenden, Prof. Schneidratus, trugen dazu Gedanken, Vorschläge und offene Fragen vor. Schwerpunkte der Diskussion waren Probleme der gesellschaftspolitischen Zielstellung für die langfristige Entwicklung des sozialistischen Städtebaus, der Stadtstruktur und des Umgestaltungsprozesses, der Anforderungen des sozialistischen Städtebaus an die technische Politik im Bauwesen, der Bedeutung der Generalbebauungsplanung im Rahmen der Volkswirtschaftsplanung, der Kommunikationsformen in ihrer Wechselbeziehung zum Städtebau und ökonomische Probleme im Städtebau.
Es ist geplant, das Material für das 31. Plenum der Bauakademie der DDR zu präzisieren.
Ziel ist, den Standpunkt der Sektion zur Entwicklung des sozialistischen Städtebaus und zu den Aufgaben der Stadtplanung bei der Erfüllung des Wohnungsbauprogramms der DDR darzulegen und Empfehlungen an die zentralen Staatsorgane für die volle Ausschöpfung der durch die WBS 70 gegebenen Möglichkeiten zu erarbeiten.
R. S.

Ekotal bietet dem Rost Paroli

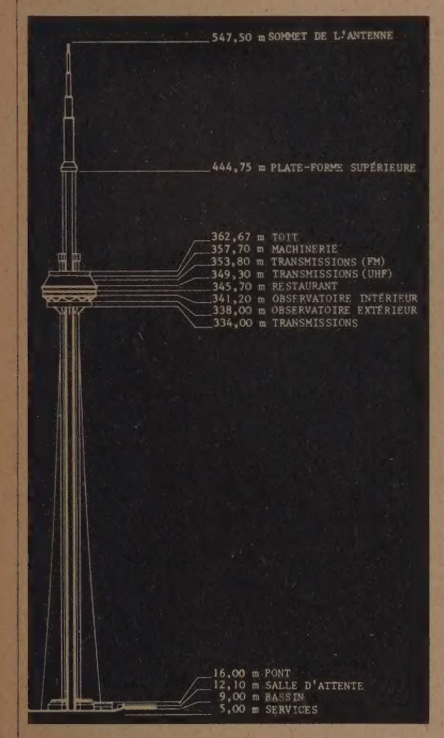
Die erste Großanlage zur Produktion kunststoffbeschichteter Bleche wird noch im 25. Jahr der DDR im Bandstahlkombinat „Hermann Matern" Eisenhüttenstadt in Betrieb genommen. Über Vorteile und Perspektiven des Einsatzes der Spezialerzeugnisse mit dem Namen „Ekotal", die die Härte und Festigkeit von Stahl mit der Korrosionsbeständigkeit von Plaste verbinden, informierten Fachleute auf einem Symposium in Leipzig.

Ekotal ist, wie Einsatzerprobungen in rund 100 DDR-Betrieben bewiesen, praktisch universell einsetzbar. So als Verkleidung für Außen- und Innenwände im Bauwesen, für Gerätegehäuse, Rohrleitungen, Kfz-Kennzeichen und viele andere Zwecke. Sein besonderer Vorteil besteht darin, daß die hauchdünne Kunststoffbeschichtung die Bleche für den Rost fast völlig unangreifbar macht. Fachleute rechnen mit einer Lebensdauer feinster Bleche unter normalen Bedingungen von 15 bis 20 Jahren. Nach Inbetriebnahme der neuen Anlage im Bandstahlkombinat, die gegenwärtig in der Erprobungsphase ist, sollen jährlich zwischen 10 und 15 Millionen Quadratmeter Ekotal-Bleche für Anwender in der DDR und in anderen RGW-Staaten hergestellt werden, die an den Entwicklungsarbeiten beteiligt waren.

HAB Weimar aktiv für Freundschaft

Unter der Losung „Mit der Sowjetunion auf ewig verbunden – alle Kraft für die Stärkung des Sozialismus und des Friedens" bewerben sich weitere 25 Kollektive der Weimarer Bauhochschule im „Aufgebot der Freundschaft" um den Ehrennamen „Kollektiv der DSF". Zur noch besseren Nutzung der Erkenntnisse und Erfahrungen der sowjetischen Bauforschung sollen an der Hochschule „Tage der sowjetischen Wissenschaft und Technik", stattfinden.

Neben der Gründung eines Russischklubs sind auch Treffen mit Komsomolzen und sowjetischen Studenten vorgesehen. Das „Kabinett der Freundschaft" im Studentenheim am Jakobsplan soll zu einem geistig-kulturellen Zentrum entwickelt werden. Fruchtbare wissenschaftliche Partnerbeziehungen bestehen zum Moskauer Bauingenieurinstitut „W. W. Kuibyschew", zur Hochschule für Ingenieur- und Bauwesen Vilnius und zu anderen Bildungseinrichtungen in sozialistischen Ländern.



In Toronto (Kanada) befindet sich das derzeit höchste Turmbauwerk der Welt, ein 547 m hoher Funk- und Fernsehturm, im Bau. Dieser Bau wird an Höhe nur durch einen in der VR Polen errichteten Funkmast übertroffen.

Umweltschutz in Dresden

Große Aufmerksamkeit wird den Problemen der sozialistischen Landeskultur und des Umweltschutzes auch im Bezirk Dresden gewidmet. In diesem Jahr stehen über 50 Millionen Mark zur Verfügung, um unter anderem den Verschmutzungsgrad der Luft und der Gewässer zu senken sowie störenden Lärm zu mindern. Der Volkswirtschaftsplan des Bezirkes weist 82 größere Vorhaben aus, die vorwiegend im Ballungsgebiet oberes Elbtal und in den Kreisen Riesa und Görlitz begonnen oder weitergeführt werden.

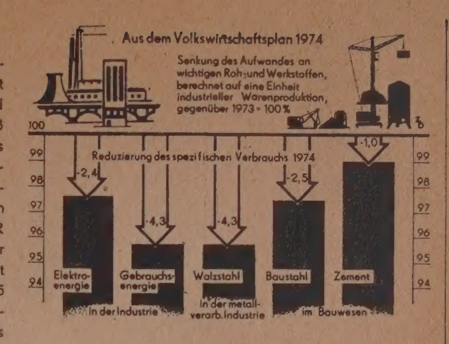
Besondere Bedeutung haben dabei der Einbau von Filteranlagen in Schornsteine, die Installation von Absaugvorrichtungen sowie zielgerichtete Rekonstruktionen in größeren Werken des Industriezentrums zwischen Pirna und Riesa. Sie dienen vorrangig dazu, die Luftverunreinigung zu reduzieren und für die hier ansässige halbe Million Bürger bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu schaffen. Der Einsatz von sowjetischem Erdgas als Energieträger in Großbetrieben der Metallurgie von Riesa und Freital wirkte sich lufthygienisch bereits günstig aus.

Neun im Triebischtal gelegene Betriebe sind übereingekommen, gemeinsam ein Heizhaus statt mehrerer kleiner zu bauen und auf diese Weise ihren Beitrag zur Verwirklichung des sozialistischen Landeskulturgesetzes zu leisten. Der Pirnaer Zellstoffbetrieb stellt sich auf ein abgasarmes Verfahren um; der VEB Kraftwerk „Völkerfreundschaft" Hagenwerder wiederum erhöht die Leistungsfähigkeit seines Filteraschesystems.

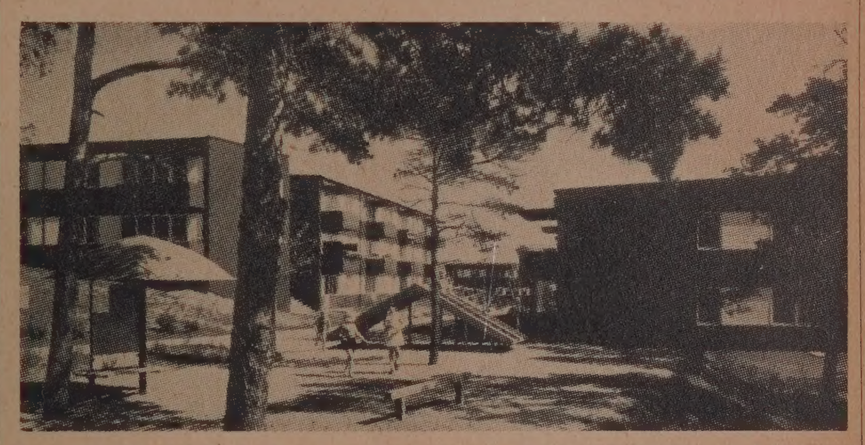
Zehn Großbetriebe und Kombinate im drittgrößten Industriebezirk der DDR haben verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung der Abwasserqualität eingeleitet. Sie arbeiten dabei eng mit den staatlichen Organen zusammen. Erst kürzlich konnte eine neue Kläranlage in Görlitz in Betrieb genommen werden. Sie gilt als die modernste in der Republik. Das geklärte Wasser wird auf die umliegenden Felder verregnet.

Stichwort Materialökonomie

Langjährige Erfahrungen in verschiedenen Industriezweigen besagen, daß mindestens 80 Prozent des Materialverbrauchs durch die Konstruktion und die Projektierung beeinflußt werden können. Daß dies auch für das Bauwesen gilt, zeigt folgendes Beispiel, das auch andere zum Nachdenken anregen sollte: Architekten und Ingenieure des Wohnungsbaukombinates Karl-Marx-Stadt entwickelten in Zusammenarbeit mit der Bauakademie der DDR eine Variante der Wohnungsbauserie 70, bei der der Zementverbrauch um 15 Prozent niedriger liegt als bei bisherigen Typen. Das bedeutet für 1975 bereits eine Einsparung von rund 8000 Tonnen Zement im Bezirk Karl-Marx-Stadt, ein Materialplus für etwa 700 zusätzliche Wohnungen. Dabei wurde gleichzeitig die Wärmedämmung so verbessert, daß 25 Prozent der bisher benötigten Wärmeenergie eingespart werden können.



Der Volkswirtschaftsplan der DDR für das Jahr 1974 sieht unter anderem auch eine Reduzierung des spezifischen Materialverbrauchs von Baustahl um 2,5 Prozent und von Zement um 1 Prozent vor.



Bei diesem Wohngebiet in Ljuskärrsberget (Dänemark) wurden dreigeschossige Wohngebäude um kleine intime Wohnhöfe gruppiert. Dabei wurde die Geländebewegung und der vorhandene Baumbestand für die Freiflächengestaltung gut genutzt.

Haus aus Müll

In Richmond (USA) wurde jetzt das vermutlich erste, fast ganz aus Müll gebaute Haus errichtet. Genauer gesagt, sind natürlich nicht Abfälle, sondern aus Müll produzierte Baustoffe verwendet worden. Die Grundlage bildeten Forschungen, deren Ziel es war, die riesigen Müllhalden der Großstädte nicht anwachsen zu lassen, sondern so zu verarbeiten, daß sie anstelle der knapper werdenden Rohstoffe wieder der Produktion zugeführt werden können.

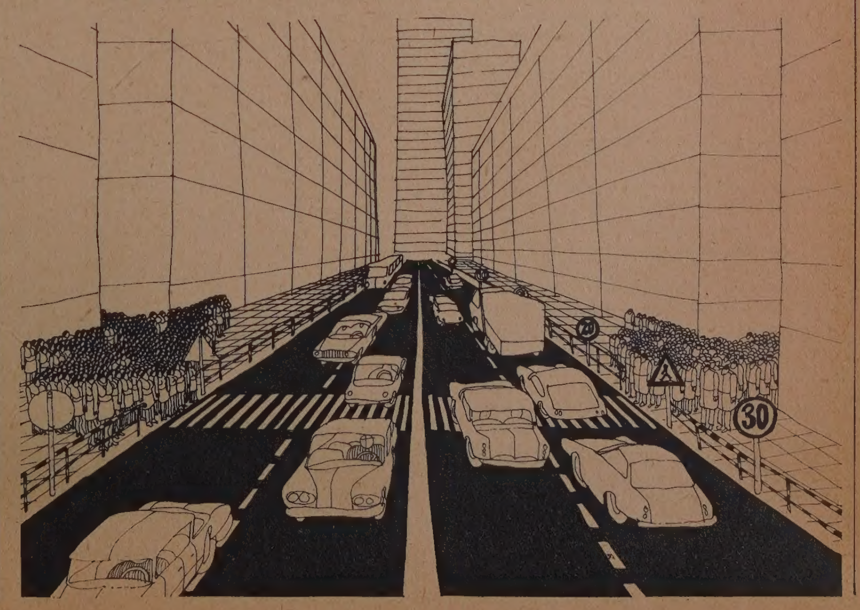
So werden aus gemischten Abfällen – vom Küchenmüll bis zum alten Fahrrad – in einem speziellen Hochofenverfahren Schlackesteine gewonnen, die um 35 Prozent billiger sein sollen als herkömmliche Ziegel. In einem anderen Verfahren sollen aus Müll geruchlose, haltbare und wärmedämmende Ziegel hergestellt werden, die ähnlich aussehen wie Klinker. Für Innenausstattungen des Hauses wurden Holz-, Plaste-, Glas- und Gummiabfälle in regenerierter Form verarbeitet. Die Kosten des Hauses sollen außergewöhnlich niedrig sein.

Rettungsprojekt für Schiefen Turm

Ein neues Rettungsprojekt für den von Einsturzgefahr bedrohten Schiefen Turm von Pisa hat ein italienischer Ingenieur vorgelegt. Danach soll die 283 Quadratmeter umfassende Stützbasis des Turmes auf 978 Quadratmeter verbreitert werden. Auf diese Weise würde der Druck des 15 000 Tonnen schweren Turmes auf seine Basis eine entsprechende Sicherheitsgrenze erhalten.

Mit der Errichtung des Bauwerks war im Juni 1173 begonnen worden. Schon bei der dritten Etage stand der Turm nicht mehr senkrecht. Ein Jahrhundert später versuchte ein italienischer Baumeister, den Turm wieder „geradezurücken", indem er die oberen Stockwerke leicht in entgegengesetzter Richtung neigte. Aber auch das half nichts: Das Bauwerk wich immer mehr von der Senkrechten ab, so daß seine Neigung gegenwärtig bereits mehr als fünf Meter beträgt.

Sie konnten zusammen nicht kommen . . . (Zeichnung: Rüdiger Reinel)





Zum Tag des Bauarbeiters 1974

Wolfgang Junker
Mitglied des ZK der SED
Minister für Bauwesen

In diesem Jahr begehen wir den „Tag des Bauarbeiters" im Zeichen des 25jährigen Bestehens der Deutschen Demokratischen Republik. Hinter uns liegt ein Vierteljahrhundert angestrengter und von Erfolg gekrönter Aufbauarbeit; ein Vierteljahrhundert, in dem die Arbeiterklasse unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Bündnis mit allen Werktätigen einen aufblühenden sozialistischen Staat geschaffen hat. Unser Staat war und ist fest verankert in dem um die Sowjetunion gescharten Bruderbund der sozialistischen Länder.

Die Bauschaffenden haben mit ihrer Arbeit wichtige Fundamente für die allseitige Entwicklung unseres Staates – für das Wohl unseres Volkes gelegt. Überall in der Industrie und Landwirtschaft, in den Städten, Dörfern und Wohngebieten hat ihr Wirken dazu beigetragen, das Leben der Bürger unseres Landes zu verbessern. Besonders die vom VIII. Parteitag der SED beschlossene Hauptaufgabe und die bisherigen Ergebnisse ihrer Verwirklichung haben dazu geführt, daß sich im Bauwesen eine schöpferische Initiative und ein hoher Leistungswille entfalten.

Zeugnisse sozialistischer Einstellung zur Arbeit und tiefer Einsicht in die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge sind die anspruchsvollen Zielsetzungen des sozialistischen Wettbewerbes und der Gegenpläne. Die alle Bauschaffenden erfassende Bewegung sozialistischen Wetteiferns bringt ihren Willen zum Ausdruck, mit hervorragenden Leistungen den „Tag des Bauarbeiters" als eine wichtige Etappe der Vorbereitung des 25. Jahrestages der DDR würdig zu begehen. Dafür gebührt den Bauschaffenden, ob sie auf den Baustellen, in den Betonwerken, in der Baumaterialienindustrie oder in der Projektierung und Forschung tätig sind, an ihrem Ehrentag Dank und Anerkennung. Hohe Wertschätzung gilt allen Kollektiven, die bei der Plandurchführung 1974 danach streben, daß die Planziele an jedem Tag, in jedem Monat und jedes Quartal erfüllt und gezielt überboten werden. Dieses Bemühen sollte überall gepaart sein mit Überlegungen, wie die Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben eng miteinander zu verknüpfen sind. Die Berliner Wohnungsbauer haben das in ihrem Wettbewerbsbeschluß mit den Worten ausgedrückt: „Täglich den Plan erfüllen und bis 1980 denken!"

Das Wohnungsbauprogramm der DDR – als Eckpfeiler des sozialpolitischen Programms der Partei der Arbeiterklasse – gibt uns eine weitreichende Perspektive, legt uns jedoch zugleich eine hohe Verpflichtung auf. Gleichzeitig haben wir davon auszugehen, daß im Industriebau, in der Baumaterialienindustrie sowie auf allen anderen Gebieten des Bauwesens außerordentlich wichtige Aufgaben zu lösen sind. In den kommenden Jahren müssen noch höhere Ziele bewältigt werden. Deshalb kommt es darauf an, vor allem durch eine hohe Qualität der Leitung, Planung und Vorbereitung der Investitionen überall die Bedingungen dafür zu schaffen und ständig zu verbessern, unter denen sich die Initiative aller Bauschaffenden voll entfalten kann, um die anspruchsvollen Aufgaben der kommenden Jahre zu meistern.

Die Architekten und Städtebauer, an die ich mich hier in der Zeitschrift „Architektur der DDR" speziell wenden möchte, tragen dafür eine nicht geringe Verantwortung. Von ihrem schöpferischen Herangehen, ihrem Streben nach sozialistischer Gemeinschaftsarbeit und ihrer aufmerksamen Haltung gegenüber den Hinweisen der Bauarbeiter und der Bevölkerung hängt es wesentlich ab, ob das, was wir bauen, den Ansprüchen unserer Gesellschaft an gute Wohnverhältnisse, an günstige Arbeitsbedingungen, an schöne Städte und Dörfer genügt. Es ist eine fundierte, besonders nach dem VIII. Parteitag bewährte Erfahrung des Lebens, daß die Architekten und Städtebauer wesentlich dazu beitragen können, eine höhere Effektivität des Bauens und einen höheren Nutzeffekt der Investitionen zu erreichen. Dem ehrenhaften Streben vieler Städtebauer und Architekten nach höherer städtebaulicher Qualität, die fördernd auf die sozialistische Lebensweise wirkt, und nach höchster volkswirtschaftlicher Effektivität zollen wir nicht nur unsere Anerkennung – wir unterstützen solche Bemühungen überall uneingeschränkt. Dieser hohen Verantwortung entsprechend lenken wir die Aufmerksamkeit der Architekten insbesondere darauf, bei der städtebaulichen Planung und Investitionsvorbereitung die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse, die wertvollen Erfahrungen der Bauschaffenden der Sowjetunion und der anderen Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft ideenreich zu nutzen.

Im Aufruf des Nationalrates der Nationalen Front zum 25. Jahrestag der DDR findet sich der inhaltsreiche Satz: „So gut und so sicher, wie wir unsere Republik aufgebaut haben, so gut und sicher leben wir in ihr."

An dieser stolzen Bilanz haben alle Bauschaffenden einen großen Anteil. Die nunmehr lang anhaltende kräftige Aufwärtsentwicklung, auf die die Partei der Arbeiterklasse alle Kräfte unseres Volkes orientiert, findet auch die Bauschaffenden in der ersten Reihe bei der weiteren Verwirklichung der auf das Wohl des Menschen gerichteten Politik des VIII. Parteitages der SED. Dazu möchte ich den Architekten und allen Lesern der Zeitschrift „Architektur der DDR" anläßlich des „Tages des Bauarbeiters" Freude in der Arbeit und weitere Erfolge bei der Lösung unserer gemeinsamen Aufgabe wünschen.



Chemiearbeiterstadt Halle-Neustadt

Am 15. Juli dieses Jahres jährt sich zum 10. Mal der Tag, an dem durch Genossen Horst Sindermann, damals 1. Sekretär der Bezirksleitung Halle der SED, der Grundstein für den Bau der Chemiearbeiterstadt gelegt wurde. Halle-Neustadt wird diesen Geburtstag im Rahmen einer Festwoche im Juli 1974 würdig, festlich und fröhlich begehen. Dieser Tag ist auch Anlaß für die Städtebauer und Architekten dieser Stadt, das Ergebnis ihrer Arbeit zu beurteilen und weitere Planungen und Vorhaben vorzustellen. Wir setzen mit diesem Heft unserer Fachzeitschrift unter dem neuen, verpflichtenden Namen fort, was mit den Veröffentlichungen über Halle-Neustadt in früheren Jahren mit den Heften 4/1967 und 10/1969 begonnen wurde. Red.

Realisierung eines großen Wohnungsbauprogramms und Ausgangspunkt zur Lösung künftiger Aufgaben

Kurt Baro, Bezirksbaudirektor Halle

Unter Führung der Partei der Arbeiterklasse leisten die Bauschaffenden des Bezirkes Halle mit ihren Zulieferbetrieben und Kooperationspartnern einen bedeutenden Beitrag für die Verbesserung der Lebensbedingungen vor allem der Arbeiterklasse im Herzen des traditionellen revolutionären Zentrums der Chemie- und Bergarbeiter des Bezirkes Halle mit dem Aufbau von Halle-Neustadt.

In zehn Jahren Planung und Aufbau der Chemiearbeiterstadt entwickelten und festigten sich viele hervorragende Bauarbeiterkollektive und Persönlichkeiten. Stellvertretend für viele andere sei hier das Kollektiv der Taktstraße II des Wohnungsbaukombinates Halle, Betrieb 1 Halle-Neustadt, genannt, die als eine der ersten Taktstraßen in unserem Bezirk die Arbeit nach der Slobin-Methode aufnahm und dadurch im Jahre 1973 als erste Wohnungsbautaktstraße der DDR 800 Neubauwohnungen bezugsfertig an die Bevölkerung übergeben konnte. Zehn Jahre Planung und Aufbau von Halle-Neustadt waren aber gleichzeitig eine bedeutsame Schule für die Städtebauer und Architekten des Bezirkes Halle. Planung und Aufbau von Halle-Neustadt wirken weit über den unmittelbaren Rahmen des Aufbaus der Stadt hinaus. Mit Halle-Neustadt setzen wir Maßstäbe für das sozialistische Leben und Wohnen auch in den anderen Städten unseres Bezirkes, für deren sozialistische Rekonstruktion.

Halle-Neustadt zeichnet den Weg vor für die Erfüllung der Hauptaufgabe des VIII. Parteitages der SED und in ganz besonderem Maße auch für die Verwirklichung des von der 10. Tagung des ZK der SED beschlossenen Wohnungsbauprogramms bis 1990.

Anläßlich des 10. Jahrestages der Grundsteinlegung von Halle Neustadt, am Vorabend des 25. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, sehen die am Aufbau und an der Planung von Halle-Neustadt beteiligten Bauschaffenden eine ehrenvolle Verpflichtung darin, ihre ganze Kraft für die Vollendung des Aufbaues der Chemiearbeiterstadt bis 1980 einzusetzen.



1 Hohe Gäste in der neuen Stadt: Der Erste Sekretär des ZK der SED, Erich Honecker, und der Erste Sekretär der Kommunistischen Partei Kubas, Fidel Castro, besuchten in Begleitung des Mitgliedes des Politbüros, Werner Lamberz, des 1. Sekretärs der Bezirksleitung Halle, Werner Felfe, des 1. Sekretärs der Kreisleitung, Rolf Strobelt, und des Oberbürgermeisters, Frau Liane Lang, Halle-Neustadt.



2 Am 15. 7. 1964 legte der damalige 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED und heutige Vorsitzende des Ministerrates der DDR, Horst Sindermann, den Grundstein für den Aufbau von Halle-Neustadt.

Aus dem Gästebuch von Halle-Neustadt

Raymond Leroy, Sekretär der CGT des Département du Nord, Frankreich, 21. 8. 1972:

„Von 1965, dem Jahr des ersten Besuchs in Ihrer Stadt, bis zum heutigen Tag zeigt sich eine hervorragende Entwicklung von Halle-Neustadt. Tausende Einwohner leben hier unter vorbildlichen Bedingungen. Alles Gute für die Erbauer und meinen Glückwunsch den Verwaltern dieser herrlichen Stadt."

Delegation aus dem Ruhrgebiet (BRD), Januar 1972:

„Hier in Halle-Neustadt wird der Unterschied zwischen dem Städtebau im Sozialismus und in der Bundesrepublik deutlich. Hier entstehen Wohnungen mit modernen Einrichtungen aller Art für die arbeitenden Menschen. Das kann nur in einem Staat erreicht werden, in dem nicht der Profit, sondern der Mensch im Mittelpunkt steht."

3 An der Stelle, wo vor zehn Jahren der Grundstein für Halle-Neustadt gelegt wurde, steht heute die 1. Polytechnische Oberschule.



Der Botschafter der Demokratischen Republik Vietnam in der DDR 1972:

„Halle-Neustadt ist ein Kind des Sozialismus. Hier werden die Interessen des Volkes verwirklicht. Der Mensch steht im Vordergrund, und alle Ziele sind darauf gerichtet, seinen Lebensstandard ständig zu verbessern. Hier wird sichtbar: Sozialismus heißt Glück. Eure Gegenwart ist unsere Zukunft."

Nahil Kouloilat, Palästinensische Befreiungsorganisation, 16. 8. 1973:

„Meine Hochachtung über diese sozialistischen Errungenschaften in Halle-Neustadt. Das ist ein Traum vieler Völker, die um ihre Befreiung kämpfen."

Ein Gast aus West-Nigeria, März 1970:

„Ich habe Ihre Stadt besichtigt. Es ist ein großzügiges Projekt, das Sie hier Gestalt annehmen lassen. Ich zweifle nicht daran, daß sich dieses Beispiel in der DDR auch auf die sich entwickelnden Länder Afrikas und Asiens auswirken wird."

Eine Gruppe aus Duisburg (BRD), 1970:

„Eine Stadt im Aufbau — Stadt im Werden — ein ‚Glückauf' für die Zukunft."

Ein Gast aus Frankreich, 17. 5. 1970:

„Ein Bravo für die Erbauer dieser neuen Stadt! 1964—1974: In zehn Jahren eine Stadt für 70 000 Einwohner. 1974: Wo wird die DDR sein, wenn sie sich in diesem Tempo weiterentwickelt?"

H. Smotkine, Paris, Professor der Ökonomischen Geographie an der Sorbonne:

„Ich war sehr interessiert an dieser neuen Stadt, die den Arbeitern der Chemieindustrie Lebensbedingungen, die so angenehm wie möglich sind, bietet: Praktische Wohnungen zu annehmbaren Preisen, zahlreiche Kindereinrichtungen, praktische Konzentration der Dienstleistungen, Spielplätze für die Kinder dieser Stadt."

Ein französischer Architekt, (1972):

„Ich kann sagen, daß ich angenehm überrascht war über die Qualität der Bauten und der Umweltgestaltung. Meiner Meinung nach ist alles für das Wohl der Einwohner berücksichtigt worden."

Halle-Neustadt in Zahlen

Seit Beginn des Baus von Halle-Neustadt 1964 bis zum 31. 12. 1973 sind entstanden:

20 958 Neubauwohnungen
16 Polytechnische Oberschulen
1 Erweiterte Oberschule
29 Kindergärten mit 5483 Plätzen
30 Kinderkrippen mit 2785 Plätzen
3 Ambulatorien
2 Apotheken
1 Kinderkrankenhaus mit 145 Betten
5 Kaufhallen
7 Gastronomische Einrichtungen
3 Dienstleistungskomplexe
2 Sportplätze
2 Gartenpflegehöfe
8 Turnhallen
3 Schulspeisungseinrichtungen
2 Kinderbibliotheken
1 Sporthalle
1 Schwimmhalle
1 Betriebsberufsschulkomplex
1 Internat
1 Klubmensa
1 Betriebsberufsschulwerkstatt
1 Betriebsberufsschule des VEB Maschinelles Rechnen
1 Polytechnisches Kombinat
1 Institut der Martin-Luther-Universität
1 Bahnhof
1 Hauptpostamt
1 Wohnhochhaus Buna (Scheibe E)
1 Wohnhochhaus MLU (Scheibe A)
1 Wohnhochhaus Leuna (Scheibe B)
1 Plattenwerk
3 Lagerhallen
1 Großbäckerei
1 Kraftverkehrshof
1 GHG-Lager
1 Fahrschulgebäude
1 VEB Kindermoden Aschersleben
1 Feuerwache
1 Centrum Kaufhalle
1 Minol-Tankstelle
2 PKW-Garagenkomplexe
1 Kleingartenanlage
Verkehrstrasse Halle-Thälmannplatz—Halle-Neustadt
Magistrale mit Verlängerung
Teile der Südumgehung F 80

10 Jahre Aufbau der Chemiearbeiterstadt Halle-Neustadt

Liane Lang, Oberbürgermeister von Halle-Neustadt

In wenigen Tagen, am 15. Juli 1974, jährt sich im 25. Jahr der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik zum 10. Mal der Tag, an dem im Jahre 1964 der Genosse Horst Sindermann, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Vorsitzender des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik (damals 1. Sekretär der Bezirksleitung Halle), an der ersten Polytechnischen Oberschule den Grundstein für den Aufbau der Chemiearbeiterstadt Halle-Neustadt legte.

Heute, nach zehnjähriger Aufbauarbeit, kann dank der hervorragenden Einsatzbereitschaft und Aktivität der Bau- und Montagekollektive, der Städteplaner, Architekten und Projektanten ein stolzes Ergebnis abgerechnet werden, das sich würdig in die Bilanz unserer 25jährigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik einreiht.

Mit Beginn des Aufbaues unserer Stadt wurden die Erfahrungen der Bauschaffenden der sozialistischen Staaten, vor allem der UdSSR, der Volksrepublik Bulgarien, der ČSSR und der Volksrepublik Polen, angewandt.

So wurden zum Beispiel bei der Montage der Wohnbauten die Methoden des Häuserbaukombinates Kiew berücksichtigt und die Erfahrungen der Projektanten von Glaw-Projekt in Bulgarien bei der Projektierung des III. Wohnkomplexes angewandt.

Inspiriert und getragen von den Beschlüssen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, wurde und wird beim Aufbau unserer Chemiearbeiterstadt Halle-Neustadt das Wesen der Hauptaufgabe des VIII. Parteitages der SED, der Inhalt des sozialpolitischen Programms deutlich sichtbar.

Für über 70 000 Bürger wurden bis heute Wohn- und Lebensbedingungen geschaffen, die eine wichtige Basis für die Gestaltung des sozialistischen gesellschaftlichen Lebens der nächsten Jahre und Jahrzehnte bilden. Dahinter verbergen sich, nüchtern berechnet, am Jahresende 1973 die Fertigstellung von 20 958 Wohnungen, 16 Polytechnischen Oberschulen, 1 Erweiterten Oberschule, 29 Kindergärten, 30 Kinderkrippen, 5 Kaufhallen, 3 Ambulatorien, 2 Apotheken, 3 Dienstleistungsannahmestellen mit Einrichtungen für die Post, die Sparkasse und Friseur.

Weitere gesellschaftliche Einrichtungen und Versorgungsbetriebe, wie Internate, ein Hauptpostamt, ein Bildungszentrum, eine Großbäckerei, ein Großhandelslager, ein Kraftverkehrshof u. a., vervollständigen das Geschaffene.

Diese Aufbauarbeit, die Gestaltung der Funktionstüchtigkeit der Stadt und die Herausbildung und Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens hat jedoch besonders das Antlitz, das Bewußtsein der Menschen, der Bürger, die in Halle-Neustadt bisher ihren Wohnsitz fanden, geprägt.

Von Tag zu Tag kristallisiert sich stärker die Zielstellung für den Bau der Chemiearbeiterstadt heraus, die Genosse Horst Sindermann anläßlich der Grundsteinlegung wie folgt charakterisierte:

„Uns geht es nicht nur um schöne und helle Wohnungen, in denen sich die Menschen wohl fühlen sollen. In der Chemiearbeiterstadt wollen wir überhaupt solche Bedingungen schaffen, die ihren Bewohnern Zeit und Muße für ihre geistig-kulturelle Bildung, für eine sinnvoll genutzte Freizeit bieten, eine Stadt, in der zu leben für jeden glücklich sein heißt."

Für die Familien zeigt sich das zum Beispiel auch darin, daß 62 Prozent der Kleinkinder in Krippen und 84 Prozent der Vorschulkinder in Kindergärten betreut werden können.

Wir können heute feststellen: Die Bürger von Halle-Neustadt, vor allem die Beschäftigten der Chemiekombinate Buna und Leuna, haben von ihrer Stadt Besitz ergriffen und tragen durch vielfältige Initiativen täglich zum immer besseren Leben und Wohnen bei.

Das äußert sich im Wirken und Auftreten der Abgeordneten, im Tätigsein in den Elternvertretungen in den Schulen und Kindereinrichtungen, im Wahrnehmen der Aufgaben in Kundenbeiräten, im Sozialausschuß, in den Wohnungskommissionen und in den Klubs der Werktätigen.

Das spiegelt sich im Mitmachen im Wettbewerb „Schöner unsere Stadt — 10 Jahre Halle-Neustadt" wider, in dem es einerseits um die Pflege und Erhaltung, aber auch um die Gestaltung der Umwelt an den Wohnungen, Schulen und Kindereinrichtungen geht, mit dem aber andererseits auch starke Impulse für das geistig-kulturelle Leben gegeben werden. Betriebsfestspiele, Wohnkomplex- bzw. Wohngebietsfestspiele und Hausgemeinschaftsveranstaltungen demonstrieren dieses Streben und Wollen.

Insgesamt bleibt festzustellen: Die geplante und bisher realisierte städtebauliche und architektonische Gestaltung der Chemiearbeiterstadt Halle-Neustadt entspricht dem Ziel unserer Partei, alles zu tun für das Wohl des Menschen, für das Glück des Volkes, für die Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen.

Aufgabe der Stadtverordnetenversammlung und des Rates der Stadt wird und muß es sein, unterstützt von allen gesellschaftlichen Kräften einschließlich der Kollektive aus den Chemiekombinaten, geführt von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, diese materielle Basis weiter auf- und auszubauen, um bis zum Jahre 1980 im Wohnungsbau und im Aufbau des Stadtzentrums den Abschluß zu erreichen, um das sozialistische gesellschaftliche Leben und damit das Bewußtsein aller Einwohner weiter auszuprägen und zu formen. Das ist unser Auftrag.

Täglich nehmen die Bürger unserer Stadt Partei für die Gestaltung unserer entwickelten sozialistischen Gesellschaft, ordnen die vielseitigen Aufgaben dem großen Ziel der Erhaltung des Friedens in Europa und in der Welt ein.

Dabei festigen und stärken wir das Bündnis zu unseren sozialistischen Bruderländern. Eng fühlen sich die Bürger Halle-Neustadts mit den Freunden der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten verbunden. In dieser Freundschaft sehen wir das Unterpfand unserer Erfolge.



1 Im vorigen Jahr konnte Frau Lang, Oberbürgermeister der Stadt, den symbolischen Schlüssel für die 20 000te Wohnung überreichen.



2 Am Zentrum des Wohnkomplexes I



Zu Hause in der neuen Stadt

Hans-Jürgen Steinmann
Stadtverordneter, Schriftsteller
Halle-Neustadt

Siebzigtausend Menschen wohnen heute schon in unserer Stadt; in wenigen Jahren werden es mehr als hunderttausend sein. Wie an eine sehr weit zurückliegende Zeit erinnert man sich der Jahre, da es noch möglich war, das Stadtgebiet binnen weniger Minuten zu durchqueren. Und doch ist weniger als ein Jahrzehnt vergangen, seit die ersten Bürger der neuen Stadt hier eingezogen sind.

Oft wenn ich heute durch Halle-Neustadt gehe – und längst muß dieser Weg, will man die Stadt kreuz und quer durchwandern, nach Stunden gerechnet werden – denke ich mit Bewunderung und immer noch mit etwas Staunen daran, wieviel in den vergangenen zehn Jahren hier geschaffen worden ist. Geschaffen von Bauarbeitern und Architekten, aber auch von Tausenden Einwohnern selbst, die hier ihr Zuhause gefunden haben.

Zuhause – das Wort schreibt sich leicht hin. Es realisiert sich nicht so schnell, und es wäre übertrieben zu behaupten, daß alle, die heute hier wohnen, wirklich schon zu Hause in unserer Stadt sind. Mancher, der aus völlig anderer Umgebung, aus einer ländlichen Gegend vielleicht oder auch aus einer in Jahrhunderten gewachsenen Stadt hierhergezogen ist, stellt sich die Frage: Werde ich mich eingewöhnen, einleben in Halle-Neustadt, wird das schließlich *meine* Stadt sein? Die moderne, komfortable Wohnung ist das eine; in ihr richtet man sich ein, nach den eigenen Wünschen und Bedürfnissen. Das andere ist die Stadt, deren Leben nicht von dem in den eigenen vier Wänden zu trennen ist.

Die Frage nach dem Heimischwerden ist sicherlich nicht allein dadurch zu beantworten, daß man an die wohlüberlegte großzügige Planung der neuen Stadt erinnert, die den Bedürfnissen des Menschen in unserer Gesellschaft gerecht zu werden sucht. Ebensowenig aber kann die Antwort dadurch beeinflußt werden, daß man summiert, was der Stadt heute noch fehlt. Gewiß, die Stadt ist nach wie vor und eine Reihe von weiteren Jahren noch ein Bauplatz; für den, der heute schon hier wohnt, mag das Beschränkungen mit sich bringen. Nicht alle Erwartungen, die der einzelne an seine Stadt richtet, werden von heute auf morgen erfüllbar sein, und sicherlich fordert Leben in einer solchen neuen Stadt auch Änderung mancher alten Gewohnheiten, die in der bisherigen Umgebung als selbstverständlich angemutet haben mögen.

Zugleich aber scheint es mir kein Zufall zu sein, daß gerade unter den Bürgern, die seit längerem hier wohnen, viele sehr tatkräftig am gesellschaftlichen Leben der Stadt teilnehmen. Der stürmische Entwicklungsprozeß unserer Gesellschaft, der im Werden unserer Stadt deutlich ist, fordert zum Mitdenken und Mithandeln heraus. Hier zu wohnen und doch nur Zaungast zu bleiben, hieße, sich vielfältiger Möglichkeiten zu begeben, das eigene Leben zu bereichern.

„Denn eine solche Stadt wird zweimal erbaut ...", haben wir 1969 in unserer Reportage „Städte machen Leute" geschrieben. Die Erfahrungen bestätigen jenen Satz. Ohne die Mitarbeit der Einwohner wäre die Entwicklung von Halle-Neustadt nicht denkbar. Ob wir an die hervorragenden Ergebnisse volkswirtschaftlicher Masseninitiative erinnern, ob an die Entwicklung des geistig-kulturellen Lebens der Stadt, ob an die Tätigkeit der Hausgemeinschaften oder der Ausschüsse der Nationalen Front – hier vollendet sich das Werk der Bauschaffenden, vollendet sich im Leben der Menschen, die sich die Stadt zueigen machen. Es versteht sich, daß dieser Prozeß des Heimischwerdens der Menschen in ihrer, unserer Stadt nicht spontan verlaufen kann; ihm muß die besondere Aufmerksamkeit der staatlichen und gesellschaftlichen Leitungen gehören. Und ich glaube, aus meiner Erfahrung als Stadtverordneter sagen zu können, daß dieses Prinzip, die Bürger in die Verantwortung für unser sozialistisches Gemeinwesen einzubeziehen, unserer Arbeit von Anfang an zugrunde lag.

Ich meine nicht, daß wir deshalb schon zufrieden sein sollten. Nicht jeder, der hier wohnt, ist heute schon zu Hause in Halle-Neustadt. Und unsere Stadt wächst, wächst sehr schnell; Zehntausende werden in den nächsten Jahren noch hierher kommen. Sie von Anfang an in das städtische Leben einzubeziehen, sie ihre Möglichkeiten und ihre Verantwortung in ihrer neuen Heimatstadt begreifen zu lassen, fordert neue, größere Anstrengungen. Verlangt wohl auch, daß wir neue und wirksamere Methoden finden, das Mitarbeiten, Mitplanen und Mitregieren, diese Grundforderung sozialistischer Demokratie immer besser und umfassender im Leben der Hunderttausend, die unsere Stadt bald zählen wird, zu verwirklichen. Zu Hause in der neuen Stadt zu sein – Halle-Neustadt bietet die Voraussetzung dafür. Aufgabe derer, die hier schon heimisch geworden sind, muß es sein, auch ihren Nachbarn, jeden ihrer Mitbürger dieses Zuhause finden zu lassen.

1



2

3



4



1
Mancher ist aus einer in Jahrhunderten gewachsenen alten Stadt hierher gezogen: Blick von der Altstadt von Halle auf Halle-Neustadt

2
Nicht nur Zaungast: Das Zentrum des Wohnkomplexes II zieht viele Menschen an.

3
Sie sind zu Hause in dieser Stadt.

4
Bildende Künstler fördern das Heimischwerden: Wandbild „Lenins Worte" von Erich Enge und Plastik „Junges Paar" von Martin Wetzel im Wohnkomplex I



1

Halle-Neustadt – eine Stadt unserer Tage

Dr.-Ing. Karlheinz Schlesier
1969 bis 1973 Chefarchitekt
für den Aufbau von Halle-Neustadt
1964 bis 1968 in verantwortlichen Funktionen für den Aufbau der Stadt tätig

Im Verlaufe eines Jahrzehntes täglicher Arbeit und ständiger Auseinandersetzung um den Aufbau unserer Stadt Halle-Neustadt mußten immer wieder Standpunkte erarbeitet, präzisiert, mitunter auch geändert werden, mußten permanent Entscheidungen getroffen werden. Am und im Alltag der Bürger der neuen Stadt wurden und werden die Lebensgewohnheiten und Lebensbedingungen ständig analysiert, die Fortschritte bewertet und Vergleiche angestellt; Absichten, Vorstellungen und Wünsche wurden und werden mit den Realitäten, mit der Praxis, mit dem Erreichten bilanziert. Der Prozeß der Planung, des Bauens und des Werdens der neuen Stadt vollzog und vollzieht sich. Er forderte Komplexität und Detailliertheit, konzeptionelles und pragmatisches Herangehen, sowohl Konsequenz wie Flexibilität. Einiges dazu will gesagt werden.

In Hunderten von Beratungen, Gesprächen und Meinungsaustauschen mit Bürgern der Stadt, mit Werktätigen aller Berufe, mit Menschen aller Altersgruppen, mit Gästen und Besuchern, mit Bauleuten – Architekten, Projektanten, Meistern und Baukollektiven –, mit Studenten, mit Abgeordneten, mit prominenten Vertretern von Partei und Regierung, immer wieder im Kreis von Genossen, wurden viele Aspekte des Wachsens und Werdens der Stadt, viele Aspekte zur Präzisierung der Ziele behandelt, Argumente wurden und werden geprüft und gewertet. Das hilft Wichtungen zu erkennen.

Die Skala der Meinungsäußerungen über die Ergebnisse des Handelns und Tuns derer, die für den Aufbau der Stadt Verantwortung trugen und tragen, reicht von begeisterter Zustimmung bis zur schroffen Ablehnung, von sachbezogener Beurteilung bis zu voreingenommenem Geschwätz. Läßt sich angesichts dieses Meinungsspektrums trotzdem ein gemeinsamer Nenner finden?

Zur Sache selbst: Ein Jahrzehnt nach der Grundsteinlegung für Halle-Neustadt, nach einem knappen Dutzend Jahre der Planung, Konzipierung und Projektierung stellt die Statistik nebenstehende Fakten fest (siehe Diagramme und Grafiken).

Der so bemessene Gegenstand ist, wie diese Quantitäten beweisen, der Rede wert. Es wurde gearbeitet, es wurde etwas geschaffen. Es wurde ein kleines sehr konkretes Stück Welt verändert, nicht nur interpretiert – dank des Denkens und Handelns, des Wollens und Könnens eines großen und großartigen Baukollektivs und der Führung durch die marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse.

Es wird weiter gebaut werden, es werden weitere Realitäten entstehen. Da ist abseits jeder Spekulation die Gewißheit realer sozialistischer Planung. Halle-Neustadt ist keine „Städtebau-Utopie", kein Wunschtraum. Halle-Neustadt ist ein real existierender Beleg für die Ernsthaftigkeit der politischen Beschlüsse zur Lösung der Wohnungsfrage unter den gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen der DDR. Halle-Neustadt ist in gewissem Sinne repräsentativ für den Städtebau, den Wohnungs- und Gesellschaftsbau in der DDR mit den Mitteln und Möglichkeiten für die 60iger und 70iger Jahre.

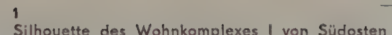
Was ergibt sich bei der Betrachtung qualitativer, inhaltlicher Aspekte?

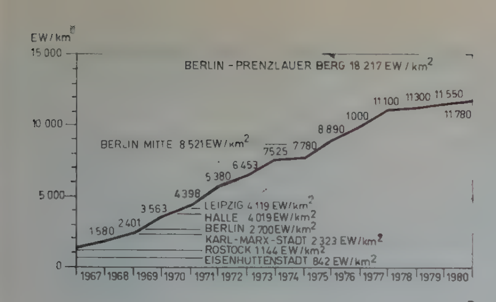
Bietet Halle-Neustädt das bauliche Milieu für die Entwicklung und Entfaltung sozialistischer Persönlichkeiten? Welche Ansprüche an neue Lebens- und Wohnweisen kann die gebaute räumliche Umwelt in Halle-Neustadt befriedigen? Was charakterisiert Halle-Neustadt als sozialistische Stadt?

Um diesen Problemkreis gruppiert sich eine Vielzahl von Fragen, Auffassungen und Meinungen. Wir haben uns dazu einen Standpunkt erarbeitet, der auf einen vereinfachten Nenner gebracht, lautet:

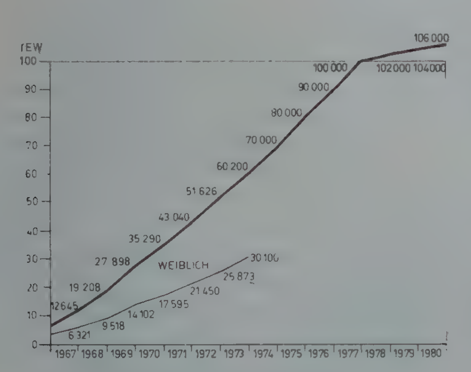
Wir sichern die Erfüllung wesentlicher Grundforderungen nach einheitlichen Kriterien auf dem möglichen Niveau (das bezieht sich z. B. auf die Wohnungsgröße, ihre Ausstattung, die Miete, auf die Versorgungsgrade mit gesellschaftlichen Einrichtungen, auf die Organisation des Wohngebietes sowie die Versorgung und Betreuung). Maßstab sind die durchschnittlichen Grundbedürfnisse, nicht individuelle Luxuswünsche. Wir geben Grundfunktionen vor, die innerhalb dieses Rahmens weiten Spielraum für besondere persönliche Bedürfnisse, sich ändernde und vom Durchschnitt abweichende, offen lassen.

Das gilt sowohl für die Wohnung, das Wohngebiet als auch für die ganze Stadt. Diese Grundbedürfnisse drücken sich quantitativ in staatlichen Normativen, Ausstattungsstandards u. ä. als Planungsgrößen für bestimmte Zeiträume aus. Halle-Neustadt spiegelt diese gesellschaftliche Auffassung eindeutig wider. Halle-Neustadt ist insofern eine homogene Stadt. Es gibt keine bevorzugten oder benachteiligten Wohngebiete, keine Straßenzüge oder Stadtberei-





2



3

1
Silhouette des Wohnkomplexes I von Südosten

2
Entwicklung der Einwohnerdichte von Halle-Neustadt im Vergleich zu anderen Städten der DDR. Stand 1971 nach Statistischen Jahrbüchern der DDR und Einschätzungen (1974 wurde das Territorium der Stadt von 6 km² auf 9 km² erweitert.)

3
Entwicklung der Einwohnerzahl in Halle-Neustadt (nach Statistischen Jahrbüchern der DDR und Einschätzungen aufgrund des Wohnungsbauprogramms bis 1980, Angaben per 31. 12. jeden Jahres, ohne Bewohner von Wohnheimen)

4
Das Wachstum der Stadt in den Jahren von 1965 bis 1974

Schwarze Flächen: in den jeweiligen Zweijahresabschnitten fertiggestellte Bebauung

Schraffierte Flächen: in vorgenannten Zeitabschnitten bereits fertiggestellte Bebauung

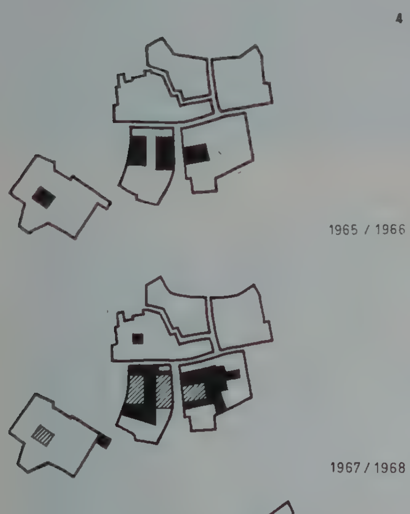
5
Kinderspielplatz am Zentrum des Wohnkomplexes I

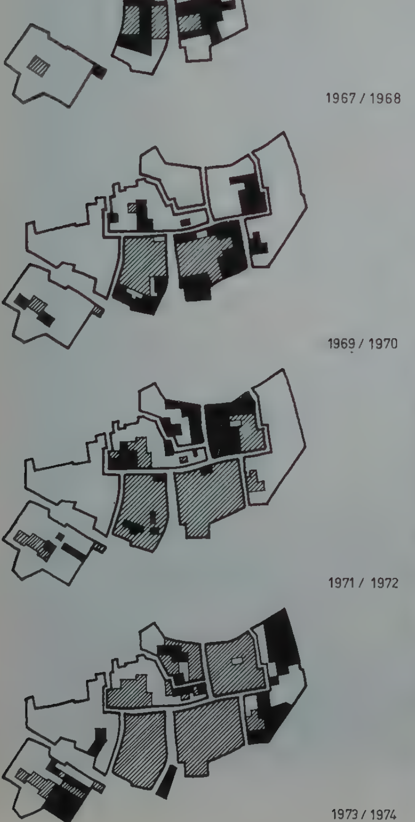
6
Beratung am Modell von Halle-Neustadt mit dem Vorsitzenden des Ministerrates, Horst Sindermann, dem 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED, Werner Felfe, dem Bezirksarchitekten Dr. Schlesier (links) und weiteren Persönlichkeiten des Bezirkes Halle



5

4





che für „Privilegierte", so wie das westlich unserer Staatsgrenze heute noch gang und gäbe ist. Unsere Stadt ist eine Stadt für die Arbeiter, Werktätigen, im konkreten Fall vor allem für Chemiearbeiter.
Halle-Neustadt ist eine Stadt, bei deren Planung und Realisierung wesentliche bauliche Konsequenzen, die sich aus der Gleichberechtigung der Frauen ergeben, verwirklicht wurden. Das beweisen z. B. die hohen Versorgungsgrade mit Einrichtungen für die Betreuung und Erziehung der Kinder. Die Halle-Neustädter Frauen sind fast alle berufstätig. Halle-Neustadt ist eine Stadt ohne „grüne Witwen". Unsere Wohnungen sind ohne „Haushilfe" zu pflegen und ohne Luxus, aber nach modernen Heizungs-, Sanitär- und Küchenstandards ausgestattet. Halle-Neustadt weist einen hohen Grad der Vergesellschaftung der Versorgung und Betreuung auf. Versorgung und Betreuung erfolgen nicht wie im Westen nach Profitinteressen. Die Wohnungen werden ausnahmslos durch Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften und die Kommunale Wohnungsverwaltung betreut. Für die Schüler ist die Schulspeisung gewährleistet. Es bestehen günstige Bedingungen für die gesundheitliche Betreuung.

Halle-Neustadt bietet für Kinder und Jugendliche vielfältige Möglichkeiten ihrer Entfaltung. Die Stadt integriert unterschiedliche Bevölkerungsgruppen, z. B. auch Studenten und Bürger aus anderen Ländern.

Sind dies Charakteristika einer sozialistischen Lebensweise? Obwohl diese Aufzählung bei weitem unvollständig ist, so muß die Frage doch eindeutig bejaht werden. Welche Stadt außerhalb unserer sozialistischen Staatengemeinschaft könnte damit aufwarten?

6



Die Gewährleistung des Lebens und Wohnens entsprechend den Bedingungen der sozialistischen Gesellschaft und der jeweiligen konkreten ökonomischen Lage – das ist das Wesen der Sache, das ist unser Primat, das ist das offenkundige Funktionsprinzip der Stadt. Es ist aber auch die Basis für die weitere Entwicklung des sozialistischen Städtebaus, des „menschlichen" Städtebaus. In diesem Sinne ist Halle-Neustadt eine durchaus typische sozialistische Stadt.

Wie ist das mit der Urbanität in Halle-Neustadt, mit den Bedingungen für Kommunikation und Kontakte?

Halle-Neustadt hat einen eigenen deutlichen Lebensrhythmus. Er wird geprägt durch den Arbeitsrhythmus, die Schichtbeginne und -enden in Buna und Leuna, durch die Arbeitstage der Woche und die arbeitsfreien Tage. Er wird bestimmt durch die Schulzeiten. Die Stadt hat ihre Spitzenzeiten im Einkaufen und Versorgen sowie bei der Erholung. Der Lebensrhythmus wird geprägt durch den Tages- und Wochenablauf ganz normaler, vorwiegend junger Familien, mit zwei berufstätigen Elternteilen und Kindern. Kontakte und Kommunikationen bestehen den ganzen Tag über, im Betrieb, in der Schule, im Kindergarten, beim Einkaufen, bei Versammlungen, bei Arbeitseinsätzen, beim Besuch von Veranstaltungen, bei der Qualifizierung. Abends aber bleibt man oft zu Hause.

Ist das Urbanität? Ist das Schlafstadt? Es ist der normale Arbeits-, Wohn- und Lebensrhythmus ganz normaler Familien im Rahmen ihres Zeitbudgets. Es ist die erstaunliche Vielfalt des Alltags. Solche Erwartungen gehen mit Sicherheit an den Realitäten vorbei, wie: In unseren Wohngebieten und neuen Städten müßte es ständig so zugehen, wie in Leipzig zur Messe oder am Berliner Alex zu den X. Weltfestspielen. Solche Vorstellungen trüben auch den Blick für die tatsächlichen neuen gesellschaftlichen Beziehungen. Das eben Gesagte spricht für realistische Programme gesellschaftlicher Zentren und reale Sicht der oft sehr vordergründig debattierten Kommunikations-, Kontakt- und Urbanitätsproblematik. Halle-Neustadt verfügt über die seinen Notwendigkeiten entsprechenden Einrichtungen in den Wohngebieten, und schrittweise auch über die erforderlichen Objekte von gesamtstädtischer Bedeutung.



7

7
Die Magistrale von Halle-Neustadt

8
Thema der Kunst und Erziehungsziel: Freundschaft mit allen Völkern
Wandbild von Irma und Martin Hadelich im Zentrum des Wohnkomplexes I

9
Situation im Wohnkomplex II

10
Boulevardcafé im Wohnkomplex II

8



Häufig wird auch über das architektonische Antlitz der Stadt, ihre Einmaligkeit und Unverwechselbarkeit, über die Befriedigung ästhetischer Ansprüche gestritten. Dies ist eine wichtige – nicht die einzige und nicht die wichtigste – von vielen Komponenten, die beim Planen und beim Bauen einer Stadt zu realisieren sind. Allzu oft werden Gestaltung und Ästhetik an sich, isoliert, abstrakt abgehandelt, doch Städte, neue Städte sind keine Theaterdekorationen. Allzuoft wird auch in der Planung, Projektierung und Bauausführung noch gepfuscht und gegen alle Baukultur und Baukunst verstoßen.

Es ist unmöglich und auch nicht akzeptabel bei dem Ausmaß des arbeitsteiligen Prozesses der Planung und des Baus einer Stadt wie Halle-Neustadt, ihre Architektur, die Entwurfsqualität von A bis Z zu reglementieren. Nur bei einem aufrichtigen Bekenntnis aller am Bau beteiligten Partner zur Baukunst, zur Baukultur – vom Auftraggeber, den Ausführenden, den Nutzern, bis zu den verantwortlichen Projektbearbeitern – sind echte „Schönheitsreserven" zu erschließen. Hier geht es nicht um Subjektivität, um Originalität um jeden Preis, um etwas anderes nie Dagewesenes, nicht um Bausensationen und Architekturfassade.

Mehr Qualität bis zum Detail, mehr Harmonie in den Proportionen von Räumen und Flächen, mehr lebendige Fertigkeit, mehr Solidität in der Realisierung, mehr ausgesprochene und bewußt gestaltete Beziehungen vom Teil zum Ganzen – das sind einige der objektiven Bedingungen, die ohne Wi-

dersprüche zu Technologie, Ökonomie und Konstruktion höhere Qualitäten, mehr Schönheit erreichbar machen.

In Halle-Neustadt läßt sich dieser Prozeß ablesen, wird der Gewinn gesellschaftlicher Erkenntnis in diesem Sinne deutlich. Halle-Neustadt wird mit dem Weiterbau sein eigenes unverwechselbares Gesicht weiter ausprägen, es wird dabei auch weiter einheitliche Züge tragen mit anderen Neubaugebieten unserer Republik. Seine Besonderheit liegt in der landschaftlichen Einbindung, den Beziehungen zum Umland, der städtebaulichen Grundstruktur, der konzentrierten und im wesentlichen vollständigen Errichtung der Gesamtanlage in rund $1^1/_2$ Jahrzehnten.

Halle-Neustadt trägt die Handschriften eines großen Kollektivs schöpferischer Bauleute, die an der Lösung dieser Aufgabe gemeinsam gearbeitet haben. So, wie sozialistischer Städtebau immer mehr als kollektive Leistung realisierbar ist, so ist auch Halle-Neustadt gewachsen, mit ihr ihre Planer und Erbauer, ihre Bürger und ihre Kinder.

Die Planung der Stadt ist abgeschlossen (soweit eine solche Feststellung für eine Stadt überhaupt getroffen werden kann). Die Angaben über die realisierten und geplanten Objekte in Halle-Neustadt zeigen, wie es sich im Ensemble dieser neuen Stadt leben läßt. In wenigen Jahren werden die Baukollektive ihre Arbeit in Halle-Neustadt beenden und neue Objekte in Angriff nehmen.

Halle-Neustadt ist eine Stadt unserer Tage und in gewisser Hinsicht eine Generalprobe für das Wohnungsbauprogramm der DDR bis 1990.



9

10

Planung und Aufbau von Halle-Neustadt

Arbeitsergebnisse der städtebaulichen Planung seit 1970

Städtebauliche Planung ab 1971

Gesamtleitung:
Büro für Städtebau und Architektur des Bezirkes Halle

Städtebauliche Lösung:
Dr.-Ing. Karlheinz Schlesier, Chefarchitekt (1969 bis 1973)
Dipl.-Ing. Harald Zaglmaier, Stellvertreter des Chefarchitekten (1970 bis 1973)
Dipl.-Arch. Bernd Czysch
Dipl.-Ing. Rainer Deutloff
Dipl.-Graph. Sigrid Deutloff
Dipl.-Ing. Roland Dietl
Dipl.-Ing. Gerhard Föllner
Dipl.-Ing. Hans-Joachim Gürtler
Gartenbauingenieur Klaus Hippe
Dipl.-Ing. Dietmar Hunger
Dr.-Ing. Satish C. Khurana
Dipl.-Ing. Rainer Kolpe
Ingenieur für Farbgestaltung Winfried Mikolajczyk
Dipl.-Ing. Karin Ohme
Dr.-Ing. Harald Roscher
Dr.-Ing. Hans-Hartmut Schauer
Gartenbauingenieur Reinhard Schelenz
Dipl.-Ing. Gudrun Schultz

Dipl.-Ing. Harald Zaglmaier
Amtierender Bezirksarchitekt und Direktor des Büros für Städtebau und Architektur des Bezirkes Halle

Dipl.-Arch. Bernd Czysch
Büro für Städtebau und Architektur des Bezirkes Halle

1
Zentrum im Wohnkomplex II

2
Der Thälmannplatz in Halle mit Interhotel, Wohnhochhaus und Haus des Lehrers

3
Blick in die Klement-Gottwald-Straße in Halle

4
Städtebauliche Komposition von Halle und Halle-Neustadt (Stand 1974)

10 Jahre nach der Grundsteinlegung ist das städtebauliche und architektonische Antlitz der Chemiearbeiterstadt prinzipiell geprägt, leben nahezu 75 000 Menschen in der modernen sozialistischen Stadt, die für die Arbeiterklasse, insbesondere die Chemiearbeiter des industriellen Ballungsgebietes Halle–Merseburg, geplant und gebaut wird.

Bis 1980 wird der Abschluß des Aufbaus planmäßig vollzogen. Bereits 1978 soll die errechnete Zahl der Einwohner, etwa 110 000, erreicht sein. Zur optimalen Befriedigung ihrer täglichen Bedürfnisse, vor allem der Versorgung, Dienstleistung, Bildung, kulturellen und sportlichen Betätigung und des Gesundheitswesens, stehen ihnen die entsprechenden Einrichtungen und Anlagen in den Wohnkomplexen zur Verfügung. Das umfangreiche Programm wird gleichzeitig mit dem Bau der Wohnungen wohnkomplexweise bis 1979 realisiert. Bis zum Jahre 1980 wird aber auch der weitere Aufbau zentraler gesellschaftlicher Einrichtungen schwerpunktmäßig abgeschlossen.

Anliegen dieses Berichtes ist es, solche Arbeitsergebnisse der städtebaulichen und architektonischen Gestaltung von Halle-Neustadt vorzustellen, die die bisherigen Veröffentlichungen über die Chemiearbeiterstadt ergänzen, die neue Planungen darstellen und die wir der Lösung weiterer Aufgaben des komplexen Wohnungsbaus der 70er Jahre im Bezirk Halle zugrunde legen. Mit der Diskussion dieser Arbeiten und Erfahrungen wollen wir aufzeigen, wie in Halle-Neustadt ein Teil des von Partei und Regierung beschlossenen Wohnungsbauprogramms im Bezirk Halle verwirklicht wird.

Der vorliegende Bericht ist ein Bekenntnis zu unserer Stadt, der jüngsten Stadt in der DDR, der Stadt der Chemiearbeiter des Bezirkes Halle.

1



2

Halle-Neustadt – integrierter Bestandteil des Wohnungsbauprogramms des Bezirkes

Halle-Neustadt ist gegenwärtig noch der Hauptstandort des komplexen Wohnungsbaus in unserem Bezirk. Jährlich werden in der neuen Stadt mindestens 2500 Wohnungen gebaut. Bis zum Zeitpunkt des 10. Jahrestages der Grundsteinlegung werden durch die Bauschaffenden mehr als 22 200 WE an die Arbeiterklasse übergeben sein. Das entspricht dem ursprünglich beschlossenen gesamten Wohnungsbauprogramm für den Aufbau der Chemiearbeiterstadt. Die günstigen Baubedingungen, die Funktionsbeziehungen zum Territorium und der große Wohnungsbedarf waren u. a. entscheidend, den Wohnungsbau auf den zunächst als Reserveflächen geplanten Standorten sofort weiterzuführen. Insgesamt entstehen in Halle-Neustadt rund 32 000 Wohnungen. Das bedeutet, daß noch etwa 9800 Wohnungen zu bauen sind, bevor die Taktstraßen des Wohn- und Gesellschaftsbaues schrittweise zu den neuen Komplexbaustellen, insbesondere in die Bezirksstadt Halle, umgesetzt werden können.

Bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt wird neben der städtebaulichen Planung und dem Bau von Halle-Neustadt an der Realisierung des größten Wohnungsbauprogramms der Bezirksstadt Halle gearbeitet. Repräsentatives Beispiel ist der Bau der Halleschen Südstadt. Im Gebiet Böllberger Weg, Südstadt II und Silberhöhe, einem geschlossenen Baugebiet am südlichen Stadtrand, werden insgesamt etwa 13 000 Wohnungen und die erforderlichen gesellschaftlichen Einrichtungen und Anlagen errichtet. Neben einer Reihe weiterer Standorte im Stadtgebiet ist die Neugestaltung des traditionellen Arbeiterwohngebietes Halle-Glaucha, das im Rahmen der Rekonstruktion von Teilen der Innenstadt als Einheit von Neubau, Modernisierung, Um- und Ausbau neu entsteht, von besonderer Bedeutung. Damit wird die Umgestaltung der Innenstadt, die mit dem Thälmannplatz repräsentativ eingeleitet wurde, großzügig fortgesetzt.

3



4





5



6

7



Im Zeitraum von 1976 bis 1980 werden in Halle-Neustadt noch etwa 4500 Wohnungen und in der Bezirksstadt etwa 15 000 Wohnungen gebaut. Im gleichen Zeitraum wird Dessau, die gegenwärtig jüngste Großstadt der DDR, zum zweitgrößten Standort des Wohnungsbaus im Bezirk.

Den Beschlüssen des VIII. Parteitages der SED gemäß konzentrieren wir den Wohnungsneubau in den industriellen Ballungsgebieten: Rund 70 Prozent der Neubauwohnungen werden in den Zentren der Arbeiterklasse gebaut. Ausgehend von den uns zur Verfügung stehenden, von uns selbst geschaffenen materiellen Möglichkeiten, wenden wir zum Bau von nahezu 80 Prozent der Neubauwohnungen die Plattenbauweise an. Die Erfahrungen von Halle-Neustadt bei der städtebaulichen Planung und der Projektierung und Ausführung des Hoch- und Tiefbaues fließen in die neuen Aufgaben ein.

Das Wohnungsbauprogramm von Halle-Neustadt ist natürlich nicht nur dem Volumen nach fest in das bezirkliche Programm eingebunden. In der neuen Stadt werden die gleichen Wohnungstypen auf der Grundlage einheitlich gültiger staatlicher Normative, wie sie auch für die anderen Hauptstandorte gelten, angewendet.

Wir betonen das, weil wir damit aufzeigen wollen, daß Halle-Neustadt diesbezüglich keine Sonderstellung einnimmt. Das ist nicht schlechthin eine ökonomische, sondern vielmehr eine politökonomische Entscheidung; vor allem den Werktätigen in den industriellen Ballungsgebieten recht schnell gleichmäßig gute und komfortable Wohnungen in modernen und gut ausgestatteten Wohngebieten zur Verfügung stellen zu können. Es war unser Bemühen, seit Beginn der Planung von Halle-Neustadt, im Bewußtsein der großen materiellen und politischen Verantwortung, immer wieder die Palette der Gestaltungsmöglichkeiten sinnvoll zu erweitern, unterschiedlichste Wohnbedürfnisse zu erfüllen (z. B. Maisonettewohnungen im Wohnkomplex III), die Beziehung zwischen Wohnung und Freiraum besser herzustellen (z. B. Dachterrassen auf Wohngebäuden in den Wohnkomplexen I, II und III, Hausgärten im Wohnkomplex VI u. ä.), das flexible Wohnen bereits bei den zur Zeit vorhandenen Typen, besonders aber bei den neuen (WBS 70), schneller und unkomplizierter durchzusetzen und anderes.

Für das Wohlbefinden der Bürger in der neuen Stadt ist es wichtig, gute städtebaulich-räumliche Beziehungen (differenzierte Raumfolgen, Straßenräume, Plätze, Maßstäblichkeit, Kontaktzonen usw.) zu schaffen.

Die Erfahrungen zeigen, daß besonders in Neubauwohngebieten gute räumliche Situationen und Funktionsbeziehungen geplant und realisiert werden müssen, die dem Vergleich mit dem Fluidum historisch gewachsener Städte standhalten.

Daß dabei nicht alle Ideen verwirklicht werden können, bedarf keiner weiteren Erläuterung, aber die ausgeführten Beispiele in Halle-Neustadt und in anderen Bezirken unserer Republik lassen erkennen, daß das industrielle Bauen unserer Zeit eine Reihe gestalterischer Möglichkeiten bietet.

Eine Auswertung und Verallgemeinerung wird als dringend erforderlich angesehen. Welche Vielfalt mit nur relativ wenigen neuen Gestaltungselementen und guter Durcharbeitung städtebaulicher Räume und Raumfolgen gegeben ist, läßt sich in Halle-Neustadt an den einzelnen Wohnkomplexen, insbesondere an den Planungen für die Wohnkomplexe III, IV und VI, veranschaulichen. In der Auseinandersetzung um die

Erhöhung der Qualität unserer Wohngebiete haben wir diesen Wohnkomplexplanungen prinzipielle Bedeutung beigemessen. Das dort erreichte Niveau gilt als Maßstab für die Lösung aller anderen Wohnungsbauvorhaben im Bezirk Halle.

Selbstverständlich sind für die Planung der neuen Stadt zum Teil ganz andere Entscheidungen erforderlich als für die der meisten Wohnungsbaustandorte in sogenannten „gewachsenen" Städten, was u. a. schon aus der Spezifik der Bevölkerungszusammensetzung resultiert. Das bezieht sich zunächst auf die Entscheidung über den Ausstattungsgrad gesellschaftlicher Einrichtungen, die Wohnungsgrößen, den Wohnungsverteilerschlüssel usw. und die Festlegung, in Halle-Neustadt die Hochhausbebauung zur Herausarbeitung stadtstruktureller und funktionell-gestalterischer Absichten zu konzentrieren.

Neben diesen und ähnlichen Praktiken erscheint es uns wichtig, auf die Bedeutung der flexiblen städtebaulichen Planung hinzuweisen. Sie umfaßt unseren gesamten Schaffensprozeß und verlangt von uns, die sich entwickelnden Beziehungen im Territorium, die neuen Möglichkeiten und Erfordernisse der materielltechnischen Entwicklung des Bauwesens, die sich aus dem gesellschaftlichen Leben und der Bevölkerungsentwicklung ableitenden neuen Aufgaben bereits heute in die Planungen aufzunehmen und genügend Raum für künftige Entwicklungen zu belassen.

5
Y-Hochhaus in Dessau. Im Vordergrund der Stadtpark mit dem Teehäuschen

6
Fußgängerbereich im Wohnkomplex II in Halle-Neustadt

7
Kinderspielplatz im Wohnkomplex II

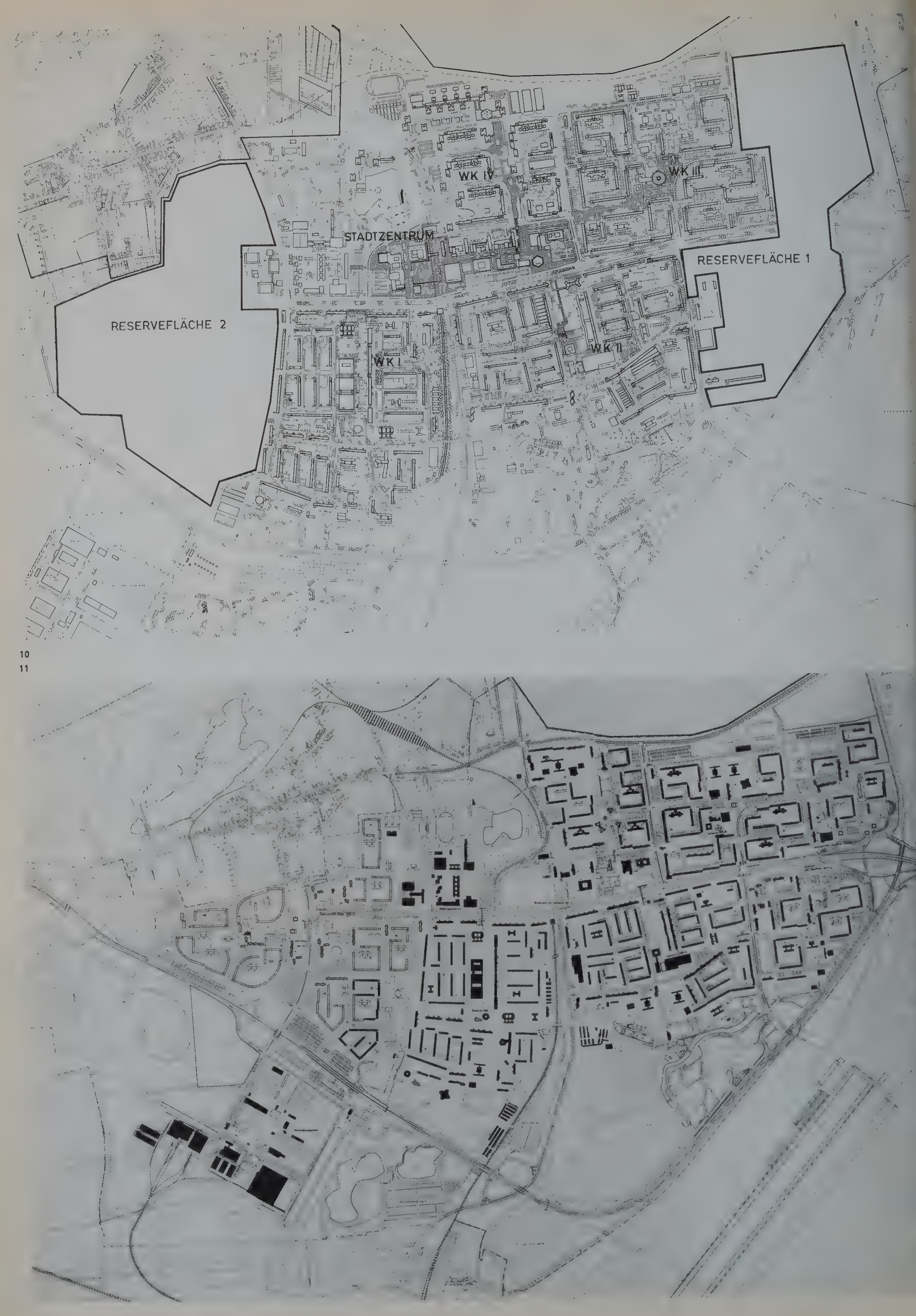
8
Blick auf das Stadtzentrum vom künftigen Stadtpark aus

9
Intensive Freiflächengestaltung im Zentrum des Wohnkomplexes II

8

9




RESERVEFLÄCHE 2
STADTZENTRUM
WK IV
WK III
RESERVEFLÄCHE 1
WK I
WK II

10
11

Ablesbarkeit der Stadtstruktur und Orientierung in der Stadt

In der Gegenüberstellung der 1969 veröffentlichten „Bebauungskonzeption Halle-Neustadt" (da 10/69, Seite 595) mit dem zur Zeit gültigen Stadtbebauungsplan wird sofort ersichtlich, daß die damals als Reserveflächen I und II ausgewiesenen Bebauungsgebiete für den Wohnungsneubau inzwischen in Anspruch genommen werden. Wir bezeichnen diese Standorte als Wohngebiete, die für die stadtstrukturelle Gliederung und Orientierung in der neuen Stadt aufgrund ihrer Lage bedeutungsvoll sind. Dem östlichen Wohngebiet, dem Wohngebiet Gimritzer Damm (WK VII und VIII), kommt vor allem die Funktion als Stadteingang, von Halle kommend, zu.

Das westliche Wohngebiet (WK V und VI) ist als westliches Stadtrandgebiet in erster Linie zur Herausarbeitung des Magistraleabschlusses, aber auch zur Silhouettenbildung und Stadteingangsgestaltung, vom Mansfelder Gebiet kommend, herangezogen worden. Gestalterisch und funktionell haben wir diese Aufgabe durch die Überlagerung der Dominanz hoher, 22geschossiger Wohngebäude mit der der gesellschaftlichen Zentren gelöst, die zu beiden Seiten der Magistrale, niveaufrei miteinander verbunden, angeordnet sind. Diese Konzeption soll zugleich die Herausbildung bedeutsamer Fußgängerkommunikationen an der Magistrale gewährleisten. Es sei erwähnt, daß es sich als notwendig erwiesen hat, die Magistrale für die Fußgängerkommunikation generell aufzuwerten. Die stärkere Öffnung des städtebaulichen Ensembles im Bereich des Zentrums war u. a. eine weitere Folge dieser Überlegung.

Zusammen mit dem Ensemble des gesamtstädtischen Zentrums, das wegen seiner inhaltlichen Bedeutung und baulichen Interpretation als Stadtkrone gilt, bilden diese beiden Gestaltungsschwerpunkte die drei bedeutsamen städtischen Kommunikationsbereiche für die Bewohner. Sie sind weithin sichtbar und erleichtern somit die Ablesbarkeit der Stadtstruktur und der Längsausdehnung der Stadt sowie die Orientierung in der Stadt, sie sind gleichzeitig die Hauptstandorte für die bildkünstlerische Gestaltung. Die schon in früheren Veröffentlichungen geschilderte Stadtgliederung und Stadtgestaltung wird qualitativ ergänzt. Der bereits teilweise vorhandene gesamtstädtische Fußgängerboulevard, der von den Wohngruppen, in denen die Kinderbetreuung und verschiedene Wohnfunktionen vorherrschen, über die Wohnkomplexzentren zum Stadt- und Bildungszentrum bzw. über die Schulbereiche und Sporteinrichtungen in die Stadtrand-Naherholungsgebiete führt und die Trassen des Verkehrs nur gelegentlich kreuzt, erhält im Magistralebereich eine absolute Aufwertung durch sinnvolle bauliche und bildkünstlerische „Verdichtungen". Sehr bedeutungsvoll ist dabei eine gut gestaltete, dichte Begrünung.

Diese Konzeption ist weiter ausbaufähig. Es besteht die Möglichkeit, diese wichtigen Fußgängerbereiche – aber auch andere Stellen im Stadtgebiet – auch noch nach dem schwerpunktmäßigen Aufbau der Stadt, wenn neue Bedürfnisse der Menschen eine bauliche Umsetzung in Halle-Neustadt erfordern, sinnvoll zu ergänzen.

10
Bebauungskonzeption für Halle-Neustadt (Stand 1968)

11
Bebauungskonzeption für Halle-Neustadt (Stand 1974). Die dunkel angelegten Gebäude werden bis Ende 1974 fertiggestellt sein.

12
Stadtkomposition von Halle-Neustadt
Stand 1974

13
Baumassenverteilung im Stadtgebiet von Halle-Neustadt



12

13



Zehn Jahre Aufbau von Halle-Neustadt aus der Sicht des Projektanten

Dipl.-Ing. Gerhard Klein
Chefarchitekt im Betrieb Projektierung und Technologie des VE(B) Wohnungsbaukombinat Halle

1
Am Zentrum des Wohnkomplexes I

2
Im Schulgarten der 2. Polytechnischen Oberschule

3
Fußgängerbereich im Wohnkomplex II

4
Brunnen und Wandplastik am Zentrum des Wohnkomplexes I

5
Spielplastik von O. Leibe im Wohnkomplex I



1



2



3

Eine Rückschau auf zehn Jahre Aufbau und Entwicklung einer neuen sozialistischen Stadt spiegelt in erster Linie Etappen des gesellschaftlichen Wachstums wider. Formuliert durch die Beschlüsse des VIII. Parteitages und konkretisiert in den Volkswirtschaftsplänen, sind es besonders die ständig nach Quantität und Qualität steigenden Bedürfnisse unserer Gesellschaft, die den Projektanten bei der Entwicklung einer sozialistischen Wohnumwelt neue und verantwortungsvolle Aufgaben stellen. Konkret bedeutet das für die am Aufbau von Halle-Neustadt beteiligten Architekten und Ingenieure:

- Bessere und schnellere Befriedigung der Wohnbedürfnisse durch Entwicklung von differenzierten, familiengerechten Wohnungen, die in kurzer Frist mit rationellem Aufwand errichtet werden können und den funktionell-ästhetischen Anforderungen städtebaulich-architektonischer Gestaltung entsprechen.

Die funktionelle Weiterentwicklung der Wohnungsbauserien, insbesondere die generelle Einführung der Reihe IW P 2.12 sowie deren laufende technologische und gestalterische Aktualisierung mit zahlreichen städtebaulichen Varianten und einer gleichzeitigen Senkung der Bauzeiten, zeugen von einem erfolgreich beschrittenen Weg. Dieser Weg findet seine Fortsetzung mit der Entwicklung der WBS 70, die bei weiterer Verbesserung des WE-Schlüssels und städtebaulich-architektonischer Merkmale eine entscheidende Steigerung der Arbeitsproduktivität im industriellen Wohnungsbau ermöglichen wird.

- Erhöhung der Qualität der komplexen Wohnumwelt, besonders durch variable und effektive Lösungen für den Gesellschaftsbau, durch Einbeziehung der bildenden Kunst sowie der Freiflächengestaltung, Werbung und Information.

Ansätze zufriedenstellender Lösungen zeigen z. B. das ausgeführte Zentrum des Wohnkomplexes II sowie die Planungen zum Wohnkomplex V, zum Wohnkomplex VI und zum Stadtzentrum. Die Verbesserung der Gemeinschaftsarbeit aller an der Gestaltung der Wohnumwelt beteiligten Partner sowie das Auffinden neuer Wege für rationelle, aber differenzierte Angebote von Gesellschaftsbauten sind Aufgaben, deren Lösung zu noch besseren Ergebnissen für die Befriedigung komplexer Wohnbedürfnisse führen werden.

Integration der Projektierung und Bauausführung

In die Zeit des Aufbaus von Halle-Neustadt fiel die Bildung der Baukombinate im Bezirk Halle und die Zusammenführung der Projektanten mit der Bauausführung.

Heute kann festgestellt werden, daß diese Maßnahmen wichtige Voraussetzungen für den erfolgreichen Aufbau unserer Stadt gewesen sind. Mit dem Wachsen von Halle-Neustadt sind durch die gemeinsame Arbeit von Planung, Vorbereitung und Ausführung Wissen und Kenntnisse um die Probleme der Partner und für die Komplexität der Aufgaben mitgewachsen. Architekten und Ingenieure ohne Kenntnisse industrieller Fertigungsmethoden sind heute kaum noch vorstellbar. Technologen, verantwortliche Leiter und vor allem die Bauarbeiter selbst

4

sind bemüht, ihr Verständnis für die Probleme von Städtebau und Architektur zu erweitern, auch wenn offenbar hier noch die größeren Widersprüche in der gemeinsamen Zielstellung vorhanden sind.

Die Rolle der Projektierung im Investitionsprozeß

Der Projektant im Kombinat spielt in der Investitionsvorbereitung wie in der Investitionsdurchführung eine gleichermaßen wesentliche Rolle für eine optimale Qualität des Finalproduktes. Dabei ist das Finalprodukt nicht nur als Einzelerzeugnis, sondern als komplexe gebaute räumliche Umwelt zu betrachten. Die Vorbereitungspraxis für das komplexe Bauvorhaben Halle-Neustadt hat nach meiner Einschätzung folgende wichtige Erkenntnis gebracht:

- Die Vorbereitung komplexer Gebiete ist von der städtebaulichen Planung bis zum Ausführungsprojekt als eine Einheit zu betrachten und zu behandeln. Deshalb ist von Beginn an eine planmäßige Gemeinschaftsarbeit zwischen dem Auftraggeber, dem Städtebauer, dem Architekten im Baukombinat und dem Ausführungstechnologen zu organisieren.

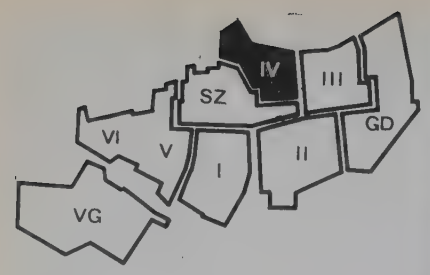
- Eine bessere Lösung bei gleichzeitiger Rationalisierung des Vorbereitungsprozesses und größerer Gewähr für die komplexe Qualität scheint erreichbar, wenn die gesamte Vorbereitung unter einer einheitlichen Leitung vollzogen wird. Dazu sind Komplexarchitekten einzusetzen, die von der Bebauungskonzeption bis zum Projekt verantwortlich zeichnen.

Erfahrungen und Schlußfolgerungen

Die Mitarbeit am Aufbau von Halle-Neustadt bedeutet für Architekten und Ingenieure ein Reifen der gesellschaftlichen Verantwortung und der fachlichen Qualifizierung. Die erreichten Ergebnisse der gebauten Umwelt, die enger gewordenen Verbindungen innerhalb des Kombinates mit den bauausführenden Betrieben und gute Ansätze von Gemeinschaftsarbeit zwischen Städtebau, Hochbau, Tiefbau und Auftraggeber bestätigen diese Einschätzung.
Gleichzeitig muß festgestellt werden, daß der erreichte Stand der Ergebnisse für Halle-Neustadt für künftige Aufgaben nicht mehr ausreicht. Diese Feststellung bezieht sich sowohl auf die städtebaulich-architektonische Qualität der Erzeugnisse, als auch auf die Voraussetzungen für eine rationelle Produktion.
Deshalb sind neben der Entwicklung der WBS 70 verstärkt Anstrengungen zu unternehmen, um insbesondere für Rekonstruktionsgebiete produktive und vielseitig anpaßbare industrielle Monolithbauweisen wirksam werden zu lassen.
Für den Gesellschaftsbau sind Verfahren und Bauweisen so weiter zu entwickeln, daß den differenzierten gesellschaftlichen Bedürfnissen nach Funktionskombinationen und Funktionsverflechtungen besser entsprochen werden kann.

5





Wohnkomplex IV

Zentrumnahes Wohngebiet mit Überlagerung von Funktionen des Wohnkomplexes und des Stadtzentrums

Dr.-Ing. Satish C. Khurana
Büro für Städtebau und Architektur des Bezirkes Halle



1

2



3

Der Wohnkomplex IV liegt unmittelbar nördlich des Stadtzentrums. Diese spezifische Standortbedingung und die begrenzte flächenmäßige Ausdehnung mußten bei der funktionellen, strukturellen und kompositionellen Gestaltung des Wohnkomplexes berücksichtigt werden. Inmitten des Baugebietes befindet sich eine aufgefüllte ehemalige Kiesgrube, die von Bebauung freigehalten werden mußte. Angesichts dieser Prämissen und in Anbetracht der Gesamtstruktur wurden folgende Kriterien als Grundlage der Gestaltung festgelegt:

- Funktionelle und kompositionelle Einheit von Wohnkomplex und Stadtzentrum; Konzentration der Versorgungs-, Betreuungs- und Kultureinrichtungen im Stadtzentrum; Ausweisung und Konzentration der schulischen, vorschulischen und der funktionell unmittelbar damit zusammenhängenden weiteren Einrichtungen wie Schulspeisung, Bibliothek innerhalb des Wohnkomplexes; Einhaltung der zumutbaren Wegeentfernungen bei der Funktionsverteilung.
- Gestaltung eines Fußgängerbereichs in Fortsetzung des Stadtzentrums; qualitative und inhaltliche Unterscheidung durch die betonte abwechslungsreiche Anordnung von Räumen aktiver und passiver Erholung für alle Altersgruppen, den Kommunikationsbedürfnissen der Familien Rechnung tragend.
- Einbeziehung des um den Bruchsee zu entwickelnden Stadtparks in die Gesamtgestaltung.
- Anbindung und gestalterische Fortführung des Fußgängerbereiches in die Wohngruppen.
- Unmittelbare Zuordnung der vorschulischen Kindereinrichtungen zu den Wohngruppen.
- Erreichung einer insgesamt ökonomischen städtebaulichen Lösung unter vorgegebener bautechnischer Produktion und Bautechnologie bei höherer städtebaulicher Qualität.

Das Ergebnis ist das bauliche Abbild der dargelegten gestalterischen Absichten, aufgebaut auf dem derzeitig vorhandenen Erzeugnisangebot des Wohnungsbaukombinates wie

5geschossige Gebäude Typ Ratio P 2 mit Zugang von der Schlaf- oder von der Wohnraumseite

11geschossige Gebäude Ratio P 2 mit Zugang von der Schlaf- oder Wohnraumseite

14geschossige Y-Hochhäuser auf der Basis P 2.

Die überwiegend an der Hauptfußgängerachse zum Stadtzentrum hin konzentrierten fünf 14geschossigen Hochhäuser unterstreichen die funktionell-gestalterische Konzeption. Der Rand zum Stadtpark ist durch frei stehende Hochhäuser betont. Leitthema für die bildkünstlerische Konzeption des Wohnkomplexes IV ist „Wissenschaft – Bildung – Kultur".

Der Wohnkomplex hat äußere Verkehrserschließung mit Stellflächen in der Randlage. Im Wohnkomplex IV wird das bereits vorher in Halle-Neustadt in Teilbereichen praktizierte Prinzip der Haupt- und Nebenerschließung mit Sammelkanal und Hauskollektoren umfassend durchgesetzt.

1
Fünfgeschossiges Wohngebäude Typ Ratio P2 mit Zugang von der Wohnraumseite

2
Bebauungskonzeption für den Wohnkomplex IV (Stand 1974)

3
Modellfoto Wohnkomplex IV

4
Blick auf die Wohnbebauung des Wohnkomplexes IV

4



Kapazitätsangaben

Anzahl der Wohnungen	3 530 WE
Anteil der 5geschossigen Gebäude	1 694 WE = 48,1 %
Anteil der 11geschossigen Gebäude	1 376 WE = 38,9 %
Anteil der 14geschossigen Gebäude	460 WE = 13,0 %
Durchschnittliche Wohnungsgröße	55,12 m²/WE
Einwohnerdichte	320 EW/ha

WE-Schlüssel

Einraumwohnung	369 WE = 10,5 %
Zweiraumwohnung	275 WE = 7,8 %
Dreiraumwohnung	2 278 WE = 64,5 %
Vierraumwohnung	608 WE = 17,2 %

Gemeinschaftseinrichtungen

3 Polytechnische Oberschulen	2 160 Plätze
2 Turnhallen Sportflächen	930 m²
Kindergärten	648 Plätze
Kinderkrippen	324 Plätze
Grundstücksverwaltung für VEB Gebäudewirtschaft	15 Büropl.
Selbstbedienungs-Postamt und Postzeitungsvertrieb	70 m² Nutzfl.
Waschstützpunkt	150 m² Nettofl.
Klubraum	60 Plätze
Reparaturstützpunkt	120 m²
Schulspeisung/Klubräume	360 Plätze
Gaststätte	90 Plätze
Bibliothek	25 000 Bände

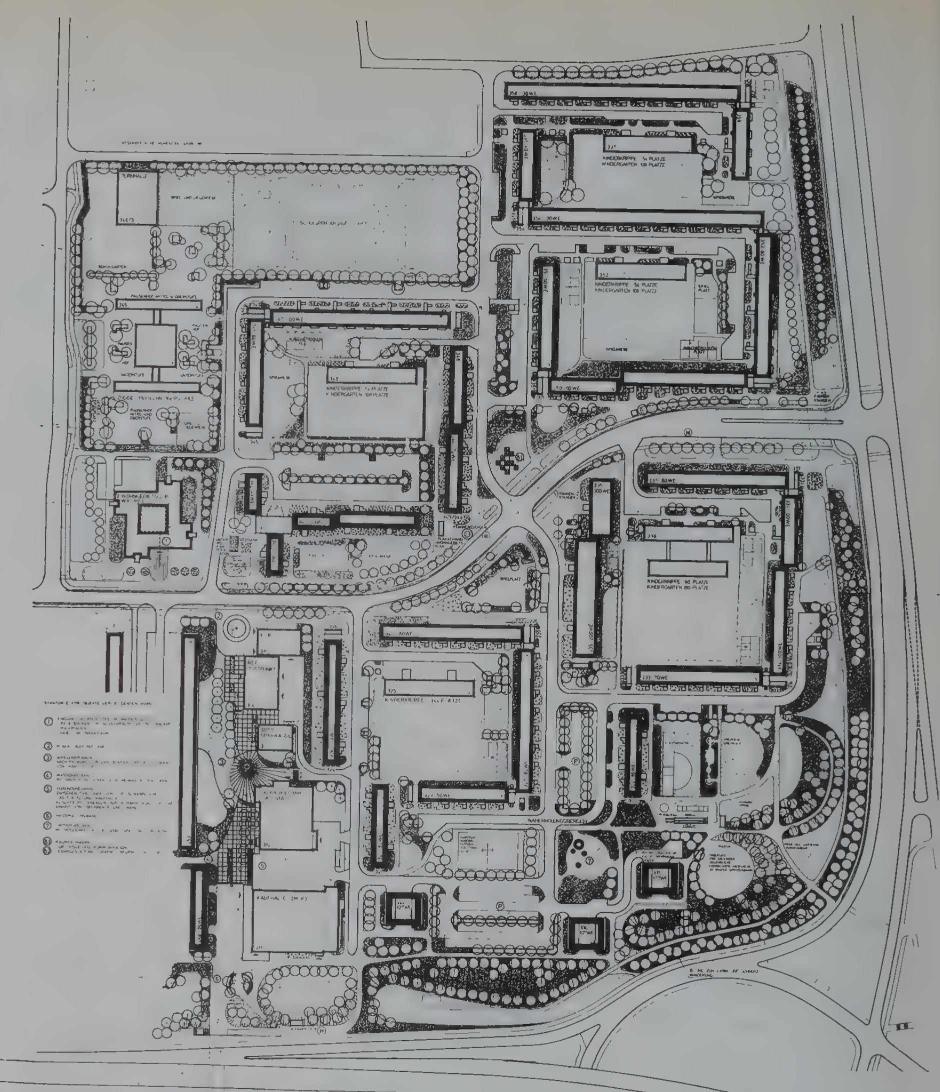
Realisierungszeitraum: 1972 bis 1975



Wohngebiet Gimritzer Damm

Städtebauliche Gestaltung des Stadteingangs aus Richtung Halle

Dipl.-Arch. Bernd Czysch
Büro für Städtebau und Architektur des Bezirkes Halle



Das sich in Nordsüdrichtung erstreckende Wohngebiet Gimritzer Damm bildet den östlichen Abschluß von Halle-Neustadt und grenzt an das Naherholungsgebiet der Saaleaue, das die beiden Städte Halle und Halle-Neustadt miteinander verbindet. Die in Ostwestrichtung verlaufende Magistrale – die Hauptverkehrsader der Stadt – gliedert das Wohngebiet in etwa zwei gleich große Teile (bisher als WK VII und WK VIII bezeichnet).
Diese frühere Konzeption sah zwei selbstän-

1



2

1
Bebauungskonzeption für das Wohngebiet Gimritzer Damm

2
Der Wohnkomplex III mit dem anschließenden Wohngebiet Gimritzer Damm

3
Blick in das Wohngebiet

4
Modellfoto des Wohngebietes Gimritzer Damm

dige Wohnkomplexe vor, wurde aber zugunsten stadtstruktureller Überlegungen, ein einheitliches Wohngebietszentrum zu beiden Seiten der Magistrale auszubilden, aufgegeben. Standort und städtebauliche Ensemblewirkung wurden so gewählt, daß das Wohngebietszentrum über Massenverkehrsmittel an der Magistrale leicht erreichbar und aus Richtung Halle optisch erlebbar wird. Beide Teile des Zentrums weisen unterschiedliche räumliche Konzeptionen auf. Die funktionellen Beziehungen zwischen dem Zentrum und der Wohnbebauung werden durch eine Unterführung der Magistrale ermöglicht.

Fortführung und Anbindung der öffentlichen Bereiche an die benachbarten Wohnkomplexe und an das Naherholungsgebiet der Saaleaue gewährleistet die Eingliederung in das Gesamtgefüge der Stadt und des Umlandes.

Im Kontrast zu den ein- bis dreigeschossigen Gebäuden des Zentrums sind die vielgeschossige Bebauung und die Hochhausbebauung so angeordnet, daß sie gleichzeitig die öffentlichen Bereiche des Wohngebietes markieren und den Stadteingang mit deutlicher Silhouette von Osten, von der Stadt Halle aus, bilden. Außerdem nehmen sie die schon vorhandenen hochbaulichen Schwerpunkte der Wohnkomplexe II und III auf.

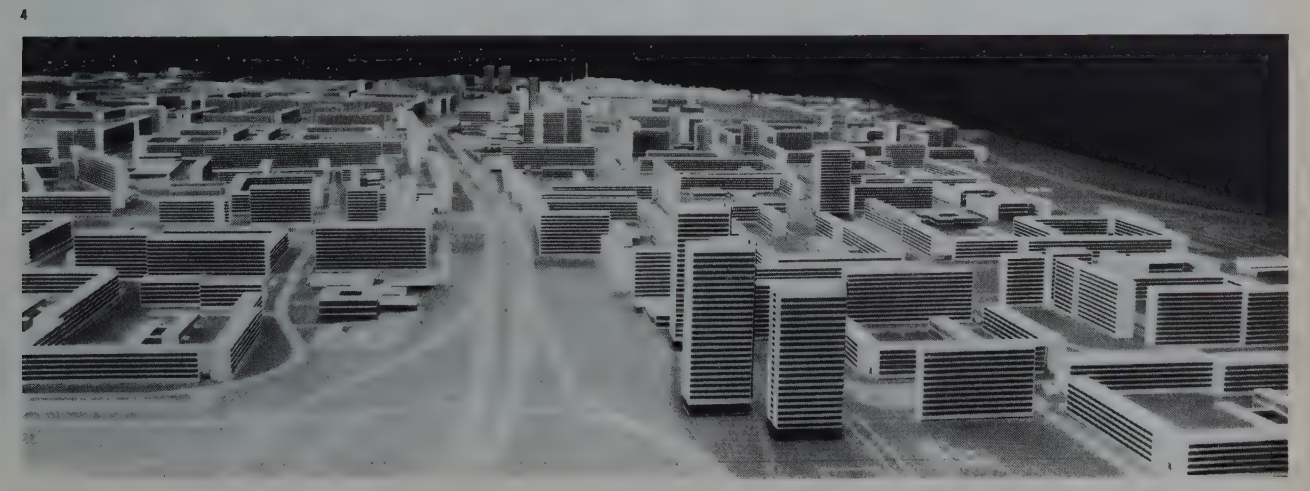
Die Konzeption des nördlichen Teils wurde bestimmt durch die in dem Generalverkehrsplan der Stadt festgelegte Verbindungsstraße vom Gimritzer Damm zum Wohnkomplex III. Dieser Straßenraum tangiert das Zentrum und das Schulgebäude, das in günstiger Beziehung zum Zentrum und zu den Sportanlagen liegt. Die Anlagen der aktiven Erholung sind konzentriert im Bereich des Verkehrsknotens Gimritzer Damm–Magistrale (Knoten 37) ausgewiesen worden.

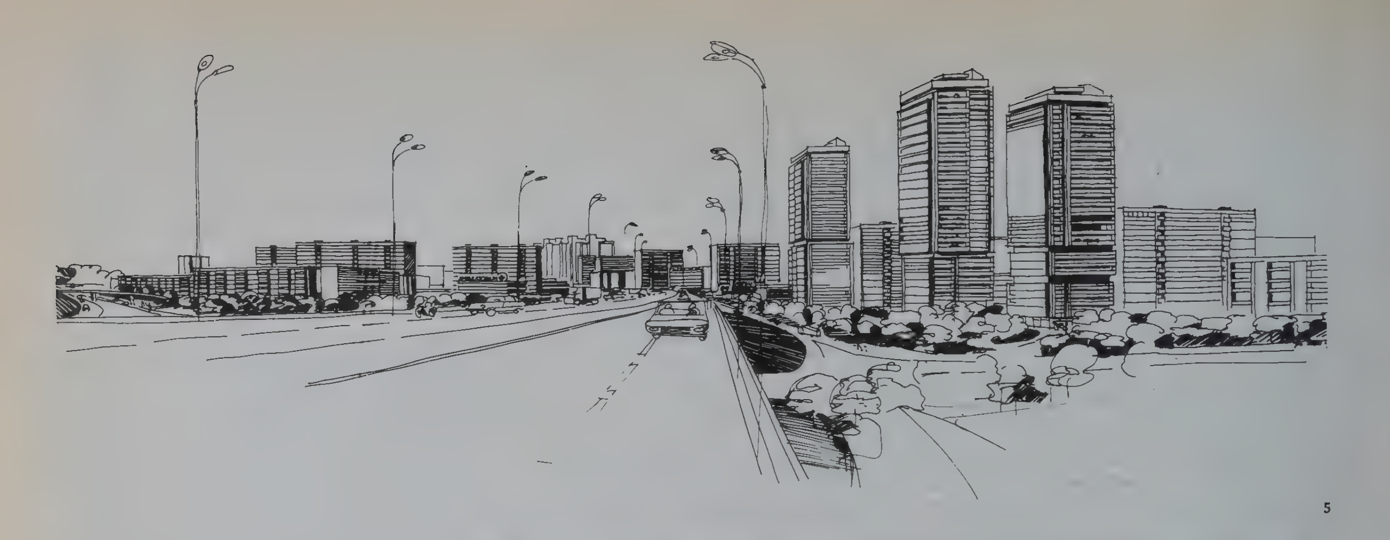
Für die Konzeption des südlichen Teils ist das Prinzip der äußeren Erschließung ge-



3

4





5

Kapazitätsangaben und Kennziffern

Fläche des Wohngebietes	54	ha
Anzahl der Wohnungen, davon	4 925	WE
5geschossig	3 080	WE = 62,5 %
11geschossig	1 464	WE = 29,7 %
22geschossig mit gesellschaftlichen Einrichtungen im Erdgesch.	381	WE = 7,8 %
Anzahl der Einwohner	15 120	WE
durchschnittliche WE-Größe	53,5	m²/WE
Einwohnerdichte	279	EW/ha
Kinderkrippen	882	Plätze
Kindergarten	1 332	Plätze
polytechnische Oberschulen	88	UR
Sonderschule, Sprachheilschule und logopädischer Stützpunkt	31	UR
einschl. Schulspeisung	160	Plätze
Mehrfunktionseinrichtung Gaststätte/Schulspeisung 90/360 (in Doppelnutzung Gaststättenerweiterung und Klubräume)	2	Objekte

Wohngebietszentrum:
Kaufhalle Waren des täglichen Bedarfs
Ambulatorium und Apotheke
Bibliothek für Erwachsene und Kinder
Friseursalon
Sparkasse
Postamt
Annahmepostamt
Dienstleistungskombinat – Annahmestelle
Waschstützpunkt
Blumenladen
Dienststellen
Eisdiele

Durchführung des Bauvorhabens

Tiefbaubeginn 1971
Hochbaubeginn 1972



6

wählt worden. Dadurch ergibt sich ein zentraler Fußgängerbereich, der vom Wohngebietszentrum durch das Wohngebiet hindurch Anschluß an den öffentlichen Bereich des Wohnkomplexes II herstellt. Im Fußgängerbereich liegen Anlagen der aktiven Erholung.

Die Wohnbebauung im nördlichen und südlichen Teil ordnet sich zu Wohngruppen in geschlossenen Formen, die die vorschulischen Einrichtungen sowie Wohnfunktionsflächen einbeziehen.

Besondere Bebauungsformen sind die elfgeschossige „Windmühle" mit einem eingeschossigen Verbindungsbau für gesellschaftliche Einrichtungen und technische Räume.

Das Prinzip der äußeren Erschließung gestattet die Zuordnung der Flächen für den ruhenden Verkehr zu etwa 75 Prozent am Rande der Wohnbebauung und sichert damit weitgehend ruhiges Wohnen im inneren Wohnbereich.

Besondere Aufmerksamkeit wurde bei der Vorbereitung des Wohngebietes der Gestaltung des Wohnmilieus geschenkt. So werden im Ergebnis der gemeinsamen Arbeit von Architekten und bildenden Künstlern unter Mitarbeit der Bevölkerung neben abwechslungsreicher Fassadengestaltung attraktive Freiflächen mit bildkünstlerischen Objekten unter dem Leitthema „Deutsch-Sowjetische Freundschaft" und Orientierungshilfen in Form von Zahlen und Symbolen an den Gebäuden vorgesehen.

5
Stadteingang von Halle aus

6
Baufoto, aufgenommen 1973

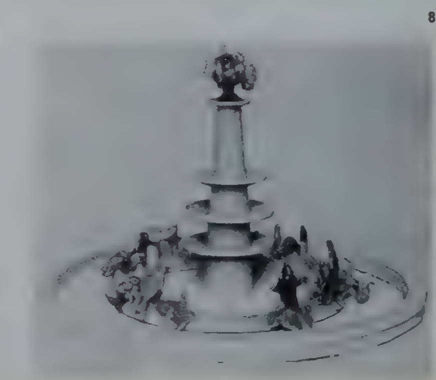
7
Das Wohngebietszentrum im nördlichen Teil des Wohngebietes Gimritzer Damm. Perspektive aus südwestlicher Richtung

8
Modell eines Keramikbrunnens im Wohngebietszentrum, gestaltet von Hans Rothe, Halle

7



8





Mehrfunktionseinrichtung als Wohngebietsklub

Ausgewähltes Beispiel für die Berücksichtigung spezifischer Anforderungen aus der Bevölkerungsentwicklung

Dipl.-Ing. Gerhard Föllner
Büro für Städtebau und Architektur des Bezirkes Halle

Durch den Zuzug vorwiegend junger Familien nach Halle-Neustadt und dem daraus resultierenden hohen Anteil an Kindern ergibt sich die Notwendigkeit, Gebäude mit veränderbarer Nutzung zu entwerfen und zu bauen, die zunächst als Vorschuleinrichtungen, später als Schulen und Klubs genutzt werden können (siehe deutsche architektur, Heft 10/1969, S. 614 bis 617). Solche Mehrfunktionseinrichtungen sind bisher im Wohnkomplex I und im Wohnkomplex III errichtet worden. Während im Wohnkomplex III die Gesamtkapazität noch als Kindergarten mit 468 Plätzen genutzt wird, ist das Objekt im Wohnkomplex I bereits in einem Gebäudeteil umfunktioniert worden als Hort der Unterstufenschulen der I., III. und IV. POS mit 225 Schülerplätzen (neben 234 Kindergartenplätzen). Ab 1. September 1974 wird die gesamte Platzkapazität der Mehrfunktionseinrichtung Wohnkomplex I als Unterstufen-Ganztagsschule mit 330 Schülerplätzen genutzt werden.

Im Wohngebiet Gimritzer Damm und im westlichen Wohngebiet werden auf der Grundlage des Projektes der Mehrfunktionseinrichtung Wohngebietsklubs vorgesehen, für die eine Studie erarbeitet wurde.

Mit diesen Einrichtungen soll eine spürbare Verbesserung des geistig-kulturellen Lebens im Wohngebiet erreicht werden, denn die neuen Gemeinschaftsbeziehungen, die sich in der Sphäre der Produktion entwickeln, müssen in der Freizeit im Wohngebiet organisiert, gefördert und kontinuierlich weiterentwickelt werden. So soll der Wohngebietsklub eine Basis des künstlerischen Volksschaffens und zum anderen ein Ort für das Wirken gesellschaftlicher und staatlicher Organe sein.

Zur Zeit wird das Informationsangebot des Baubetriebes für das Objekt eingeholt.

Die noch zu erarbeitende Dokumentation zur Investvorentscheidung wird auf der Basis weiterer Konsultationen mit den zuständigen Fachinstitutionen und Organen unter Hinzuziehung der Nutzer detailliertere Angaben für die Entscheidungsfindung enthalten.

Kapazitätsangaben

Maximales Platzangebot bei gleichzeitiger Nutzung aller vorhandenen Räumlichkeiten 760 Plätze, davon rund 300 Saalplätze

Bruttofläche	4 164 m²	5,50 m²/Pl.
Nettofläche	3 819 m²	5,02 m²/Pl.
Umbauter Raum	20 007 m²	26,30 m³/Pl.
Nutzfläche	3 148 m²	4,15 m²/Pl.
Hauptfläche	2 090 m²	2,75 m²/Pl.
Nebenfläche	1 058 m²	1,40 m²/Pl.
Verkehrsfläche	671 m²	0,87 m²/Pl.

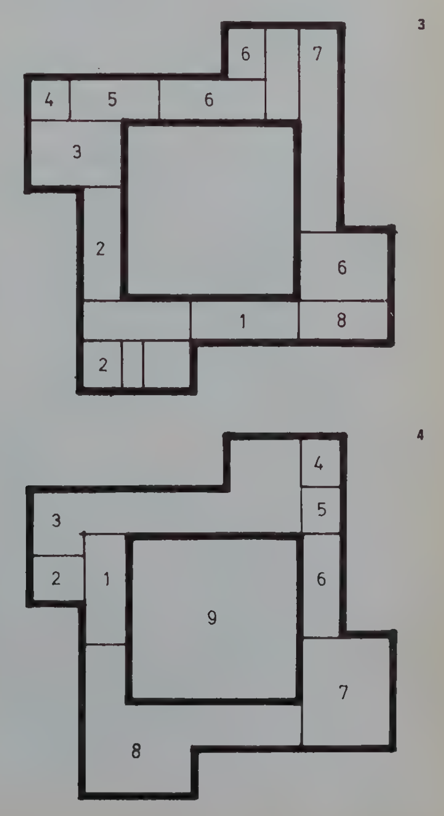
1
Blick auf die Mehrfunktionseinrichtung im Wohnkomplex III

2
Erdgeschoß 1 : 500
1 Foyer, Garderobe
2 Großer Saal (300 Plätze)
3 Sanitärbereich
4 Künstlergarderoben
5 Proberaum
6 Büro
7 Fernsehraum
8 Klub-, Leseraum
9 Jugendklubraum
10 Endküche
11 Klubgaststätte
12 Personal
13 Aufenthaltsraum
14 Ruheraum
15 Hausmeisterwohnung

3
Obergeschoß 1 : 1000
1 Ausstellungsraum
2 Vortragsraum
3 Fotozirkel
4 Jugendklub
5 Theaterraum
6 Zirkelraum
7 Klubraum
8 Traditionskabinett

4
Kellergeschoß 1 : 1000
1 Lager
2 Atelierwerkstatt
3 Nebenräume Gaststätte
4 Keramikbrennraum
5 Emaillezirkel
6 Werkstätten
7 Lagerraum
8 Technische Räume
9 nicht unterkellert







Wohnkomplex V – Teil des westlichen Wohngebietes

Dipl.-Ing. Hans-Joachim Gürtler
Büro für Städtebau und Architektur
des Bezirkes Halle

Der Wohnkomplex V ist ein Teil des Wohngebietes West und bildet mit dem Wohnkomplex VI eine gestalterische und funktionelle Einheit. Das Wohngebiet West wurde so konzipiert, daß es der Stadtstruktur von Halle-Neustadt, speziell der Gestaltung des Stadtabschlusses und gleichzeitig der westlichen Eingangsgestaltung, gerecht wird.

Der Wohnkomplex V, der östliche Teil des Wohngebietes, liegt am Ende der Magistrale und wird durch sie in einen nördlichen und südlichen Teil gegliedert. Entsprechend der Konzeption der Gesamtstadt erhält das westliche Wohngebiet nur ein Hauptversorgungszentrum, das auf dem Gebiet des Wohnkomplexes V angeordnet wurde. Dieses Versorgungszentrum liegt nördlich und südlich der Hauptverkehrsader und enthält sämtliche für das Wohngebiet erforderliche Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen. Das Zentrum hat außerdem einige gesamtstädtische Funktionen zu erfüllen, die aus der Erweiterung der Stadt von 70 000 auf 110 000 Einwohner resultieren. Die Verbindung zwischen den Zentrumsteilen und dem Wohnkomplex VI wird durch Fußgängertunnel unter der Magistrale geschaffen. Fixpunkte für die Gestaltung des Zentrums waren die Gaststätte „Eselsmühle" sowie eine ehemalige Kiesgrube, die als Park gestaltet wird. Entsprechend der Lage und Bedeutung des Zentrums wurde die vielgeschossige Bebauung hier konzentriert. Vom Versorgungszentrum aus führen die Hauptkommunikationsbereiche im Südteil des Wohnkomplexes zum Fußgängerbereich des Wohnkomplexes I und im Norden zum Bildungszentrum. Im Bereich dieser Kommunikationsachsen befinden sich weitere gesellschaftliche Einrichtungen (Gaststätte mit Schulspeisung, Schulen und andere).

Im zentralen Bereich sind die bildkünstlerischen Objekte mit der Thematik „Kampf und Sieg der Arbeiterklasse im Bezirk Halle" eingeordnet.

Die innere Struktur des Wohnkomplexes wird bestimmt durch eine Gliederung in öffentliche Bereiche und in Wohngruppen. An den öffentlichen Bereich grenzen in sich abgeschlossene Wohnhöfe an, die weitgehend verkehrsfrei sind. In diesen Wohngruppen sind die erforderlichen vorschulischen Einrichtungen sowie funktionell erforderliche Grünflächen ausgewiesen. Im Wohnkomplex V wurde eine Gestaltung von Straßenräumen angestrebt. Etwa ein Drittel des Bedarfs an ruhendem Verkehr wurde in Freiaufstellung im Wohnkomplex ausgewiesen. Die Hauptkonzentration des ruhenden Verkehrs erfolgt am Rande des Wohnkomplexes in unmittelbarer Anbindung an das übergeordnete Straßennetz.

1



2

Kapazitätsangaben und Kennziffern

Fläche des Wohnkomplexes	52,2 ha
Anzahl der Wohnungen	4 584 WE
davon	
fünfgeschossig	24 %
sechsgeschossig	55 %
elfgeschossig	21 %
Anzahl der Einwohner	15 600 EW
durchschnittliche Wohnungsgröße	56,95 m²
Einwohnerdichte	298 EW/ha
Kinderkrippen	684 Plätze
Kindergarten	1 368 Plätze
Polytechnische Oberschulen	88 UR (anteilig für Wohnkomplex VI)

Mehrfunktionseinrichtung

Gaststätte/Schulspeisung 90/360 Plätze 2 Objekte
Wohngebietszentrum für Wohnkomplex V und VI mit
Kaufhalle
Ambulatorium und Apotheke
Bibliothek für Erwachsene und Kinder
Café
Schwimmhalle mit Sauna
Dienstleistungskomplex mit
Friseur
Sparkasse
Postamt
Annahmestelle
Schnellreinigung
Dienststellen
Blumenladen

Durchführung des Bauvorhabens

Bestätigung Investvorentscheidung	Juni 1973
Bestätigung Grundsatzentscheidung	erfolgt in Teilabschnitten
Tiefbau	1973
Hochbau	1974 bis 1977

1
Bebauungskonzeption des Wohnkomplexes V



fünf- und sechsgeschossige Bebauung
elfgeschossige Bebauung

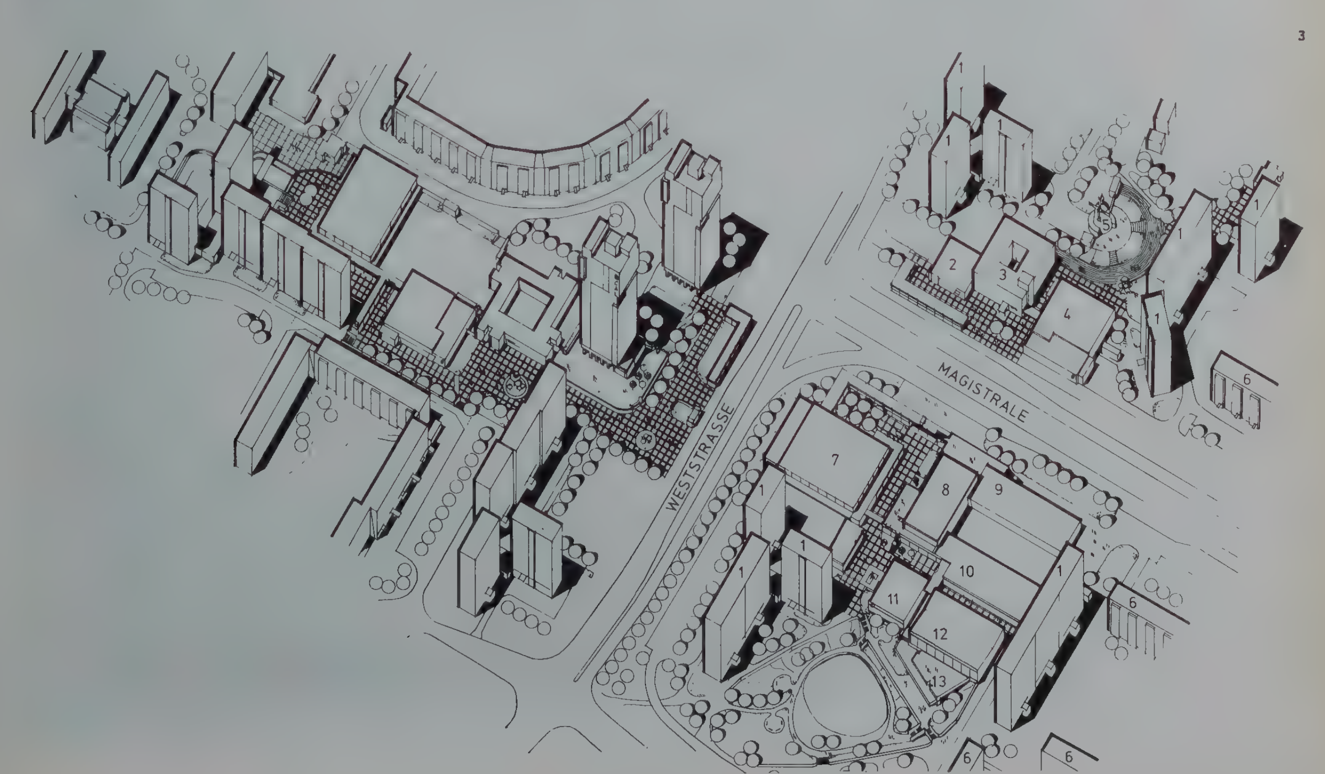
1 Kindergarten/Kinderkrippe
2 Vierzügige polytechnische Oberschule
3 Turnhalle
4 Erweiterte Oberschule
5 Apotheke
6 Ambulatorium
7 Gaststätte/Schulspeisung
8 Wohngebietszentrum
9 Reihengaragen
10 Eselsmühle

2
Modell des Wohnkomplexes V

3
Zentrum des Wohngebietes West (Wohnkomplex V und VI)

1 elfgeschossige Wohnbebauung
2 Apotheke
3 Ambulatorium
4 Schulspeisung/Gaststätte
5 Eselsmühle
6 fünf- und sechsgeschossige Wohnbebauung
7 Kaufhalle
8 Friseur, Sparkasse
9 Dienstleistungen
10 Post
11 Bibliothek
12 Schwimmhalle
13 Sonnenterrasse

3





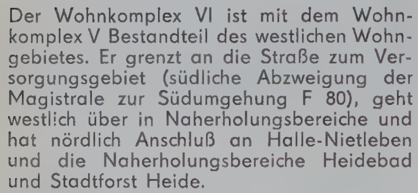


1

Wohnkomplex VI

Westlicher Stadtabschluß und Objekt einer Beispielplanung

Dipl.-Arch. Bernd Czysch
Büro für Städtebau und Architektur des Bezirkes Halle



Der Wohnkomplex VI ist mit dem Wohnkomplex V Bestandteil des westlichen Wohngebietes. Er grenzt an die Straße zum Versorgungsgebiet (südliche Abzweigung der Magistrale zur Südumgehung F 80), geht westlich über in Naherholungsbereiche und hat nördlich Anschluß an Halle-Nietleben und die Naherholungsbereiche Heidebad und Stadtforst Heide.

Diese Beziehungen bestimmten maßgeblich die städtebauliche Grundidee, formuliert in einer städtebaulichen Direktive als Grundlage für eine Gemeinschaftsarbeit zwischen dem Büro für Städtebau und Architektur Halle und dem Institut für Städtebau und Architektur der Bauakademie der DDR (siehe Veröffentlichung in „deutsche architektur" Heft 5/1973). Das Ergebnis der Beispielplanung wurde in der Phase Investitionsvorentscheidung (IVE) durch das Büro für Städtebau und Architektur in Zusammenarbeit mit dem VE(B) Wohnungsbaukombinat Halle und dem VE(B) Straßen-, Brücken- und Tiefbaukombinat Halle zum vorliegenden Bebauungsplan weiterentwikkelt.

Die städtebauliche Lösung hat folgende charakteristische Merkmale:

■ Ausbildung eines inneren Fußgängerbereiches als Kommunikationszone mit dem Wohngebietszentrum auf der höchsten Geländeerhebung. Der innere Fußgängerbereich bindet verkehrsfrei an Haltestellen der öffentlichen Massenverkehrsmittel und an das in den Wohnkomplex V übergreifende Wohngebietszentrum (Fußgängertunnel unter Magistrale und Weststraße) an und hat über das Schulgrundstück Verbindung zum Sportbereich sowie zu den Naherholungsgebieten im Süden (Brücke über die F 80), im Westen und im Norden (Heidebad, Stadtforst Heide).

■ Der Fußgängerbereich wurde so gestaltet, daß eine abwechslungsreiche Raumfolge entsteht, die – begünstigt durch die to-

2

Komplexzentrum
Wohngebietszentrum

pografischen Bedingungen – sehr differenzierte Raumbildungen zuläßt. Diese werden zusätzlich aufgewertet durch
– unterschiedliche Freiflächengestaltung (Alleen, Baumgruppen, Stützmauern und Treppenanlagen),
– Objekte der bildenden Kunst (Brunnen, Wasserbecken, Reliefs und Plastiken),
– Anordnung von gesellschaftlichen Einrichtungen in den Erdgeschoßzonen der Hochhäuser und elfgeschossigen Gebäude (Café, Eisdiele, ABV).

Die Wohnbebauung ordnet sich zu vier Wohngruppen mit den vorschulischen Einrichtungen um den inneren Fußgängerbereich. Die hofartige Gruppierung ist eine Weiterentwicklung der in Halle-Neustadt bereits bei anderen Wohnkomplexen angestrebten differenzierten Raumbildung unter Berücksichtigung lärmschutztechnischer und erschließungstechnischer Erkenntnisse. In den entstehenden Räumen sind neben den genannten vorschulischen Einrichtungen auch Wirtschafts-, Naherholungs-, Spielbereiche und Hausgärten angeordnet. Die Tobebereiche für die älteren Kinder und Jugendlichen sind in den Naherholungsgebieten im Westen und Süden geplant.

Die Hochhäuser und elfgeschossigen Gebäude sind so konzipiert, daß sie in Beziehung zur vielgeschossigen Bebauung des Wohnkomplexes V stehen, den Abschluß der Magistrale markieren und die angestrebte Struktur des Wohnkomplexes baulich betonen. Am Beispiel des Wohnkomplexes VI sind die mit dem Erzeugnis P 2 des VE(B) Wohnungsbaukombinat Halle möglichen Bebauungsformen dargestellt (siehe auch „deutsche architektur" Heft 1/1974). Das Charakteristische des mehrgeschossigen Wohnungsbaus im WK VI sind die offene Höfe bildenden geschwungenen Gebäude, die durch den Einsatz der trapezförmigen Bauwerksteile möglich wurden. Damit wurde gleichzeitig der Bedarf an Fünfraumwohnungen abgedeckt. Die fünfgeschossigen Gebäude setzen sich zusammen aus 2-, 4- und 5-Segment-Blöcken mit Eingang von der Wohnraum- oder Schlafraumseite, aus Eckverbindern, aus 2-Segment-Blöcken mit konischer Achse (konkav und konvex) und Durchgängen im Erdgeschoß sowie Leitungsgang und Hausanschlußstationen. Für die Fassadengestaltung wurden mehrere Varianten entwickelt.

Die verkehrstechnische Erschließung geht vom Prinzip der zangenförmigen Umschließung des Gebietes aus. Die Wohnsammelstraße bindet an die Weststraße und im Norden an die Eislebener Straße an. In dieser Sammelstraße verkehrt eine Buslinie, und außerdem liegen hier etwa 80 Prozent des ruhenden Verkehrs. Der Abstand der Wohngebäude zur Fernverkehrsstraße 80 beträgt im ungünstigen Fall 85 m. Eine Abschirmung des zu erwartenden Verkehrslärms erfolgt durch die dazwischenliegenden Garagen und aufzuforstenden Dammschüttungen.

Die Anforderungen einer wirtschaftlichen stadttechnischen Erschließung waren ein wichtiges Kriterium für die Bebauungskonzeption des Wohnkomplexes VI. Haupt- und Nebenerschließung fanden hier volle Anwendung und wurden durch die gewählte Bebauungsstruktur begünstigt. Hauptnetze sind im Sammelkanal zu verlegen und haben mit wenigen Anschlußstellen über Komplexstationen Verbindung zu den Hauskollektoren bzw. Leitungsgängen.

Kapazitätsangaben und Kennziffern

Fläche des Wohnkomplexes	34,0 ha
Anzahl der Wohnungen	2773 WE
davon	
5geschossig	2098 WE = 75,3 %
11geschossig	430 WE = 15,5 %
22geschossig mit gesellschaftl. Einrichtungen im Erdgeschoß	254 WE = 9,2 %
Anzahl der Einwohner	9050 EW
Anzahl der Einwohner einschließl. Feierabendheim	9280 EW
Durchschnittliche Wohnungsgröße	56,5 m²/WE
Einwohnerdichte	274 EW/ha
Kinderkrippen	360 Plätze
Kindergärten	810 Plätze
polytechn. Oberschule	44 UR
Gaststätte/ Schulspeisung	90/360
(in Doppelnutzung Klubräume und Gaststättenpl.)	1 Objekt
Feierabendheim etwa	230 Plätze
Kaufhalle (Waren des täglichen Bedarfs)	
Wohngebietsklub	
Postzeitungsvertrieb	
Eisdiele	

Durchführung des Bauvorhabens

Beginn Tiefbau 1975
Beginn Hochbau 1976

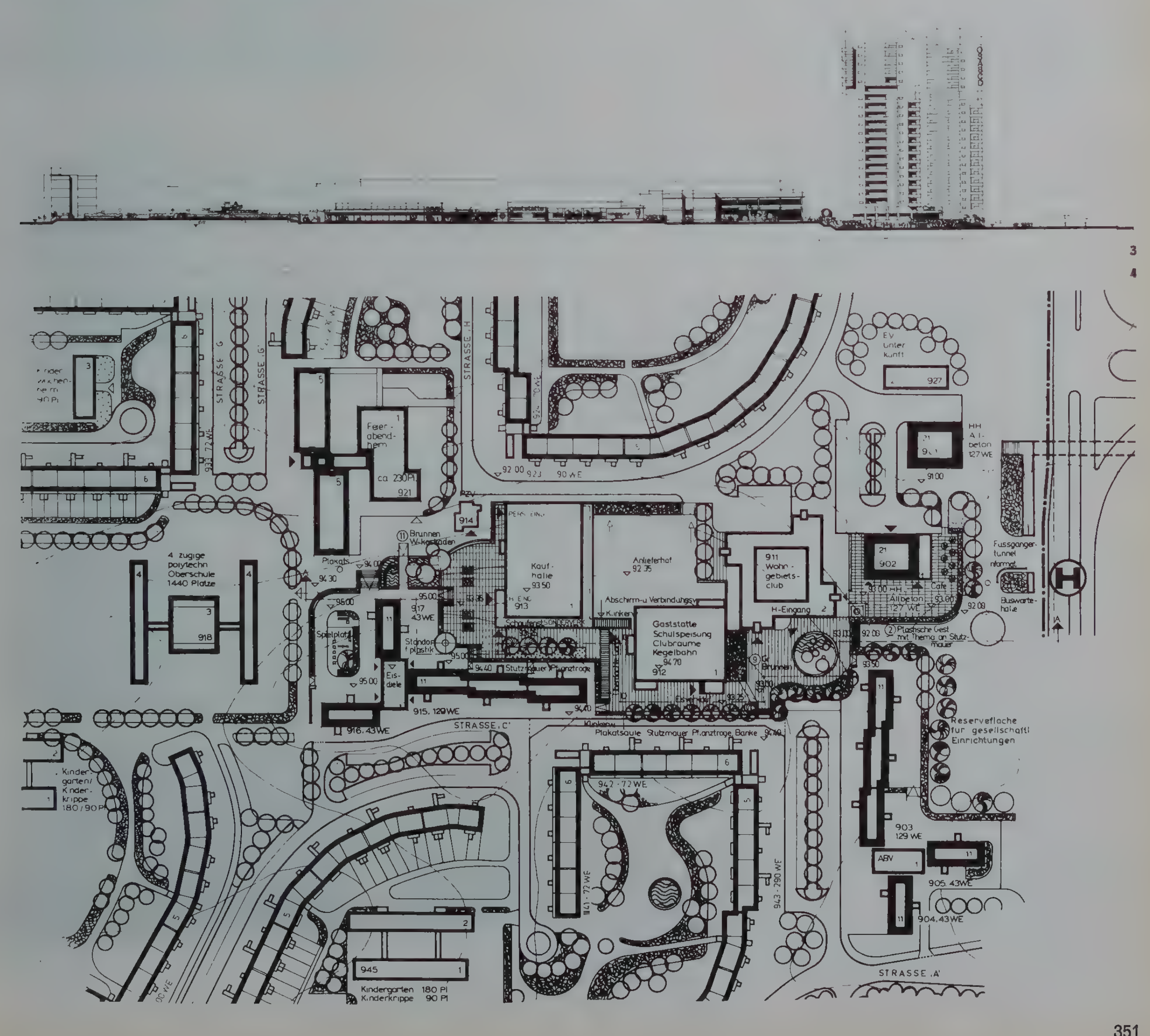
1
Modell des Wohnkomplexes VI

2
Bebauungskonzeption für den Wohnkomplex VI (Stand 1974)

Der zentrale Bereich

3
Schnitt

4
Lageplan





1

Zu den Tiefbauarbeiten in Halle-Neustadt

Dr.-Ing. Walter Gebhardt
Kombinatsdirektor des VE(B) Straßen-, Brücken- und Tiefbaukombinat Halle

Am 2. November 1963, etwa ein halbes Jahr vor der offiziellen Grundsteinlegung, begannen etwa 40 Tiefbauarbeiter mit den Vorlaufarbeiten für eine neue Stadt westlich von Halle.

Ohne Erfahrung und ohne die Größe und Kompliziertheit dieses Vorhabens zu kennen, begannen sie mit traditionellen Methoden, diese gewaltige Aufgabe in Angriff zu nehmen. In einem nunmehr zehnjährigen Entwicklungsprozeß, der oft schwierig und widersprüchlich, aber immer auf die Lösung der gestellten Aufgabe gerichtet, verlief, wurden viele neue technische, technologische und städtebauliche Erkenntnisse gewonnen und umgesetzt.

Zuerst aber entwickelten sich in diesem Prozeß Persönlichkeiten, die sich voll für die von der sozialistischen Gesellschaft gestellten Aufgaben im Wohnungsbau verantwortlich fühlten und an ihnen gewachsen sind. Dazu gehören solche Kollegen wie Rudi Krause, Technischer Leiter im Betriebsteil II, Rudi Heilscher, Leiter der Technologischen Linie Erdbau im Betriebsteil II, Fritz Schurig, Leiter der Hauptabteilung Projektierung des VE(B) SBTK, die hier stellvertretend für viele andere stehen. Ihre optimistische und vorwärtsdrängende Grundhaltung entspringt in erster Linie aus der Tatsache, Neues nicht nur zu erdenken und zu diskutieren, sondern in enger Gemeinschaftsarbeit mit Städtebauern, Architekten und Hochbauern schrittweise in Technologien und Bauwerke umgesetzt zu haben. Dazu gehören insbesondere die Anwendung des Sammelkanals in Verbindung mit dem Leitungsgang, die direkte Einspeisung für die Fernwärmeversorgung, die zweischienige Energieversorgung mit

2

Elektronenenergie und Fernwärme und die Anwendung von Plastrohren in der Entwässerung. Entscheidend aber ist wohl, diese Einzellösungen in optimale Bebauungskonzeptionen umzusetzen, die sowohl für den Tiefbau als auch für den Hochbau den technischen und technologischen Anforderungen entsprechen und in erster Linie die architektonischen und städtebaulichen Voraussetzungen für eine neue sozialistische Stadt schaffen. An der Bebauungsplanung der einzelnen Wohnkomplexe ist ablesbar, wie es schrittweise gelungen ist, diese teilweise konträren Anforderungen zu vereinen. Im Wohnkomplex I ist bei einer offenen, zeilenartigen Bebauung die gesamte Erschließung traditionell erdverlegt ausgeführt worden, aber schon ab Wohnkomplex II bestimmen mehr und mehr geschlossene Bebauungslösungen mit Eckverbindungen das Stadtbild, mit denen entscheidende Voraussetzungen für die Anwendung von Sammelkanälen in Verbindung mit Leitungsgängen geschaffen werden. Die Erschließungskonzeption für die Wohnkomplexe III, IV und Gimritzer Damm sind mehrfach in der Fachliteratur und im Rahmen von Fachvorträgen erläutert worden, ebenso der Magistralkollektor und der Sammelkanal im Stadtzentrum. An diesen Lösungen ist die Entwicklung der Erkenntnisse über eine optimale stadttechnische Erschließung ablesbar. In dieser Entwicklung hat es Vorstellungen gegeben, die sich nicht oder noch nicht verwirklichen ließen. So konnte ein Bebauungsvorschlag der Tiefbauprojektanten für den Wohnkomplex Gimritzer Damm nicht realisiert werden, weil die Minimierung des Erschließungsaufwandes um jeden Preis angestrebt wurde, ohne architektonische und städtebauliche Belange zu berücksichtigen. Der Vorschlag sah im wesentlichen eine rechteckige geschlossene und durchgehend fünfgeschossige Hochbebauung mit Seitenlängen von 200 bis 300 Meter vor. Dazwischen waren schachbrettartig ein Straßensystem mit Richtungsfahrbahnen und im Mittelstreifen liegende Parkflächen vorgesehen.

Ein anderer, sehr interessanter Bebauungsvorschlag des Büros für Städtebau und Architektur des Bezirkes Halle für den gleichen Wohnkomplexen konnte ebenfalls nicht bestätigt werden, weil der Hochbau die geforderte Abstufung in der Gebäudehöhe und den Versatz in der Längsrichtung nicht realisieren konnte.

Der Vorschlag sah die strahlenförmige Anordnung langgestreckter Wohnblöcke mit unterschiedlicher Geschoßanzahl und Versätzen in der Längsrichtung von einem Wohnkomplexzentrum aus vor. Die angestrebte Synthese ist wohl am besten in den Wohnkomplex V und VI erreicht worden, die sich im Bau bzw. in der Vorbereitung befinden. So werden im Wohnkomplex VI für die spezifischen Trassenlängen folgende Kennziffern erreicht, die eine Aussage über die Effektivität der Erschließungslösung gestatten:

Spezifische Trassenlänge für den Sammelkanal	0,25 m/WE
Spezifische Trassenlänge für den Leitungsgang	0,80 m/WE
Spezifische Leitungslänge für erdverlegte Sammeltrassen	0,25 m/WE

Die Erfahrungen des zehnjährigen Aufbaus von Halle-Neustadt bestätigen überzeugend, daß es in der Entwicklung des Städtebaus und der Architektur keinen Stillstand gibt. Die Einführung der Plattenbauweise mit einem festgelegten Sortiment von Elementen und Bauwerksteilen forderte, genau wie eine nach heutigen Erkenntnissen optimale Erschließungslösung mit Sammelkanal und Leitungsgang als Kernstück, neue Überlegungen, die zu einer höheren Qualität im Städtebau führen müssen.

Der Tiefbau kann seinen Beitrag nur dann leisten, wenn er mit einem erfahrenen Kollektiv von Projektanten bei den ersten Überlegungen für die Bebauungskonzeption mit eigenen Beiträgen mitwirkt. Eine effektive sozialistische Gemeinschaftsarbeit fordert jedoch eine eindeutige Verantwortungsabgrenzung aller Partner, die den notwendigen zeitlichen Vorlauf einschließt.

Parallel zu diesen Überlegungen muß der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Tiefbauarbeiter, die als erste oft Wochen und Monate vor der offiziellen Grundsteinlegung mit ihrer Arbeit beginnen, von Anfang an mehr Beachtung geschenkt werden. Dazu gehört vor allem eine Baustelleneinrichtung, die in die Gesamtkonzeption sinnvoll eingeordnet ist und allen Anforderungen genügt.

1
Bauarbeiten am Sammelkanal für die Fernwärmeversorgung im Wohngebiet Gimritzer Damm

2
Konzeption für die technische Erschließung im Wohngebiet VI

3
Montage der Kanalabdeckung des Sammelkanals

4
Gemauerter Absturzschacht für eine höher eingeführte PVC-Abwasserleitung

5
Absturzbogen aus PVC-Druckrohr – Ersatz für einen gemauerten Absturzschacht

6
Ersatz gemauerter Schächte durch Betonfertigteile (Vollmontage)

7
Wasserdichte Einbindung einer Entwässerungsleitung aus PVC in einen Schacht mittels Betonfertigteil und Gummidichtung

8
Druckbogen aus PVC für Abwinklungen und Absturzleitungen. Im Vordergrund Verbindungsteile aus Beton zwischen PVC-Leitung und Schacht



3

4



5



7

6



8



Stadtzentrum Halle-Neustadt – Östlicher Bauabschnitt

Zentraler Bereich für Einrichtungen des Handels, der Versorgung und der Dienstleistungen

Dipl.-Ing. Rainer Deutloff, Halle
Büro für Städtebau und Architektur des Bezirkes Halle

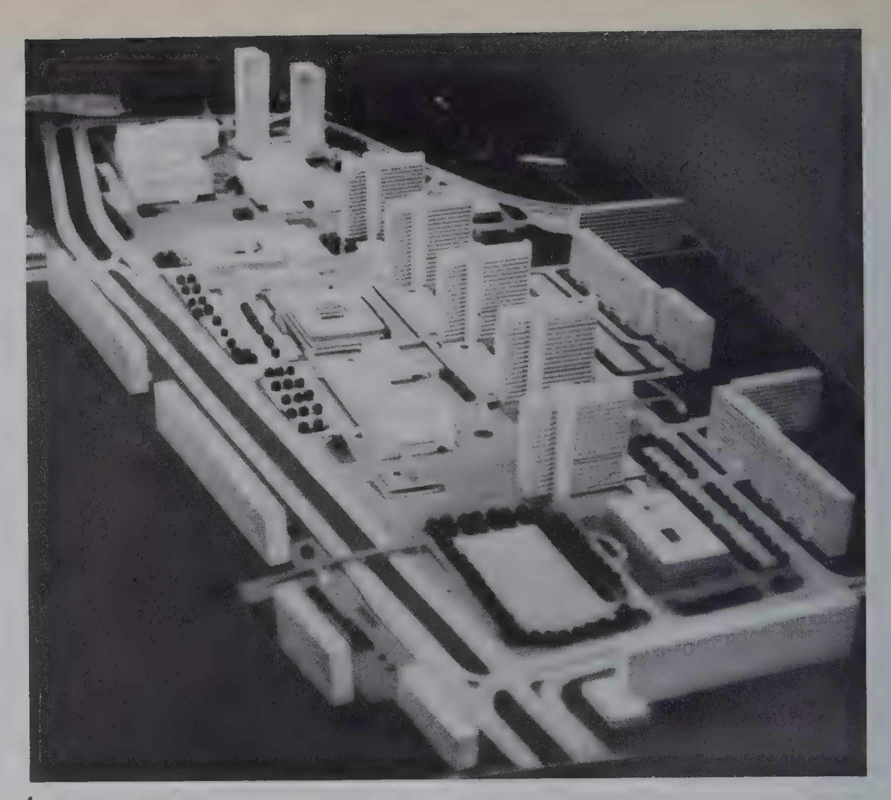
Der östliche Bauabschnitt des Stadtzentrums entwickelt sich nördlich der Stadtmagistrale, die als innerstädtische Hauptverkehrsader sämtliche Wohnkomplexe erschließt, und erstreckt sich vom Westrand des Wohnkomplexes III bis zum geplanten Zentralen Platz. Es ist der zweite Realisierungsabschnitt des aus insgesamt drei Teilgebieten bestehenden Stadtzentrums: dem bereits fertiggestellten Bildungszentrum, dem im folgenden beschriebenen östlichen Bauabschnitt und dem Bereich Zentraler Platz, der zur Zeit geplant wird.

Im östlichen Bauabschnitt sind überwiegend Einrichtungen des Handels und Dienstleistungseinrichtungen untergebracht, außerdem Gaststätten und Objekte des Gesundheitswesens und der aktiven Erholung. Der Großteil der Einrichtungen besitzt gesamtstädtische Bedeutung, einige dienen der Versorgung des Wohnkomplexes IV, der unmittelbar angrenzt und ohne eigenes Komplexzentrum geplant und gebaut wurde. Außerdem sind Gebäude mit spezifischer Wohnfunktion (Wohnheime, Internate) dem Bereich eingeordnet.

Als ein Hauptmerkmal der städtebaulichen Lösung ist parallel zur Stadtmagistrale eine zentrale Fußgängerachse vorgesehen. Sie sammelt die Fußgängerströme aus den zentralen Freiräumen der Wohnkomplexe II, III und IV und dem Magistralraum und leitet weiter zum Bereich des Zentralen Platzes. Sie ist fahrverkehrsfrei dem Fußgänger vorbehalten und in räumlich differenzierte Teilbereiche gegliedert: eine parkartige Grünanlage südlich der Poliklinik, einen Marktraum an der Kaufhalle und eine axial orientierte Fußgängermagistrale, die den Charakter einer Einkaufsstraße erhalten soll. Das Geländeniveau des Zentralen Platzes liegt 4,20 m – eine Geschoßhöhe – höher als der östliche Beginn des Fußgängerbereiches. Diese Niveaudifferenz gut nutzend, entwickelt sich die Fußgängerstraße in zwei Ebenen. Ein Galeriesystem, das konstruktiv selbständig ist, aber unmittelbar an die Hochbauten anschließt, macht jeweils das erste Obergeschoß der Gebäude von außen zugänglich, so daß in zwei Geschoßebenen Kontaktzonen entstehen. Die Galerie bindet an eine Fußgängerbrücke zum Wohnkomplex IV an.

Der erschließende Fahrverkehr erreicht von der Magistrale und von der das Stadtzentrum umschließenden Ringstraße aus die gesellschaftlichen Objekte und die Flächen des ruhenden Verkehrs.

In der Baumassenkomposition dominieren die fünf achtzehngeschossigen Hochhausscheiben. Die gesellschaftlichen Funktionen sind in ein-, zwei- und dreigeschossigen Gebäuden untergebracht. Das Galeriesy-



1



2

3



4

Kapazitäten und Kennziffern

Fläche des östlichen Bauabschnittes Stadtzentrum	11,5 ha
■ Vier Hochhausscheiben (Wohnheime, Internate) Einwohner insgesamt	4488
■ Hochhausscheibe (Verwaltungsgebäude) Arbeitsplätze	950
■ Espresso, Plätze/Saisonplätze	50 40
■ Schuhhaus/Lederwaren, Verkaufsfläche	1000 m²
■ Handelseinrichtung Industriewaren (Haus des Kindes) Verkaufsfläche	1350 m²
■ Stadtinformation, Ausstellungsfläche	230 m²
Reisebüro, Schalterplätze	6
Boulevardcafé, Plätze/Saisonplätze	100/20
Sparkasse, Schalterplätze	24
Volksbuchhandlung, Verkaufsraumfläche	356 m²
■ Zentrum für aktive Erholung (Badebecken, Sauna, Bowling, Volleyball, Tischtennis, Klubräume)	
■ Handelseinrichtung Industriewaren (Sport/Camping, Freizeit) Verkaufsfläche	800 m²
■ Hauptpostamt/Postamt, Schalterplätze	17
■ Haus der Dienste:	
Komplexannahmestelle, Dienstleistungsfl.	258 m²
Maßschneiderei, Werkstattfläche	681 m²
Schneiderei-Lehrwerkstatt, Werkstattfl.	204 m²
Pelzreparatur, Werkstattfläche	123 m²
Fotoatelier, Werkstattfläche	97 m²
SB-Schnellreinigung, Automaten	3
Friseursalon, Arbeitsplätze	20
Kosmetiksalon, Arbeitsplätze	10
Blumenladen, Verkaufsraumfläche	114 m²
Bestattungswesen, Hauptfläche	56 m²
Uhrenreparatur, Werkstattfläche	46 m²
Verkaufsfläche	32 m²
VEB Industrievertrieb, Werkstattfläche	170 m²
Verkaufsraumfläche	149 m²
Rundfunk und Fernsehen	
VEB Monsator, Werkstattfläche	93 m²
Verkaufsraumfläche	102 m²
Handelseinrichtung Industriewaren	
Verkaufsraumfläche	309 m²
■ Gaststättenkomplex:	
Betriebsgaststätte, Plätze	360
Konzert- und Tanzcafé, Plätze/Terrassenpl.	120/60
Wein- und Speiserestaurant, Plätze	120
Nachtbar, Plätze	160
Broilerbar, Plätze	30
■ Kaufhalle, Verkaufsraumfläche	1350 m²
■ Zentrale Poliklinik, Arztarbeitsplätze	40
Zentralapotheke	
■ Imbiß- und Verkaufskioske	

stem umfaßt die einzelnen Objekte gestalterisch wirksam zusammen.
Durch unterschiedliche Motive und Materialien der Freiflächengestaltung und bildkünstlerischen Werke wird die differenzierte Raumsituation zu vielfältiger Erlebnismöglichkeit gesteigert. Dieser Absicht sollen auch die vornehmlich auf den inneren Fußgängerbereich konzentrierten Mittel der Werbung, Information und Lichtgestaltung dienen. Bildkünstlerischer Schwerpunkt wird ein östlich vom geplanten Gaststättenkomplex vorgesehenes Monument „Erbauer der Stadt" sein.
Die städtebauliche Planung des Bereiches begann 1964, die Realisierung 1967. Zur Zeit sind das Postgebäude, die Kaufhalle und drei Hochhausscheiben in Funktion, ein weiteres Hochhaus und die Poliklinik sowie der erste Abschnitt der Freiflächengestaltung werden 1974 übergeben.

1
Modell des Stadtzentrums Halle-Neustadt (1974)

2
Blick auf die Magistrale

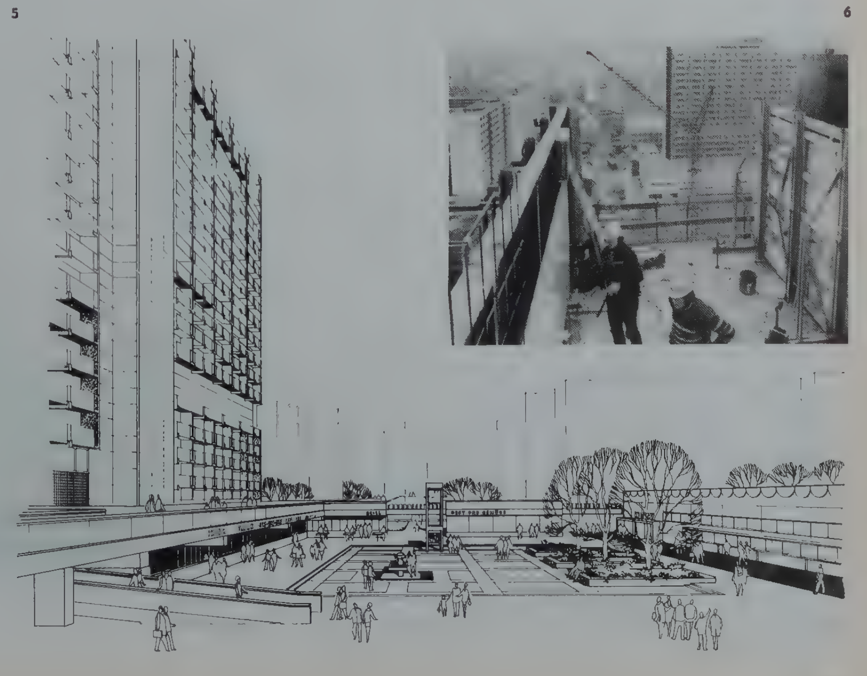
3
Zentraler Fußgängerbereich im Stadtzentrum von Halle-Neustadt

4
Bebauungs- und Freiflächenkonzeption für die zentralen Versorgungsbauten (östlicher Bereich)
1 Hochhausscheiben
2 Zwischenbauten
3 Kaufhalle
4 Poliklinik
5 Parkanlage
6 Gaststättenkomplex
7 Monument
8 Haus der Dienstleistungen
9 Post
10 Zentrum für aktive Erholung

5
Sicht vom Hauptfußgängerbereich zum Wohnkomplex IV (Hochhaus D, Kaufhalle an der Scheibe E, Y-Hochhaus im Wohnkomplex IV)

6
Gleitschalungsarbeiten an der Hochhausscheibe C (1973)

5 6

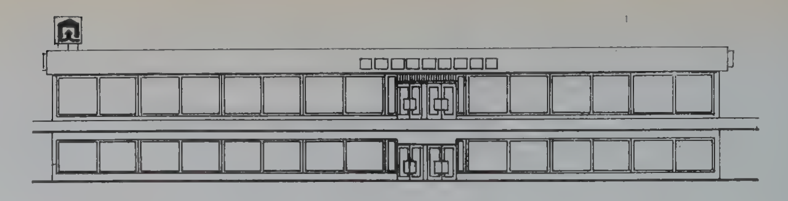


Zwischenbau A – B

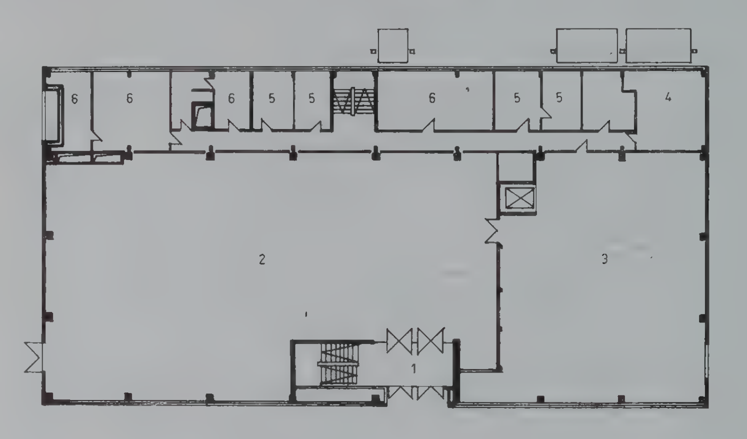
Zwischen den vier Hochhäusern A–D des Stadtzentrums sind zweigeschossige Zwischenbauten als Versorgungseinrichtungen vorgesehen. Das Erdgeschoß ist vom Hauptfußgängerbereich aus direkt zugänglich, das Obergeschoß von einer Außengalerie aus, die die einzelnen Zwischenbauten und weitere gegenüberliegende Gebäude miteinander verbindet, zu erreichen. Der Zwischenbau A – B wird vorerst im Erdgeschoß für den Verkauf von Schuhen und Lederwaren und im Obergeschoß für Damenkonfektion genutzt. Nach Fertigstellung weiterer Verkaufseinrichtungen ist das gesamte Gebäude für den Verkauf von Schuhen und Lederwaren vorgesehen.

Kennziffern:

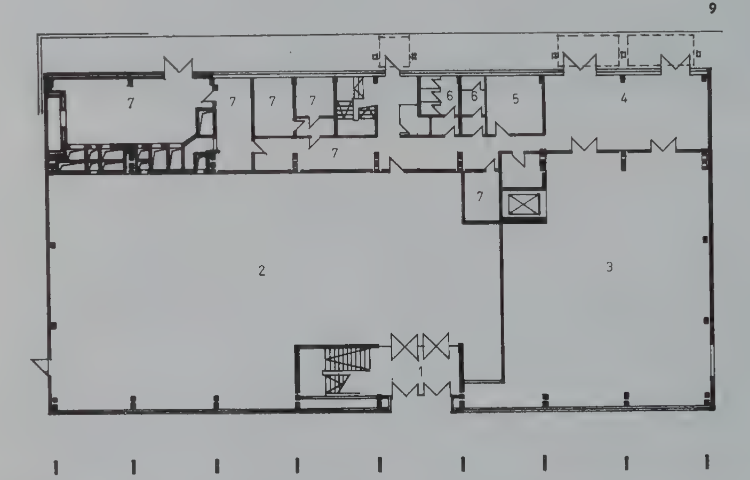
Verkaufsraumfläche	975 m^2
Lagerraumfläche	460 m^2



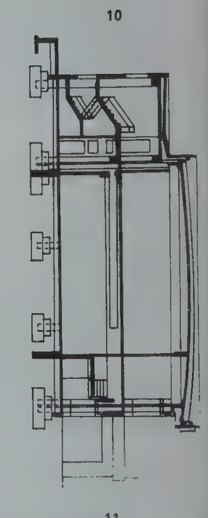
7
Ansicht 1 : 500



8
Zwischenbau A–B, Grundriß 1. Obergeschoß 1 : 500
1 Windfang
2 Verkaufsraum
3 Lager
4 Werbeabteilung
5 Büro
6 Personal



9
Grundriß Erdgeschoß 1 : 500
1 Windfang
2 Verkaufsraum
3 Lager
4 Warenannahme
5 Büro
6 Personal
7 Haustechnik



10
Schnitt 1 : 500

11
Hochhausscheiben A und B vom Bruchsee aus

Kaufhalle am Hochhaus E

Die zur Versorgung der Bewohner des Wohnkomplexes IV erforderliche Verkaufseinrichtung wurde zugleich als Teil der Einrichtungen des Stadtzentrums konzipiert und dem Hochhaus E als eingeschossiger Flachkörper zugeordnet.

Kennziffern:

Verkaufsraumfläche	1 350 m²
Nebenfläche	635 m²
Funktionell bedingte Nebenfläche	750 m²
zweckfremde Nebenfläche (Lehrausbildung)	115 m²
Gesamtnutzfläche	2 850 m²
Umbauter Raum	17 000 m³



12
Kaufhalle „Am Hochhaus" – Außenfassade

13
Grundriß Kaufhalle Erdgeschoß und Hochhausscheibe E, Obergeschoß 1 : 500

1 Kundeneingang
2 Verkaufsraum
3 Kiosk
4 Flaschenrücknahme
5 Lager und Warenannahme
6 Fleischvorbereitung
7 Kühlraum Fleisch- und Wurstwaren
8 Vorkühlraum Obst und Gemüse
9 Tiefkühlraum
10 Kühlraum Molkereiprodukte
11 Leergut
12 Büro
13 Umkleiden
14 Personalspeiseraum
15 Lehrkabinett
16 Verwaltungsraum
17 Personal Sozialräume

14
Schnitt 1 : 500

Zentrale Poliklinik

Die zentrale Poliklinik als Einrichtung für die medizinische Betreuung der Einwohner neben den Ambulatorien in den Wohnkomplexzentren ist Teil des östlichen Bauabschnittes des Stadtzentrums. Sie wird 1974 fertiggestellt.

Kennziffern:

Hauptfläche	3850 m²
Nebenfläche	2006 m²
Nutzfläche	5860 m²
Verkehrsfläche	1924 m²
Nutzfläche der Apotheke	746 m²
Anzahl der ärztlichen Arbeitsplätze	40
Anzahl der Gesamtbeschäftigten	350

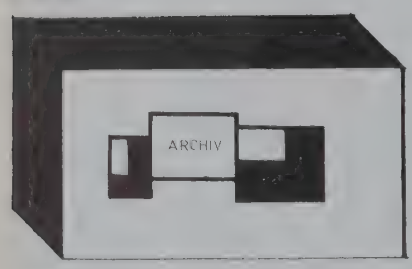


15

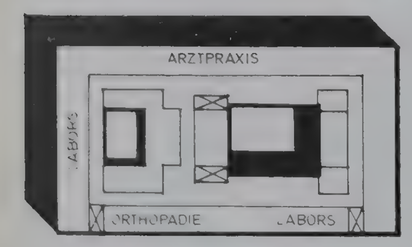
16

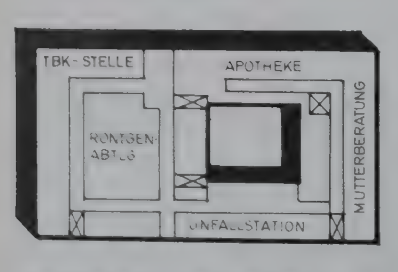


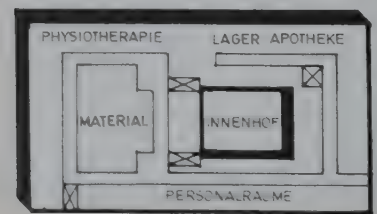
18 bis 22



KIEFERNORTHOPADIE
PHONIATRIE
HYGIENEINSPEKTION







15
Neben den Ambulatorien (hier im WK III) entsteht im Stadtzentrum eine zentrale Poliklinik.

16
Zentrale Poliklinik, Ansicht

17
Grundriß Erdgeschoß 1 : 500

1 Eingang
2 Anmeldung
3 Impfstelle
4 Tuberkulosearzt
5 Behandlungsraum
6 Warteraum
7 Lager
8 Röntgenarzt
9 Röntgenraum
10 Schaltraum
11 Filmbearbeitung
12 Röntgenarchiv
13 Arzt
14 Erste Hilfe
15 Gipsraum
16 Operationsraum
17 Warenannahme
18 Verwaltung
19 Rezeptur
20 Offizien
21 Spezialitäten
22 Mütterberatung

Übersicht über wichtige Funktionsbereiche

18
3. Obergeschoß

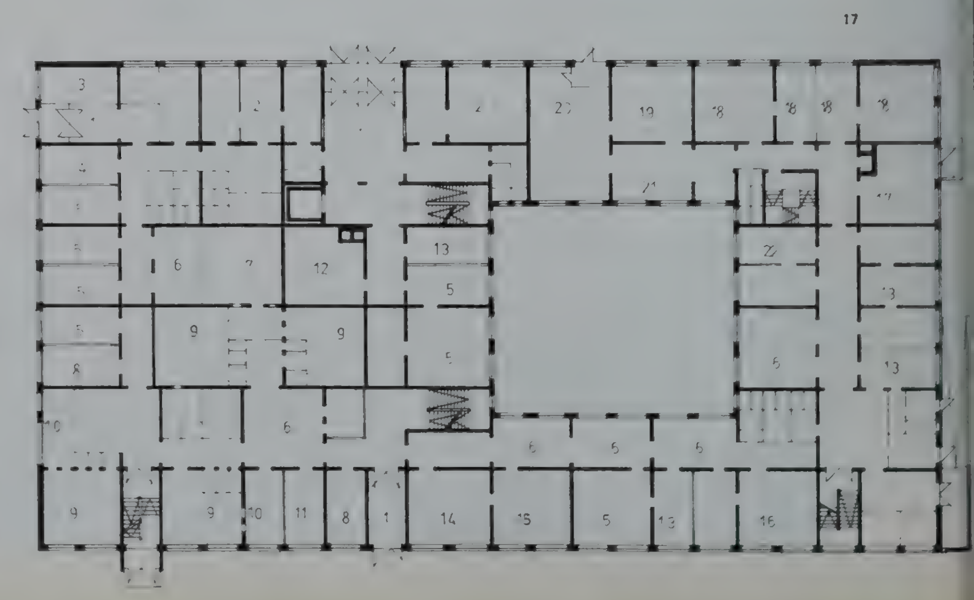
19
2. Obergeschoß

20
1. Obergeschoß

21
Erdgeschoß

22
Kellergeschoß

17



23

Bierrestaurant „Halloreneck"

Das Bierrestaurant, als gastronomische Einrichtung für den Wohnkomplex III geplant, hat durch seine Standortwahl an der Magistrale und gegenüber dem Stadtzentrum eine besondere Bedeutung erlangt. Ihrer Funktion entsprechend, wurden die drei Bereiche Imbißbar, Skatzimmer und Hallorenstube differenziert gestaltet.

Kennziffern:		
	Bruttofläche	600 m²
	Nettofläche	537 m²
	Nutzfläche	501 m²
	Sitzplätze	150
	Arbeitskräfte	19

23
Bierrestaurant „Halloreneck" zwischen dem Wohnkomplex III, der Magistrale und dem Wohnkomplex II

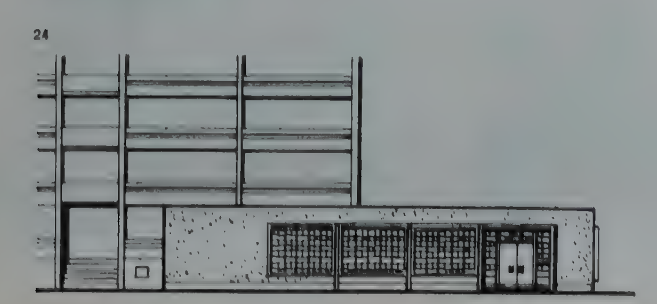
24
Ansicht

25
Grundriß der Gaststätte 1 : 350

1 Imbißbar
2 Skatraum
3 Hallorenzimmer
4 Warme Küche
5 Kalte Küche
6 Spüle
7 Büfett
8 Lager
9 Vorbereitung
10 Kühlraum
11 Personal
12 Zeitungskiosk

26
Schnitt 1 : 350

24



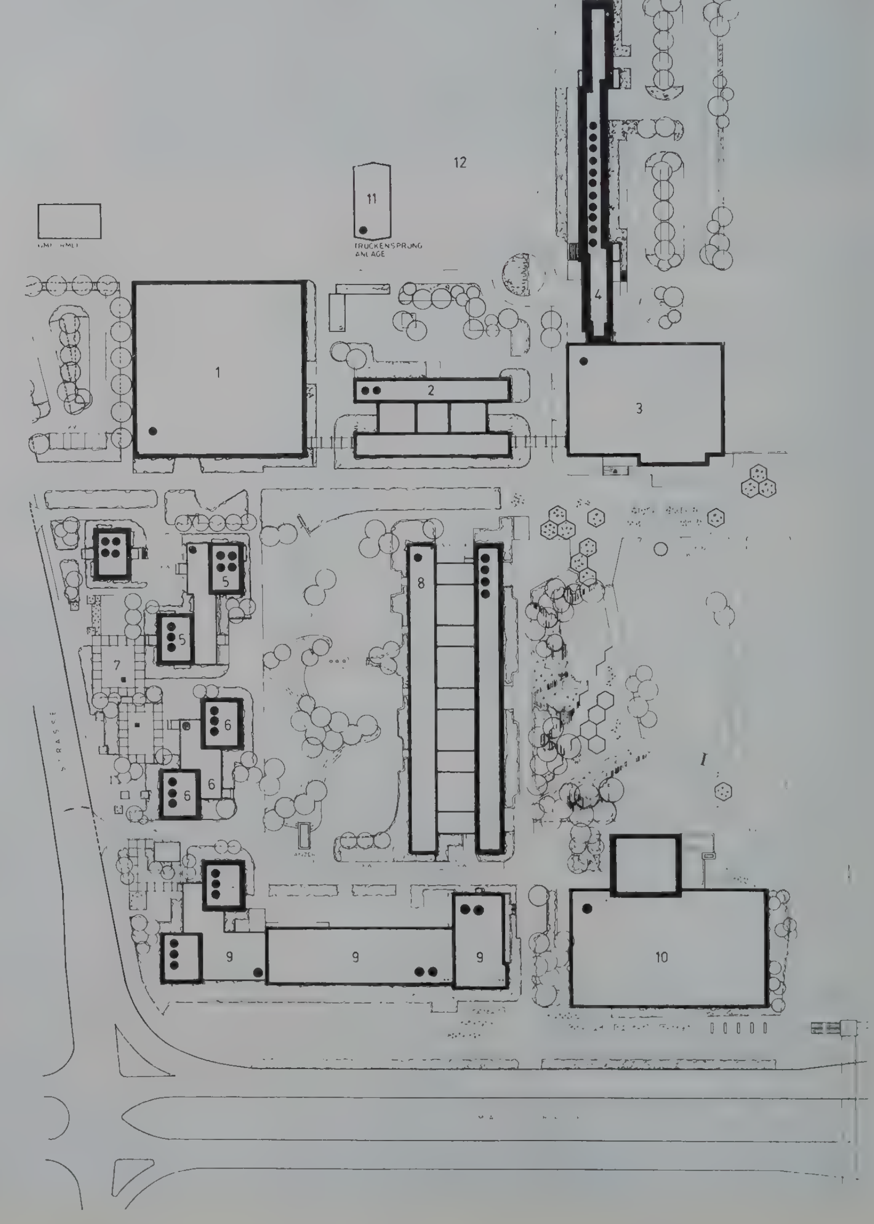
25



26

27
28

Bildungszentrum Halle-Neustadt



Der Bereich des Bildungszentrums ist der erste Teil des Stadtzentrums, der (bis auf die nördlich gelegenen zentralen Freisportanlagen) mit allen Gebäuden und Freiflächen fertiggestellt und den Einwohnern bereits seit längerer Zeit zur Nutzung übergeben wurde. Seine unterschiedlichen Einrichtungen sind inzwischen fester Bestandteil im gesellschaftlichen Leben der Stadt geworden. In der Sporthalle werden sportliche Wettkämpfe durchgeführt, finden Versammlungen, Massenkundgebungen und bedeutsame Konferenzen statt. Die Klubmensa ist Ort für Stadtverordnetenversammlungen, sie ist Treffpunkt der Jugend bei Diskussionen, Ausstellungen und bei Musik und Tanz sowie zentraler Punkt der gesellschaftlichen Speisung für alle Einrichtungen. Das Polytechnische Kombinat ist ein Beispiel für Einrichtungen in anderen Städten, und die Schwimmhalle wird jederzeit von Badelustigen bevölkert, die auch ab und zu den Leistungssportlern bei ihren Sprüngen vom Brett oder vom Turm zuschauen können.
Zur vielgestaltigen Architektur der einzelnen Gebäude gehören Werke der bildenden Kunst. Das Wandbild an der Schwimmhalle gehört inzwischen wie selbstverständlich zur baulich-räumlichen Umwelt, ebenso die aufgestellten Plastiken und die Zeugnisse des heldenhaften Klassenkampfes der Arbeiterklasse gegen Imperialismus und Faschismus.
Weitere Bildwerke sind in Vorbereitung: Prof. Renau gestaltet die bereits mit der städtebaulichen Planung konzipierten Flächen an der Klubmensa und an den Treppenhäusern des Internates, die zum künftigen Ensemble des Zentralen Platzes orientiert sind.

29

30



31





27
Blick auf das Bildungszentrum von Halle-Neustadt (1973)

28
Lageplan des Bildungszentrums

1 Sporthalle
2 Berufsschule VEB Maschinelles Rechnen
3 Klubmensa
4 Internat für Berufsschulen
5 Martin-Luther-Universität
6 Erweiterte Oberschule Halle-Neustadt
7 Standort des Reliefwürfels
8 Betriebsberufsschulen
9 Polytechnisches Kombinat
10 Schwimmhalle
11 Übungsanlage für Wasserspringer
12 Standort des historischen Panzerzuges

29
Appell vor der Klubmensa im Bildungszentrum

30
Jugendmeeting im Bildungszentrum. Im Hintergrund die Nachbildung des historischen Panzerzuges aus den Klassenschlachten der Leuna-Arbeiter im Jahre 1921

31
Bildungszentrum, erweiterte Oberschule und Gebäude der Martin-Luther-Universität. Im Vordergrund der Reliefwürfel „Vier Wissenschaftler aus vier Jahrhunderten". Entwurf: G. Geyer, Halle



Südpark – Beispiel für ein Naherholungsgebiet am Stadtrand

Gartenbauingenieur Reinhardt Schelenz
Büro für Städtebau und Architektur des Bezirkes Halle

In Halle-Neustadt werden die für die Erholung nach Feierabend erforderlichen größeren Grünanlagen zusammenhängend am Stadtrand angelegt. Dadurch wird die in einer sehr gehölzarmen Landschaft liegende Stadt von einem Grünring umgeben, der in enger Beziehung zu den Wohngebieten steht. Ein Teil dieses Grünringes ist der Südpark. Er wird zwischen dem Wohnkomplex II und der die Stadt südlich umgehenden Fernverkehrsstraße 80 geschaffen. Den Kern des Parkes bildet ein kleiner Auenwaldrest mit einem bandförmigen Teich, einem früheren Nebenarm der Saale. Dieses etwa 20 Hektar große Gelände wird nach Westen um rund 50 Hektar erweitert und bezieht dann weitere geplante Einrichtungen wie die Sportanlage des Wohnkomplexes II, die zentrale Tennisanlage und das Freibad einschließlich einer Volksschwimmhalle und Gaststätte mit ein.

Die landschaftliche Situation, die Umlandbeziehungen und eine vielseitige geordnete Nutzungsmöglichkeit des Parkes bilden die Grundlage der hier abgebildeten Grobkonzeption. Um den Park den Wünschen der zukünftigen Nutzer entsprechend gestalten



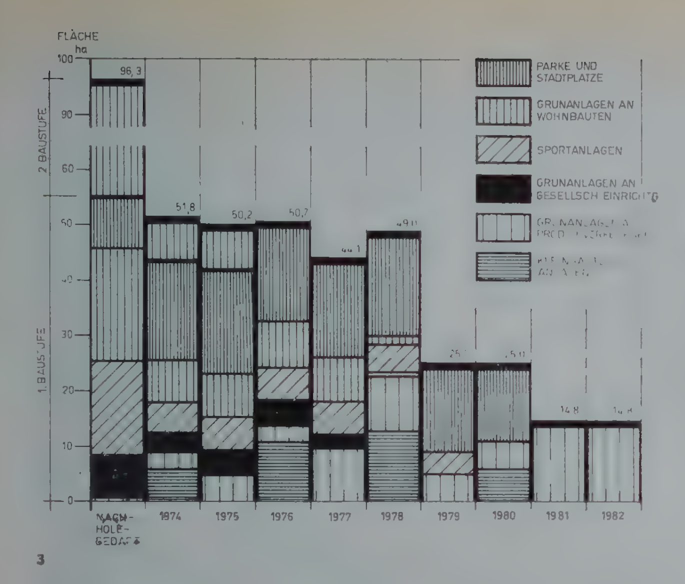
1

2

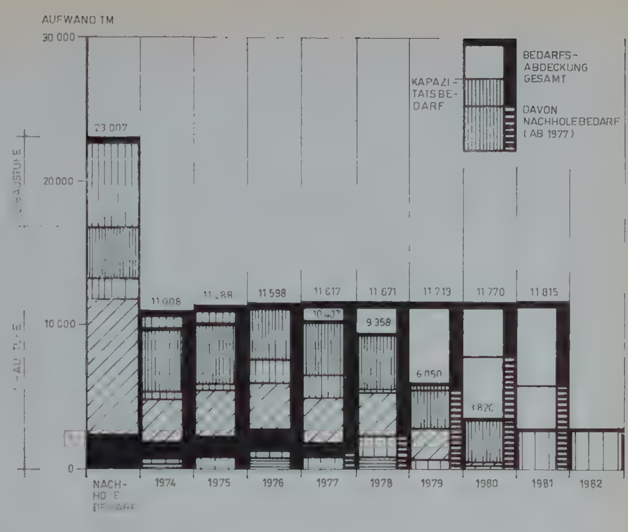
1
Anlage von Grünflächen durch die Initiative der Bürger (1973)

2
Südpark, Gestaltungskonzeption (1974)

1 Spiel- und Liegewiese
2 Sandspielplatz
3 Ballspielplatz
4 Rodel- und Skihang
5 Vorbehaltsfläche für Sondergärten
6 Kegelbahnen
7 Schutzwall
8 Rhododendrongarten
9 Bootsanlegestelle
10 Parkplätze



3

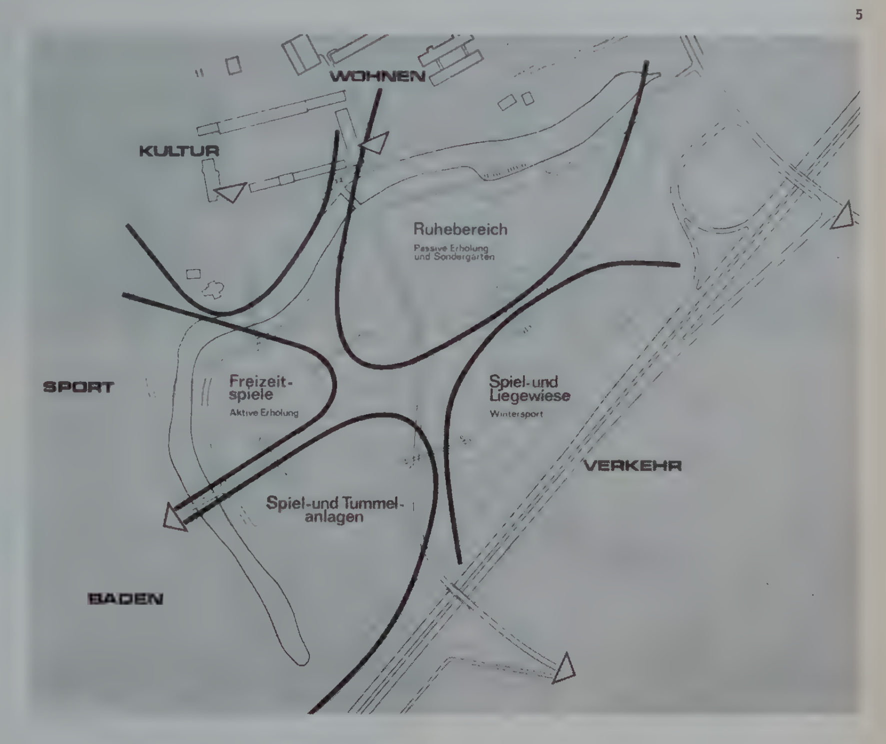


4

3
Halle-Neustadt. Jährlicher Zugang an Grünflächen infolge des fortschreitenden Aufbaus der Stadt, gegliedert nach unterschiedlichen Kategorien

4
Halle-Neustadt. Bedarf an Leistungen für den Grünanlagenbau (in TM) als Nachholebedarf und jährlicher Zugang infolge des Baufortschritts nach unterschiedlichen Kategorien. Abdeckung des Bedarfs durch die verfügbaren Kapazitäten, einschließlich zeitlicher Einordnung des Nachholebedarfs (1977 bis 1981)

5
Südpark in Halle-Neustadt. Grobkonzeption der Funktionsbereiche



6
Freiflächengestaltung im Wohnkomplex I (1972)



zu können, ist über die Konzeption öffentlich diskutiert worden. Dabei brachten die Einwohner den Wunsch zum Ausdruck, den Park nicht mit vielen verschiedenartigen Elementen für den „Freizeitkonsum" zu überladen, sondern vor allem Möglichkeiten für Ruhe und Entspannung zu schaffen. Für die vielen größeren Kinder und Jugendlichen wurden aber auch Tobeplätze und abwechslungsreiche Spielplätze außerhalb des Wohnbereiches gefordert. So bildeten sich für die Gestaltungskonzeption drei Hauptfunktionsbereiche heraus:

- Nordwestbereich mit Anlagen für Sport und Freispiele
(1 Sportplatz Typ II/67, 2 Mehrzweckübungsplätze 60 m × 90 m, 4 Kleinfeld-Übungsplätze 20 m × 40 m, 1 Tenniszentrum mit 10 Spielplätzen, 1 Turnhalle, 1 Umkleidegebäude sowie 1 Asphaltkegelanlage mit 4 Bahnen u. ä. Spielanlagen).

- Südwestbereich mit Freibad, Spiel- und Tummelplätzen
(1 Schwimmbecken 21 m × 50 m, 1 Sprungbecken 20 m × 21 m, 1 Nichtschwimmerbekken, 1 Planschbecken, 1 kombiniertes Bek-

7

8

7
Der Wohnkomplex IV vom künftigen Stadtpark aus gesehen.

8
Grünflächen im Zentrum des Wohnkomplexes I



ken in freier Form, 1 kleine Schwimmhalle, 1 Sauna, 1 Gaststätte)

- Ostbereich mit Spazierwegen, Sitzplätzen, Blumenanlagen, Liegewiesen, Bootsverleih.

Ursprünglich bestand die Absicht, den Charakter der angrenzenden Aueniederung der Saale durch den Südpark hindurch bis in die Stadt hinein spürbar werden zu lassen. Doch die mit der vierspurigen Fernverkehrsstraße verbundenen Beeinträchtigungen des Erholungsgebietes führten dann dazu, zwischen Park und Straße einen bepflanzten Erdwall vorzusehen. Der Wall ist im Ostbereich 5 bis 8 m, im Westbereich 6 bis 10 m hoch und kann auf der zum Park hin geneigten Nordseite für den Wintersport genutzt werden. Durch Wege und Aussichtsterrassen ermöglicht er den Blick in den Park und über die Straße und den Hochwasserdamm in die Saaleaue.



Das Versorgungsgebiet in Halle-Neustadt

Die Planung eines städtischen Industriegebietes

Dr.-Ing. Hans-Hartmut Schauer
Büro für Städtebau und Architektur des Bezirkes Halle



1 Modellfoto von Süden 1973

Schon die ersten Festlegungen zum Aufbau von Halle-Neustadt sagten aus, nicht nur Wohnungen zu errichten, sondern auch ein hohes Versorgungs- und Betreuungsniveau der Bevölkerung zu sichern. Dieses Bemühen als zentrale Aufgabe aller am Bau Beteiligten zeigte sich im Inhalt der Grundkonzeption zum Aufbau der Stadt (1964), in allen nachfolgenden wichtigen Beschlüssen und in den Generalbebauungsplänen 1966 und 1972. Sichtbarer Ausdruck sind die gut ausgestatteten Wohnkomplexe, das im Bau befindliche Stadtzentrum und das Versorgungsgebiet. Am Rand des Baugeschehens – geographisch gesehen – wird hier im seit 1964 so genannten Versorgungsgebiet planmäßig eine wichtige materielle Basis zur Versorgung der Bevölkerung von Halle-Neustadt geschaffen.

Programm

In Halle-Neustadt wurden 1964 zum Aufbau in einem Industriegebiet alle die Betriebe vorgesehen, die aufgrund der Erfahrungen beim Aufbau von Hoyerswerda-Neustadt (1) für eine kreisfreie Stadt – unter Berücksichtigung der arbeitsteiligen Verflechtungen im Territorium – als notwendig erachtet wurden: Plattenwerk, Lebensmittelkombinat, Kraftfahrzeughof, Kfz-Reparaturbetrieb, Bauhof, Industriewäscherei, Dienstleistungskombinat und Stadtgärtnerei.

Gegenüber diesem ersten Programm ergaben sich in den Folgejahren zahlreiche Veränderungen.

Die Planung umfaßte am 31. 1. 1973 folgende volkseigene Betriebe beziehungsweise Betriebsteile: Gebäudewirtschaft, Kindermoden Aschersleben, Kraftfahrzeuginstandsetzungswerk und Fahrschule, Großbäckerei, Kontor Handelstechnik Leipzig (Auslieferungslager), Rechenbetrieb Binnenhandel, GHG „Waren täglicher Bedarf", GHG „WtB" – Handelstransport, Handelsbetrieb Obst/Gemüse/Speisekartoffeln, Kraftverkehrshof, Stadtwirtschaft, Baureparaturen, Straßeninstandsetzung und -unterhaltung, Stützpunkt der Wasserversorgung, 110-kV-Schaltstation, Tankstelle, Garagenkomplex, Plattenwerk West, WBK – Materialumschlagplatz, WBK – zentraler Lagerplatz, Baustoffversorgung, Grünanlagen (zentraler Wirtschaftshof und Stadtgärtnerei). Die Produktionsprofile und Kapazitäten der wichtigsten Betriebe wurden bereits veröffentlicht (2). Die Errichtung von Produktionsbetrieben war nicht geplant, da die arbeitsfähige Bevölkerung der Chemiearbeiterstadt weitgehend in den Chemiekombinaten Buna und Leuna sowie in wichtigen Produktionsstätten und Bildungseinrichtungen der Stadt Halle arbeiten sollte.

Die Fertigstellungstermine der Betriebe ergeben drei Gruppen:

- die für die technischen Maßnahmen beim Aufbau der Stadt unbedingt notwendigen Betriebe (Plattenwerk, Materialumschlagplatz, 110-kV-Schaltstation), von 1965 bis 1967 fertiggestellt
- durch Abbruchmaßnahmen infolge der Verkehrsbauten in Halle zu ersetzende oder zu verlagernde Betriebe (GHG-Lager) und Betriebe zur Versorgung der neuen Stadt (Kraftverkehrshof, Großbäckerei), von 1970 bis 1973 fertiggestellt
- Betriebe zur Versorgung der Stadt, die in Provisorien untergebracht sind oder durch maximale Auslastung der in Halle vorhandenen Kapazitäten zeitweise ersetzt werden können (Dienstleistungseinrichtungen, Gebäudewirtschaft, Grünanlagen), Fertigstellung vorwiegend bis 1980.

Hier nicht einzuordnen sind Betriebe, die in eigener Initiative das Angebot von Metallleichtbauhallen zur vorzeitigen Fertigstellung nutzten (Kontor Handelstechnik), die trotz fertiger Projekte und bilanzierter Materialien durch Umverteilung der Baukapazitäten in der Vorbereitung zurückgestellt werden mußten (Kfz-Instandsetzungswerk), oder die neu aufgetretene Bedürfnisse befriedigen sollten (Kindermoden als Arbeitsstätte mit hohem Frauenbeschäftigtenanteil). Allgemein geht jedoch der Aufbau planmäßig voran, und einige Betriebe werden zwar spät, aber nicht zu spät errichtet, um die Versorgungsaufgaben erfüllen zu können.

Standort

Zum Zeitpunkt des Planungsbeginns (1964) galt im Städtebau allgemein die Lehrmeinung von der räumlichen Verteilung der Funktionsbereiche in der Stadt. Bei der Ausschreibung und Durchführung des Wettbewerbes Halle-West (1963/1964) war es selbstverständlich, alle stadtversorgenden Betriebe und Einrichtungen auf einem eigenen Gelände abseits der Wohnkomplexe auszuweisen. Viele der im Versorgungsgebiet ausgewiesenen Betriebe könnten heute unter Beachtung der Forderungen des Landeskulturgesetzes innerhalb der Wohnbebauung angeordnet werden. Folgende Schwierigkeiten bestanden jedoch in den 60erJahren und sind zum Teil auch heute noch nicht überwunden:

- Die technischen und technologischen Möglichkeiten des industriellen Wohnungsbaus ließen eine Funktionsüberlagerung oder -mischung nicht zu; mit den möglichen additiven Lösungen und ihren Schutzabständen, Verkehrsflächen und anderen war aber die Forderung nach hohen Einwohnerdichten in Wohnkomplexen nicht erfüllbar.
- Die Vorbereitung der Wohnkomplexe erfordert einen langen städtebaulichen Vorlauf: Heute in der Bebauungskonzeption eines Wohnkomplexes ausgewiesene Betriebe können in der Regel erst mit der komplexen Erschließung, also frühestens in vier bis fünf Jahren gebaut werden. Dagegen konnte der Betrieb VEB Kindermoden mit etwa 250 weiblichen Beschäftigten, der für einen Standort innerhalb von Wohnbebauung sehr gut geeignet wäre, im Versorgungsgebiet in einem Jahr geplant, gebaut und in Betrieb genommen werden (Standortausweisung am 31. 8. 1971, Produktionsbeginn am 7. 10. 1972), da ein bereits erschlossenes Grundstück im Industriegelände bereit stand.
- Die Unsicherheit einiger Betriebe über ihre künftige Entwicklung und den später eventuell größeren Flächenbedarf gab den Ausschlag, nicht in den kompakt, ohne Flächenreserven zu planenden Wohnkomplexen, sondern im Versorgungsgebiet zu bauen.

Das Versorgungsgebiet liegt jetzt im Südwesten von Halle-Neustadt – entgegen allen Planungsregeln in der Hauptwindrichtung. Dafür ausschlaggebend waren ausreichende ebene Flächen, günstige Anschlüsse an die Reichsbahn und die überörtlichen Straßen sowie die abseitige, aber von den Wohnkomplexen nicht ferne Lage. Der Standort in der Hauptwindrichtung zog strenge hygienische Forderungen nach sich. Die Entfernung zu den Wohnkomplexen beträgt 300 m bis 3000 m, zum Stadtzentrum Halle-Neustadt 2500 m. Das Versorgungsgebiet ist durch Omnibuslinien und durch das geplante Radwegenetz mit den Wohnkomplexen verbunden.

Bei der Ausarbeitung des Bebauungsplanes waren topographische Bedingungen und in der Planung befindliche Einrichtungen und Trassen zu berücksichtigen. Diese und die notwendigen Verkehrsanschlüsse führten zu der gewählten Lösung: Ein U-förmiger Straßenzug erschließt das Gebiet. An ihm liegen die Primärleitungen der technischen Versorgung. Er teilt, ausgehend von einem 24-m-Raster, das Baugebiet in rechteckige Parzellen mit gleichguten Anschlußmöglichkeiten. Die südlichen Grundstücke erhalten Gleisanschluß, ohne daß Straßen gekreuzt werden. Als Grobschema für die Verteilung der Parzellen wurde festgelegt: Lebensmittelbetriebe aus lufthygienischen Gründen im Süden, Betriebe mit Publikumsverkehr an der Hauptzufahrtsstraße, die Verkehrsbetriebe auf den restlichen, ebenen Geländeteilen. Das Gelände wurde bei der Planung in seinem ursprünglichem Relief weitgehend erhalten, um die Erdbewegungsarbeiten zu reduzieren. Ein bis 4 m hoher, für Betriebe nicht nutzbarer Hang ist Bestandteil eines öffentlichen zentralen Grünzuges. An ihm liegen die gemeinsamen Verwaltungs- und Sozialeinrichtungen.



2

Methode der städtebaulichen Planung

Der für die Ausführung gültige Bebauungsplan mußte in mehreren Arbeitsstufen erarbeitet werden:

- Standortuntersuchungen (Juli bis August 1964)

Nach Festlegung der Makrostandorte für die Betriebe im Gebiet Halle-Neustadt erfolgten Untersuchungen zu den Standortanforderungen, die Beantwortung eines Fragespiegels durch die zuständigen Ratsbereiche oder Investitionsträger und Studien zur Technologie und dem Flächenbedarf der Betriebe. In diesem Stadium wurden umfangreiche Konsultationen und Erfahrungsaustausche durchgeführt. Probleme waren zum Beispiel das Programm eines Bauhofes für die industriell errichtete Stadt und das Profil eines Speisevor- und -zubereitungsbetriebes.

- Flächenverteilungsplan (September bis November 1964)

In Auswertung von vier städtebaulichen Lageplanvarianten wurde ein sogenannter Flächenverteilungsplan allen Beteiligten zur Diskussion vorgelegt. In ihm wurden artgleiche Betriebe zusammengefaßt und ein gemeinsames Gebäude für die Verwaltungen und Betriebsgaststätten in zentraler Lage ausgewiesen. Von der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar, Lehrstuhl für

2 Blick auf das Versorgungsgebiet

3 Bebauungsplan 1973

Autoren der städtebaulichen Planung:

Büro des Chefarchitekten Halle-Neustadt (von 1964 bis 1968)

Büro für Städtebau und Architektur Halle (seit 1969)

Dr.-Ing. Hans-Hartmut Schauer

Dr.-Ing. Günter Brode
Verkehr (bis 1969)

Bauingenieur Helga Gärtner
Technische Versorgung (bis 1968)

Dipl.-Ök. Josef Kazmirzak Programm (bis 1967)

Gartenbauingenieur Reinhard Schelenz
Freiflächengestaltung

3



Industriebau, und der Technischen Universität Dresden, Institut für Industriebau, bearbeiteten Studenten 30 Teilstudien für Betriebe und Varianten zur Gesamtplanung. Die Entwürfe zu den Betrieben wurden den Investitionsträgern als Unterstützung bei der Ausarbeitung ihrer Planungsunterlagen angeboten.

■ Bebauungsplan (1965)

Unter Auswertung der Diskussion zum Flächenverteilungsplan, der Teilstudien und Varianten, die in vielen Punkten übereinstimmten, wurde gemeinsam vom Büro des Chefarchitekten und dem damaligen VEB Typenprojektierung, Abteilung Kompaktbau Leipzig (Kollektiv Dipl.-Ing. K. Schmidt), ein Bebauungsplan erarbeitet, mit allen beteiligten Betrieben und Einrichtungen diskutiert und bestätigt. Der jetzt gültige Bebauungsplan beruht auf dieser Grundlage.

■ Bauvorbereitung erste Ausbaustufe (1965 bis 1966)

Bei der Arbeit mit dem Bebauungsplan (Koordinierungsarbeiten für die einzelnen Betriebe) stellte sich heraus, daß die Diskrepanzen zwischen dem für die Festlegung der Haupttrassen notwendigen Tempo – bestimmt vom Bauablauf – und den schleppenden – von verzögerten Entscheidungen übergeordneter Organe oft beeinflußten – Vorbereitungen für die einzelnen Betriebe immer größer wurden. Während bei Wohngebieten und in der Regel auch bei Industriegebieten die Kapazitäten, die Gebäudeausbildung usw. als Ausgangswerte feststehen und daraus eine Gesamtplanung entwickelt wird, lagen im Versorgungsgebiet Halle-Neustadt nur für die Hälfte der Betriebe Planungsangaben vor.

Und diese Schwierigkeiten bestanden nicht nur bei diesen Betrieben, von denen bei Arbeitsbeginn lediglich der Name oder die Aufgabe vorlag. Auch bei Betrieben mit ausreichenden, konkreten Angaben änderte sich oft – meist im Zusammenhang mit zeitlichen Verschiebungen oder Umsetzungen – die Technologie oder die Kapazität.

Der Bau der Hauptstraßen und der Primärleitungen der technischen Versorgung wurden als wichtigste, erste Baumaßnahmen und unabhängig vom Bau der einzelnen Betriebe durch den Hauptauftraggeber vorfinanziert. Daraus ergab sich die Forderung nach frühzeitig vorliegenden Planungsunterlagen mit der Festlegung dieser Trassen, ohne daß Bebauungspläne der Betriebe vorlagen. Aus diesem Grund wurde die weitere Planung in zwei Ausbaustufen durchgeführt.

Die erste Ausbaustufe umfaßte die Erarbeitung einer verbindlichen Arbeitsgrundlage für die sofortige Projektierung und Baudurchführung der Hauptleitungen der technischen Versorgung (mit Dimensionierung und vorgegebenen Anschlußstellen zu den Betriebsgrundstücken als Zwangspunkte), der Hauptstraßen (ohne Zufahrten zu den Betriebsgrundstücken, deren Lage technologisch bedingt ist und die deshalb bei diesen Projekten liegen), für den Mutterbodenabtrag und die Geländeregulierung des Gesamtgebietes.

Die Planungsunterlagen legten zugleich die Abgrenzungen der Betriebe (Maßplan mit Parzellierung) verbindlich fest. Seit 1966 durfte dieser generelle Bebauungsplan nicht mehr verändert werden, lediglich in der Lage und Ausdehnung einzelner Betriebe am Rand des Planungsgebietes und bei der Planung der gemeinsamen Zentren waren Änderungen möglich. Stellung, Form und Bauweise der Gebäude wurden nur als Leitbild formuliert und in dieser Form den Projektanten der einzelnen Betriebe vorgegeben. Durch diesen Verzicht auf eng vorgegebene städte- und hochbauliche Gestaltungen, auf ein völlig durchkomponiertes architektonisches Ensemble wurde es möglich, die im Laufe der Zeit unvermeidlich eintretenden Änderungen der Bauweise oder -elemente in die vorgegebene städtebauliche Grundhaltung einzuordnen (3).

Die städtebauliche Bestätigung dieser Dokumentation wurde 1966 erteilt. Die Baudurchführung verlief nach diesen Planungsunterlagen fast reibungslos.

■ Bauvorbereitung zweite Ausbaustufe (1972 bis 1973)

Zur Vorbereitung und Durchführung aller noch ausstehenden Bau- und Gestaltungsmaßnahmen im Versorgungsgebiet und als Grundlage zur Projektierung und Baudurchführung weiterer Betriebe wurde, nachdem die Maßnahmen der ersten Ausbaustufe weitgehend realisiert waren und die Ausgangswerte für weitere Maßnahmen sich verdichtet hatten, eine weitere Dokumentation, die sogenannte zweite Ausbaustufe, erarbeitet. Sie umfaßt unter anderem die Ergänzung der vorhandenen Straßen, Buswendeschleife, Wartehallen, Parkplätze für die Betriebe außerhalb ihrer Grundstücke, Fuß- und Radwege, Freiflächengestaltung, Beleuchtung und städtebauliche Direktive für eine koordinierte Gestaltung der noch zu errichtenden Betriebe. Diese Dokumentation wurde Anfang 1973 fertiggestellt und bestätigt. Gegenwärtig werden die Projektierungsarbeiten eingeleitet. Gleichzeitig wird die städtebauliche Planung mit weiteren Festlegungen vor allem zu den westlichen Teilen des Versorgungsgebietes, die aufgrund noch fehlender Angaben aus der zweiten Ausbaustufe ausgeklammert wurden, weitergeführt.

Städtebauliche Gestaltung

Das Schwergewicht der Gestaltung liegt in der Baumassenverteilung, die hauptsächlich zur Ansicht von der Nordseite (Fernverkehrsstraße, Wohnkomplexe und Hauptzufahrt) ausgerichtet ist und im Hintergrund von einem vielgeschossigen Verwaltungsbau akzentuiert werden soll – soweit eine Gesamtgestaltung bei dem weitausgedehnten und vorwiegend mit flachen Gebäuden bebautem Gelände möglich ist.

Vom städtebaulichen Planungsorgan wird bei Beachtung der im Bebauungsplan und in der städtebaulichen Direktive vorgegebenen generellen Gestaltungsforderungen nicht in die Planungen der einzelnen Betriebe eingegriffen. Dem Projektanten für den Einzelbetrieb obliegen die Planung aller Hoch- und Tiefbauten und der Außenanlagen auf dem Grundstück nach den jeweils besten technologischen und bautechnischen Bedingungen, der Zufahrten an die vorhandenen Straßen und der Anschlußleitungen an die Primärtrassen unter Beachtung der Grundstücksabgrenzungen. Ein einheitlicher Gesamteindruck soll trotz der begrenzten bautechnischen Mittel durch die wiederholte Anwendung der HP-Schalen als Dachdekkung erreicht werden. Unterstützt wird die einheitliche Wirkung durch die in der städtebaulichen Direktive vorgegebenen sekundären Gestaltungselemente:

■ Farbgebung

Eine Farbpalette aus einer für alle Betriebe einheitlichen hellen Grundfarbe und einer für jeden Betrieb eigenen, als Gestaltungsmittel anzuwendenden Zusatzfarbe bildet die Grundlage.

■ Umzäunung

Da die Betriebe unzusammenhängend und einige sehr spät fertiggestellt werden, konnte die ursprüngliche Vorstellung (Umzäunung nur des Gesamtgebietes, gemeinsame Eingangskontrolle an der Hauptzufahrt) nicht verwirklicht und es mußte den Forderungen der Betriebe nachgegeben werden, eigene Umzäunungen und Pförtnergebäude auszuweisen. Die Umzäunungen müssen einheitlich aus maximal 1,50 m hohem Maschengeflecht zwischen Eisenpfosten, ohne Übersteigschutz, bestehen und einseitig bepflanzt werden.

■ Zur Kleinarchitektur, zu Firmenschildern und Leuchtwerbung bestehen ähnliche koordinierende Festlegungen

■ Freiflächengestaltung

Grundprinzip für die Gestaltung der gemeinsamen Freiflächen, das heißt die zwischen den Betrieben und den am Rand des Versorgungsgebietes gelegenen Flächen einschließlich des zentralen Grünzuges ist eine pflegearme und robuste Gestaltung mit drei Pflanzengruppen:

– Aufforstung beziehungsweise hohe Gehölze (mit soviel Bäumen wie möglich)

– Sträucher bis maximal 1 m Wuchshöhe (auch auf Leitungsstreifen ohne Post- und Elektrokabel)

– Rasen (über den Leitungsstreifen der technischen Versorgung).

Die zentrale Grünfläche von 60 m × 250 m enthält außerdem eine Liegewiese und Kleinsportanlagen. Die Freiflächen wurden komplex für das gesamte Versorgungsgebiet gestaltet, werden aber entsprechend der Errichtung der Betriebe in zwei Bauabschnitten angelegt.

■ Gestaltung mit Kunstwerken

Die Konzeption zur „Gestaltung mit Mitteln der bildenden und angewandten Kunst im Versorgungsgebiet Halle-Neustadt" wurde 1968 vom städtebaulichen Projektanten und Vertretern des Verbandes Bildender Künst-

ler ausgearbeitet und 1969 vom Beirat für Stadtgestaltung bestätigt. Diese Konzeption sieht vor, daß die Betriebe ihre Mittel vor allem zur Ausgestaltung der Sozialräume verwenden, aber auch gemeinsame Objekte finanzieren: eine heitere, zur Arbeitsumwelt kontrastierende und stabile Plastik in Verbindung mit einem Brunnen an exponierter Stelle im zentralen Grünzug sowie eine graphisch gestaltete Orientierungstafel an der Hauptzufahrt.

Investitionskoordinierung

Eine Koordinierung der Investitionen wird bei folgenden Objekten durch Funktionsüberlagerung oder -verflechtung erreicht: Verwaltungsgebäude für GHG „WtB", Handelsbetrieb OGS, Kaufhallenverband und Rechenbetrieb, Speisehaus (Betriebsgaststätte) für obenangeführte Betriebe, Betriebsgelände für Kraftverkehrshof und Handelstransport, Speisehaus für Kraftverkehrshof, Kfz-Instandsetzungswerk, Handelstransport und andere, Hallengaragen für mehrere Betriebe, zentrale Fernsprechvermittlungsanlage, zentraler Brandschutz.

Gemeinsam geplant und gebaut werden: Hauptstraßen und Primärtrassen der technischen Versorgung, Gas- und Fernwärmeumformstation, Freiflächen, Fuß- und Radwege, Beleuchtung, Einrichtungen des öffentlichen Massenverkehrs, Baustelleneinrichtung.

Seit Beginn der städtebaulichen Planung wurde versucht, die Verwaltungen und produktionsunabhängigen Sozialeinrichtungen aller Betriebe in einem gemeinsamen Gebäude unterzubringen. Die Investitionsträger, die ihre Mittel selbst erwirtschaften und darüber verfügen, fordern jedoch, daß ihre Verwaltungen (mit Schreibzimmer, Vervielfältigung, Poststelle, Archiv, medizinischer Betreuung und anderem) vorzugsweise auf dem eigenen Grundstück untergebracht werden.

Der Raumbedarf für diese Tätigkeiten wurde in den Vorbereitungsdokumenten sehr gering angegeben, nur um Unterbringung der wenigen Räume im eigenen Betrieb zu rechtfertigen. Im Laufe der Bearbeitung stieg dann der Bedarf an diesen Räumen stark an, ohne daß sie dann noch zentralisiert werden konnten. Hauptargumente der Investitionsträger gegen den Bau zentraler Einrichtungen waren die schwierige Finanzierung und Vorbereitung, besonders bei großen Differenzen der Fertigstellungstermine und Unklarheiten über den Bedarf der erst später zu errichtenden Betriebe. Unterstützt wurde die Koordinierung von der GHG, die ein mehrgeschossiges Verwaltungs- und Sozialgebäude für mehr als 600 Beschäftigte vorsieht und hier andere Betriebe aufnehmen wird. Für den nördlichen Bereich wird ein Standort frei gehalten, um auch hier ein zentrales Gebäude zu stimulieren.

Die technische Versorgung der Betriebe mit Fernheizung, Trink- und Brauchwasser, Gas, Strom, Fernmeldeanlagen sowie die Entwässerung (Trennsystem) erfolgt über gemeinsame Leitungen, die parallel zu den Hauptstraßen verlegt werden. Sie schließen an die Haupttrassen der Stadt an und bilden im Versorgungsgebiet zur Erhöhung der Versorgungssicherheit einen Ring.

Für die zentrale Gasreglerstation und den Fernwärmeumformer wurde ein gemeinsames Bauwerk in der Nähe der Hauptabnehmer errichtet. Da eine zentrale Trafostation hohe Leitungsverluste gebracht hätte, wurden die Trafos in den Betrieben installiert, wobei zum Teil mehrere Abnehmer angeschlossen sind. An den Anschlußgleisen wurden und werden Möglichkeiten für den späteren Einbau von Weichen zur Erweiterung des Gleisnetzes vorgesehen. Von der zentralen Fernsprechanlage wird die zentrale Uhren- und Alarmanlage für alle Betriebe gesteuert. Für den Brandschutz wird eine Freiwillige Feuerwehr aus Beschäftigten aller Betriebe gebildet. Das Gebäude für Fahrzeuge und Geräte, in dem auch ein Schulungsraum untergebracht ist, wurde bereits fertiggestellt. Die Kosten der gemeinsamen Einrichtungen werden vom Hauptauftraggeber vorfinanziert und entsprechend dem Anteil am Gesamtinvestitionsvolumen und am Bedarf auf die einzelnen Betriebe aufgeteilt.

Die Ausweisung weiterer gesellschaftlicher Einrichtungen im Industriegebiet (Einkaufsstätte Waren des täglichen Bedarfs, Kindereinrichtung, Kulturstätte, Berufsausbildungszentrum und andere) wurde untersucht, doch aus territorialen Gründen wieder verworfen.

Die kompakte Planung und der sparsame Umgang mit der angrenzenden landwirtschaftlichen Nutzfläche zwangen zur zentralen Planung aller Baustelleneinrichtungen. Noch vor Baubeginn wurde vorgeschlagen, zur Betreuung der maximal 350 Bauarbeiter eine Betriebsgaststätte vorzeitig zu errichten. 1967 wurden alle Flächen für Baustelleneinrichtungen festgelegt: GAN, HAN, Fertigteillager, Mischanlage, Fahrzeuge, Waschplatz. Vorschläge zur vorzeitigen Errichtung einiger Gebäude (Speisehaus, Lagerhalle, Verwaltung) zur zwischenzeitlichen Nutzung als Baustelleneinrichtung konnten aus Finanzierungs- und Kapazitätsgründen nicht realisiert werden.

Spezielle Probleme

Alle Ansprüche auf Erweiterungsflächen mußten von den Betrieben exakt begründet werden, um im Bebauungsplan aufgenommen zu werden. Allgemeine Reserveflächen konnten wegen der geforderten hohen Dichte nicht freigehalten werden. Die öffentlichen Freiflächen stellen ein Minimum dar und sind größtenteils infolge darunterliegender Versorgungsleitungen oder der Geländeverhältnisse entstanden. Der zur Produktion notwendige Flächenbedarf für die Nebenfunktionen (Leergut, Lagerflächen, Kühlanlagen, Verkehrsflächen und andere) wurde aber in der ersten Planungsphase von den Betrieben meist zu gering eingeschätzt oder gar vergessen. Da sie innerhalb der seit langem festgelegten Grundstücksgrenzen untergebracht werden müssen, werden die betrieblichen Funktionen gestört. Der Betrieb Gebäudewirtschaft zum Beispiel hat seine territorialen Wünsche seit 1966 viermal jeweils etwa verdoppelt. Eine Reduzierung der ursprünglich geforderten Flächen trat hingegen bei keinem Betrieb auf. Das direkte Aneinandergrenzen der Betriebe und die Planung ohne Flächenreserven bringt deshalb nur dann ökonomische Vorteile, wenn die der städtebaulichen Planung zugrunde liegenden Aussagen der Betriebe einen sehr hohen Grad an Zuverlässigkeit und Qualität besitzen.

Für die innere Erweiterung und die Modernisierung der Ausstattung wurden Reserven der technischen Versorgung eingeplant. Ein 1966 von der Bauakademie, Institut für Industriebau Halle, angefordertes Gutachten zum Versorgungsgebiet mit der Aussage, daß bei derartigen Industriegebieten eine Reserve von 30 Prozent in den Versorgungsleitungen zu empfehlen ist, wurde bei der Projektierung beachtet. Diese Reserve ist heute schon bereits weitgehend ausgeschöpft.

Bei der besonderen Problematik dieses städtischen Industriegebietes brachte die gemeinsame Arbeit von Städtebau, Wohnungsbau und Industriebau oft erst nach langen Verhandlungen auch gemeinsames Handeln zustande. Die Planung und Koordinierung wich erheblich ab von den Gewohnheiten der Planung und Bauvorbereitung der Wohnkomplexe mit ihrer von vornherein festgelegten endgültigen Lösung. Die Aufgabe hier hingegen lautete, nicht einen weitgehend kompletten und ästhetisch ausgefeilten Bebauungsplan herzustellen, der den Projektanten enge Bindungen für die technologischen Abläufe, die Gebäude und Außenanlagen der Betriebe vorgibt, sondern ein Gebiet vorzubereiten, in dem sich viele, auch unbekannte Betriebe weitgehend optimal einrichten können. Dieses Bestreben, im Interesse dieser Betriebe die Planung in ihrer Gesamtheit zwar konstant, im Detail aber flexibel zu halten, fand manchmal kein Verständnis bei den Partnern. Wurde der Bebauungsplan auch nur geringfügig ergänzt, folgte die Anmeldung finanzieller Mehrforderungen oder Aufkündigung von Terminen seitens des GAN; bei Nichtänderung beschwerten sich die interessierten Fachplanträger oder künftigen Betriebe. Durch die voneinander getrennte Projektierung der einzelnen Betriebe wurden manchmal Aspekte der Gesamtplanung vernachlässigt. Bei der restlosen Ausnutzung der vorgegebenen Grundstücke wurden teilweise die Anschlußleitungen der technischen Versorgung auf die Nachbargrundstücke oder in die öffentlichen Bereiche gedrängt und schränken die dort vorgesehenen Maßnahmen erheblich ein. Die Abstimmung und Vorlage der Projekte für die einzelnen Betriebe beim Chefarchitekten der neuen Stadt war seitens der Industrieprojektierung anfangs nicht üblich und wurde erst im Verlauf der gemeinsamen Arbeit besser.

Stand des Aufbaus und Kennziffern

Gegenwärtig sind die Primärleitungen der technischen Versorgung, die Hauptstraßen und neun Betriebe (davon zwei teilweise) fertiggestellt, drei Betriebe, die F 80, Straßenanschlüsse und Gleisanlagen befinden sich im Bau und die restlichen Betriebe sowie die Projektierung und der Bau von Teilen der öffentlichen Bereiche sind in Vorbereitung.

Die ermittelten Kennziffern ergaben, daß Durchschnittswerte nichts über die Planungsökonomie aussagen. Die Beschäftigtendichte differiert von 15 bis 316 AK/ha (Durchschnitt 136 AK/ha), die Grundstücksflächenintensität von 4,05 bis 0,87 m^2/TM (Durchschnitt 1,68 m^2/TM), die Geschoßflächendichte von 0,08 bis 0,70 m^2/m^2 (Durchschnitt 0,42 m^2/m^2) und die Bruttogeschoßflächenausstattung von 6,3 bis 295 m^2/AK (Durchschnitt 31,2 m^2/AK). Die Betriebe sind zu unterschiedlich: Die intensiv bebaute Großbäckerei mit hohem Beschäftigtenanteil grenzt an ein Auslieferungslager mit gleicher Fläche, aber wesentlich weniger Arbeitskräften im Vergleich zur Großbäckerei (nur 8 Prozent); das Gelände des Großhandelslagers ist zu 70 Prozent überbaut, der benachbarte Kraftverkehrshof nur zu 5 Prozent. Deshalb wurde bei der Planung des Versorgungsgebietes stets nur das Verhältnis der Betriebsflächen und der öffentlichen Flächen zur Gesamtfläche – vom Städtebauer zu beeinflussende Relationen – zur Einschätzung der städtebaulichen Ökonomie nachgewiesen.

In einem Teilbereich (Umfang der zweiten Ausbaustufe) mit 15 Betrieben beträgt

die Gesamtfläche	36,7 ha =	100 %
davon Betriebsgrundstücke	26,5 ha =	72 %
Verkehrsfläche	2,3 ha =	6 %
öffentliche Freifläche und Fußwege	7,9 ha =	22 %.

Die intensiv genutzte Gesamtfläche des Versorgungsgebietes beträgt 84,4 ha = 17 % der Baugebietsflächen von Halle-Neustadt.

Insgesamt werden etwa 4500 Beschäftigte im Versorgungsgebiet arbeiten. Die Investitionen betragen einschließlich der Betriebe etwa 250 Millionen Mark, zuzüglich 20 Millionen Mark für die gemeinsame Erschließung und 2 Millionen Mark für die Gestaltung der öffentlichen Bereiche. Generalprojektant und Generalauftragnehmer ist das Wohnungsbaukombinat Halle, die Projektierung und Baudurchführung liegt entsprechend der Aufgaben beim WBK, SBTK oder BMK Chemie.

Literatur

(1) Paulick, R.: Hoyerswerda – eine sozialistische Stadt. In: deutsche architektur **9** (1960), Heft 7, S. 374

(2) Autorenkollektiv: Halle-Neustadt. Berlin 1972, S. 238

(3) Eine ähnliche Problematik bei Bach, J.: Das Stadtzentrum (von Halle-Neustadt). In: deutsche architektur **16** (1967), Heft 4, S. 216 und Bach, J.: Zum Arbeitsverfahren beim Aufbau des Stadtzentrums von Halle-Neustadt. In: deutsche architektur **18** (1969), Heft 10, S. 596 bis 597



1

Untersuchungen zur territorialen Differenzierung der berufstätigen Wohnbevölkerung nach Qualifikationsstrukturen am Beispiel von Halle-Neustadt

Diplomgeograph und Diplomethnograph Heinz Schippling
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Sektion Geographie

1 Blick auf das gesellschaftliche Zentrum im Wohnkomplex I von Halle-Neustadt, dem Bereich, in dem eine Reihe soziologischer Untersuchungen durchgeführt werden

Zur gesellschaftlichen Bedeutung von Untersuchungen der berufstätigen Wohnbevölkerung im Territorium nach Kriterien der beruflichen Qualifikation

Die vorliegenden Ausführungen beruhen zum Teil auf Ergebnissen von Untersuchungen zu bestimmten Fragen der Siedlungsnetzentwicklung im Raum Halle-Merseburg, die im Rahmen einer Vertragsforschung der Sektion Geographie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg mit der Bezirksplankommission Halle gewonnen wurden und auch einige Fragen der Sozialstruktur von Halle-Neustadt berührten (Puschmann betrachtet Berufsstrukturen als wesentliche Bestandteile des übergeordneten Begriffs Sozialstruktur allgemein.) (1).
Der Verfasser untersuchte dabei auf der Grundlage primärstatistischen Materials der Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung 1971 Aspekte einer territorialen Differenzierung der berufstätigen Wohnbevölkerung in Halle-Neustadt nach Kriterien der beruflichen Qualifikation (Facharbeiter, Meister, Fachschule, Hochschule, ohne beruflichen Abschluß) mit der Zielstellung des empirischen Nachweises einer eventuell vorhandenen räumlichen Konzentration oder einer Mischung von Bevölkerungsgruppen bestimmten fachlichen Bildungsgrades innerhalb des städtischen Territoriums.

Es wurde von der Annahme ausgegangen, daß unter den Bedingungen eines sozialistischen Städtebaus eine soziale Homogenität im Sinne eines Zusammenwohnens von Angehörigen verschiedener Schichten im Territorium objektiv vorhanden sein muß, die Möglichkeit einer Differenzierung und Schichtung im oben getroffenen Sinne durch subjektiv bedingte Mängel in der kommunalen Wohnungspolitik aber nicht vollkommen auszuschließen sind.

So galt es, den auf exaktem statistischem Material beruhenden Nachweis einer Behauptung zu führen, die bereits 1970 getroffen wurde. In einer grundlegenden Arbeit über die Entwicklung und den Aufbau von Halle-Neustadt heißt es dazu: „Der Wohnkomplex einer Stadt im Sozialismus ist nicht durch Differenzierung nach Einkommensklassen, Berufsständen oder anderen Unterschieden gekennzeichnet (2)." Der Verfasser hält einen empirischen Nachweis der Richtigkeit dieser als selbstverständlich angesehenen Aussage im Hinblick auf eine Auseinandersetzung mit Untersuchungsergebnissen bürgerlicher Forscher zu Fragen einer Viertelsbildung auf sozialer Grundlage in städtischen Siedlungen des kapitalistischen Auslandes (z. B. BRD) für erforderlich.

Wie bereits oben bemerkt, wird angenommen, daß eine soziale Homogenität im Sinne einer „räumlichen Mischung" von Angehörigen der Arbeiterklasse und der Intelligenz zu annähernd gleichen Anteilen über die Wohngebiete und Wohnkomplexe ausgebildet ist. Vorangestellt sei dabei, daß es im Bereich der Gesellschaftswissenschaften zur Zeit noch keine einheitliche Auffassung zum Problem einer Zuordnung bestimmter Bevölkerungs- oder auch Berufsgruppen zur Arbeiterklasse gibt. Kurt Hager warnt vor einer vereinfachten und zugleich schablonenhaften Darstellung dieses theoretisch nicht einfachen Sachverhaltes (3). Aufgrund der im wesentlichen noch unterschiedlichen Aufgaben bei der Leitung und Organisation gesellschaftlicher Prozesse auf der Basis eines gesamtgesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln sind selbstverständlich noch Unterschiede in der Stellung und Position der Werktätigen innerhalb des Produktionsprozesses im weitesten Sinne vorhanden; damit ist auch die Existenz bestimmter sozialökonomisch unterschiedlich strukturierter Gruppen nachzuweisen und der sozialen Schicht der Intelligenz eine re-

lative Selbständigkeit beizumessen, die z. Z. noch „auf der Exklusivität des Bildungsgrades und anderen sozialen und historischen Besonderheiten" beruht (4). Es muß dabei aber auch gesehen werden, daß der Anteil der geistigen Arbeit im Prozeß des wissenschaftlich-technischen Fortschritts insgesamt im Verhältnis zur manuellen Tätigkeit zunimmt. Letztlich kann man daher von einer Annäherung der Intelligenz an die Arbeiterklasse sprechen.

Bei einer Gruppierung und Klassifizierung von Gruppen nach sozialstrukturellen Merkmalen werden alle Personen mit einer abgeschlossenen Hoch- oder Fachschulbildung als Angehörige der Intelligenz bezeichnet. „Sie reicht von Werktätigen mit Hoch- und Fachschulabschluß, die unmittelbar in der sozialistischen Produktion tätig sind, bis zu Angehörigen der Intelligenz, die in von der Großproduktion relativ weit entfernten Bereichen arbeiten (5)." Noch bestehende soziale Unterschiede zwischen Klassen, sozialen Gruppen und Schichten in unserer Gesellschaft verschwinden allmählich, und die zu einem großen Teil selbst aus der Arbeiterklasse hervorgegangene Intelligenz fühlt sich mit dieser eng verbunden, wobei dieser Prozeß unter den Bedingungen sozialistischer Produktionsverhältnisse objektiven und gesetzmäßigen Charakter trägt. Kogan bemerkt für die Verhältnisse in der Sowjetunion: „Arbeiterklasse und ingenieur-technische Intelligenz sind eng verbunden, die Grenzen zwischen ihnen verwischen sich (6)." Diese Aussage bezieht sich auf die betriebliche Praxis in der SU und darf wohl mit einigen Einschränkungen (der Prozeß der Annäherung sozialer Schichten an die Arbeiterklasse ist in der Sowjetunion weiter fortgeschritten als bei uns) auch für die DDR zutreffen.

Der Entwicklung und Herausbildung sozialistischer Gemeinschaftsbeziehungen zwischen Angehörigen verschiedener Schichten wird von der Partei der Arbeiterklasse größte Beachtung geschenkt. Die Bedeutung der individuellen und beruflichen Vielfalt der Verbindungen zwischen Produktionsarbeitern und Vertretern der Intelligenz nimmt bei einer gleichzeitigen Intensivierung des Prozesses der Gruppen- und Kollektivbildung zu. So ist es im Betrieb selbstverständlich, daß zu den Mitgliedern von Brigaden und Kollektiven neben Arbeitern auch Kader mit Hoch- und Fachschulbildung zählen und Fragen des Produktionsprozesses gemeinsam besprochen, anstehende Probleme gemeinsam gelöst werden.

Die Forderung hinsichtlich einer planvollen Entwicklung von Gemeinschaftsbeziehungen zwischen Angehörigen verschiedener Berufsgruppen darf sich keineswegs nur auf die Ebene des Betriebes beschränken, sondern muß unbedingt im Territorium wirksam werden, schon im Interesse der Herausbildung sozialistischer Persönlichkeiten, die trotz eines teilweise vorhandenen unterschiedlichen Bildungsniveaus sich innerhalb ihrer gebauten Wohnumwelt nicht meiden, sondern vielmehr um die Herstellung wechselseitiger Kontakte bemüht sind und die Arbeit des anderen achten.

Wie extrem sich in kapitalistischen Städten Unterschiede in der sozialen Zusammensetzung der Wohnbevölkerung äußern können, belegt Chombart de Lauwe in einer Pilotstudie über drei Wohnhochhäuser in Pariser Außenbezirken, wo die Bewohner dieser Häuser sogar eine Art „sozialer Allergie" gegeneinander entwickelten und den Kindern der Wohnhochhäuser von den Eltern verboten wurde, mit anderen Kindern als denen aus dem eigenen Hochhaus zu spielen (7). Auf der Grundlage gezielter sozialpädagogischer Maßnahmen versuchen hier Eltern aus wohlhabenden Schichten ihre Kinder schon frühzeitig von den Kindern, deren Eltern minderbemittelt sind, fernzuhalten und somit Gefühle der Abneigung und des Distanzhaltens zu entwickeln. Nach Ansicht des Verfassers sollte sich die marxistische Sozialpsychologie, Sozialpädagogik und auch bestimmte Bereiche der Stadtsoziologie kritisch mit den umfangreichen Ergebnissen der bürgerlichen Forschung zum Komplex der zwischenmenschlichen Beziehungen im Territorium auseinandersetzen und auf der Grundlage empirischer Untersuchungen den Nachweis einer völlig neuen Qualität der Gemeinschaftsbeziehungen unter sozialistischen gesellschaftlichen Verhältnissen führen. Gerade hier zeigt sich der Klassenantagonismus in der bürgerlichen Gesellschaft sehr deutlich. Zumindest läßt das Studium zahlreicher und auch methodisch sorgfältig ausgeführter Studien zu diesen Problemen nicht die geringsten Ansätze zu einer „Klassenharmonie" unter territorialen Aspekten erkennen. Der Verfasser weist nicht zuletzt deshalb eindringlich auf die Notwendigkeit von Untersuchungen zu diesen Problemen hin, da gerade Vertretern der jüngeren Generation – unter sozialistischen Verhältnissen in der DDR aufgewachsen – Sachverhalte der eben beschriebenen Art im Bewußtsein nicht existent sind.

Es soll an dieser Stelle auch nicht bestritten werden, daß progressive bürgerliche Stadtplaner und auch Sozialwissenschaftler die tieferen Ursachen einer territorialen sozialen Segregation erkennen. So weist Heide Berndt auf die ökonomischen Wurzeln dieser Prozesse hin (8).

Unter den Bedingungen bestehender antagonistischer Klassengegensätze in Staaten kapitalistischer Gesellschaftsordnung ist die Forderung nach einer „Harmonie sozialer Schichten" im Territorium selbst beim subjektiven Wollen einiger progressiver Territorialplaner objektiv nicht zu verwirklichen, da das private Eigentumsrecht am Boden dem Eigentümer eine Monopolstellung den Personen gegenüber einräumt, die aufgrund bestehender Klassenunterschiede zu den sozial Benachteiligten zählen und als Opfer des Mietpreismechanismus anzusehen sind. Allein aufgrund dieser Bedingungen wohnen diese Gruppen in qualitativ minderwertigen Wohnquartieren zusammen und können schon unter diesem Aspekt kaum Beziehungen zu Angehörigen oberer Schichten unterhalten. (Der bürgerliche Schichtenbegriff orientiert sich an subjektiven Zuordnungskriterien wie Höhe des Einkommens, Konfession, Berufsprestige usw. und entbehrt jeder Klassengrundlage. Nach amerikanischem Vorbild werden sechs Schichten unterschieden.)

Diese soziale Segregation wurde bereits 1928 von Bobek als einem der führenden funktionalen Geographen mit dem lapidaren Satz abgetan „Gleich und gleich gesellt sich gern" (9). Zur gleichen Meinung gelangt 1966 Gabriele Schwarz, Kapazität auf dem Gebiet der westdeutschen Sozialgeographie, wenn sie schreibt „... daß Gruppen derselben sozialen Schicht gern beieinander leben, unterschiedlich geartete sich aber vielfach gegenseitig ausschließen" (10). Es gibt auch sozial-geographische Auffassungen, wonach objektiv vorhandene und auch hinsichtlich einer optimalen Gestaltung der Lebensbedingungen negativ zu wertende Faktoren (Zeitverlust durch tägliches Pendeln) objektiv der Bildung von Gemeinschaftsbeziehungen entgegenwirken und nach Pinchemel die Bildung einer „städtischen Gemeinschaft" verhindern (11). Diese stark vereinfachte Äußerung sieht von der konkreten Klassensituation ab und gibt bei der Beurteilung eines komplizierten Sachverhaltes sekundären Faktoren das Primat. Unter sozialistischen Verhältnissen werden die Gemeinschaftsbeziehungen zwischen Angehörigen unterschiedlicher Berufsgruppen planmäßig auf der Ebene relativ kleiner räumlicher Einheiten entwickelt, die von ihrer Größenordnung und Einwohnerzahl nach den jeweiligen lokalen Gegebenheiten verschieden strukturiert sein können, der grundlegenden Forderung nach einem Zusammenwohnen von sozialen Gruppen und Schichten unterschiedlichen Bildungsgrades aber entsprechen müssen und das Zustandekommen persönlicher Kontakte ermöglichen sollen. Für unsere Städte und Gemeinden sind zahlreiche Haus- und Wohngebietsgemeinschaften Träger verschiedenster Aktivitäten (vor allem auf dem Sektor einer sinnvollen Freizeitgestaltung), die nicht zuletzt wichtige Aufgaben bei der Herausbildung eines Gefühls der Mitverantwortung eines jeden Bürgers für die Belange seiner Wohneinheit zu erfüllen haben. Daß damit ein zutiefst humanes Anliegen verfolgt wird, braucht nicht besonders betont zu werden, denn gerade in den Großstädten sind als eine Folge des zunehmenden Verstädterungs- und Urbanisierungsprozesses allgemein, Veränderungen in der Familien- und Haushaltstruktur in bezug auf eine immer stärkere Herausbildung der Kernfamilie vor sich gegangen und zahlreiche, vor allem ältere Menschen sind nicht mehr in den Familienverband integriert, so daß Erscheinungen der Vereinsamung und Isolierung mit allen ihren negativen Folgen auftreten können.

Alexander Mitscherlich – einer der profiliertesten bürgerlichen Vertreter einer Soziologie und Psychologie der Stadt – weist auf die für kapitalistische Verhältnisse typische Entfremdung des Menschen im städtischen Leben hin (12).

Analyse von drei Wohnkomplexen und eines Wohnbezirkes in Halle-Neustadt nach der räumlichen Verteilung der berufstätigen Wohnbevölkerung nach Merkmalen der Qualifikation

Die Grundsteinlegung zum Bau von Halle-Neustadt erfolgte 1964 unter besonderer Berücksichtigung bioklimatischer, lufthygienischer und topographischer Gegebenheiten. Es wurde schließlich ein Standort in räumlicher Nähe der Bezirkshauptstadt Halle gefunden, der optimalen Anforderungen entsprach und der hier anzusiedelnden Bevölkerung günstige Lebensbedingungen bot. Vor allem sollten Chemiearbeiter der Kombinate Leuna und Buna gemäß eines im Jahr 1963 gefaßten Politbürobeschlusses der SED qualitativ hochwertige Neubauwohnungen in gesunder Wohnlage erhalten und damit zugleich bei der Verwirklichung des sozialistischen Städtebaus im Ballungsgebiet Halle-Leipzig ein Beispiel gesetzt werden. Bei der Grundsteinlegung am 15. Juli 1964 betonte Horst Sindermann die Notwendigkeit einer raschen Realisierung eines derartigen städtebaulichen Vorhabens (13). Mit dem Bau von Halle-Neustadt sollte sich eine alte Forderung der revolutionären Arbeiterklasse von Leuna nach menschenwürdigen Lebensbedingungen endlich erfüllen.

Daß in der BRD sogenannte sozialschwächere Schichten, also vorwiegend Angehörige der Arbeiterklasse, beim Bezug einer Neubauwohnung häufig Siedlungen in ungünstigen Wohnlagen wählen, ist sicherlich

kein Zufall. So untersuchte Beck die Sozialstruktur von 44 neuen kleineren Siedlungen im Raum Nürnberg-Fürth und stellte dabei in neun Orten einen höheren Anteil von Angehörigen oberer Schichten als in den übrigen 35 Gemeinden fest (14).

Es kann im Rahmen dieses Beitrages nicht umfassend auf die strukturelle und kompositorische Anordnung der als räumlich-gestalterische Einheiten zu sehenden Wohnkomplexe in der Größenordnung von 13 000 bis 20 000 Einwohner eingegangen werden. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Wohnkomplexzentren über wesentliche Einrichtungen zur Deckung des periodischen Bedarfs an Dienstleistungen verfügen und von der Weg-Zeit-Situation her gesehen günstig im Fußläufigkeitsbereich der Wohnblöcke liegen. Bei der Gestaltung und Planung baulicher Einheiten ließ man sich von Vorstellungen gut funktionierender Konzentrationspunkte des geistig-kulturellen Lebens (Einrichtungen der Gastronomie, Bibliotheken usw.) leiten. In der Praxis zeigte es sich jedoch, daß solche zentralen Funktionen wie Kultur, Bildung und Erholung in den Komplexzentren nur unzureichend entwickelt sind und für die ständig wachsenden geistig-kulturellen Bedürfnisse von je 15 000 bis 20 000 Einwohnern die geschaffenen gesellschaftlichen Einrichtungen trotz eines hohen materiellen Ausstattungsgrades nicht völlig genügen (15). Eine angestrebte überörtliche Bedeutung des Stadtzentrums von Halle-Neustadt im Sinne eines kulturellpolitischen Mittelpunktes ist nicht ausschließlich von der Lokalisierung entsprechender attraktiver Einrichtungen abhängig, da angenommen werden darf, daß der einzelne das Stadtzentrum auch einfach um „des anonymen Kontaktes mit den anderen willen ... aufsucht", ohne in jedem Fall eine Einrichtung direkt zu nutzen (16).

Die räumliche Nähe zweier städtischer Zentren (Halle, Halle-Neustadt) darf künftig nicht dazu führen, daß unter Umständen die hallesche Innenstadt für die Halle-Neustädter Wohnbevölkerung bei der Befriedigung von Einkaufs- und Freizeitbedürfnissen verschiedenster Art eine größere Bedeutung erlangt als das geplante Zentrum von Halle-Neustadt und somit trotz aller Bemühungen von seiten der Architekten und Stadtplaner ein volles Wirksamwerden dieser territorialen Einheit in Frage gestellt ist. Immerhin muß man sehen, daß im Gebiet des historischen Stadtkerns von Halle funktional unterschiedlichste Einrichtungen (vom Lichtspieltheater bis zum Kaufhaus) im Fußläufigkeitsbereich zueinander liegen und starke Bindungen des Territoriums Halle-Neustadt an Halle auf dem Sektor Arbeiten – Wohnen bestehen. Die Bezirksstadt ist als ein bedeutender Zielort des „regional mobilen" Teils der in Halle-Neustadt wohnenden wirtschaftlich Tätigen anzusehen. Halle dominiert als Zielort der von Halle-Neustadt ausgehenden Pendelwanderung mit 5625 Personen vor Leuna (4714) und Schkopau (3191).

Wenn man davon ausgeht, daß wahrscheinlich zahlreiche Einwohner von Halle-Neustadt nach Beendigung ihrer beruflichen Tätigkeit am Arbeitsort selbst, also in Halle, Einkäufe tätigen und auch kulturelle Bedürfnisse befriedigen, so kann man Mohs beipflichten, wenn er die Ansicht vertritt, daß die Pendelwanderung eben mehr für den Pendler bedeutet als nur eine Ableistung seiner beruflichen Tätigkeit (17).

Welche Bedeutung der Stadt Halle bei einer Befriedigung von Freizeitbedürfnissen der in Halle-Neustadt wohnenden Bevölkerung zukommt, sollte durch umfassende und vor allem im mathematisch-statistischen Sinne repräsentative Untersuchungen territorialsoziologischen Charakters geklärt werden. Schauer weist sehr richtig auf die Notwendigkeit der Durchführung soziologischer Untersuchungen in Halle-Neustadt bei der Entscheidungsfindung zur Lösung bestimmter Aufgaben hin (18).

Tabelle 1: Berufstätige von Halle-Neustadt nach Wohnkomplexen und Qualifikationsstrukturen

WK	berufstätige Wohnbevölkerung (%)	Qualifikationsstrukturen Facharbeiter (%)	Meister (%)	Fachschule (%)	Hochschule (%)	ohne (%)
I	100	54,0	4,5	13,0	11,8	16,7
II	100	50,9	3,2	14,7	15,5	15,7
III	100	55,7	3,1	12,4	14,5	14,3
insgesamt	100	52,8	3,7	13,7	13,9	15,9

Die räumliche Differenzierung der berufstätigen Wohnbevölkerung nach beruflichen Qualifikationsstrukturen und Schichtenzugehörigkeit wurde neben der bereits erwähnten Zielstellung des empirischen Nachweises einer sozialen Mischung auch unter dem Gesichtspunkt einer Bereitstellung von Daten sozialen Charakters für eine „wissenschaftlich begründete Planung gesellschaftlicher Verhältnisse und Beziehungen" gesehen (19).

Die Wohnkomplexe sind aus funktionellen, strukturellen und gestalterischen Gründen als städtebauliche Einheiten aufzufassen und tragen den Charakter von Stadtvierteln mit eigenem Versorgungssystem. Es kann hier nicht die Frage beantwortet werden, inwieweit sich subjektiv im Bewußtsein der Einwohner diese funktionale Gliederung des Stadtkörpers widerspiegelt und der einzelne ein gewisses „Zugehörigkeitsgefühl" zu seinem Wohnkomplex bereits entwickelt hat.

Jedenfalls zeigt die Gegenwart zahlreicher kapitalistischer Städte bei ihren Bewohnern auf der Basis einer ausgeprägten sozialen Differenzierung auch ein „entwickeltes Viertelsdenken" im negativen Sinn, denn Hofmeister schreibt: „Bei den Bewohnern eines Wohnviertels hat sich oftmals im Laufe der Zeit ein ‚Viertelsgeist' herausgebildet. In unseren europäischen Städten gilt vielfach der Westteil einer Stadt als bevorzugtes Wohngebiet. Es ist die Gegend in der ‚man' wohnt" (20). Wir haben in der DDR diesen „Viertelsgeist" überwunden, und die Wahl des Standortes von Halle-Neustadt beweist sehr deutlich eine auf das gesundheitliche Wohl der arbeitenden Menschen gerichtete sozialistische Stadtplanung. Wie zahlreiche empirische sozialpsychologische Arbeiten bürgerlicher Wissenschaftler immer wieder zeigen, steht der Bewohner eines bourgeoisen Villenviertels dem anderen „Mitbürger" im Arbeiterwohnquartier völlig kontaktlos gegenüber; das Denken und die gesamte geistige Haltung beider wird von gegenseitigem Mißtrauen und Ablehnung bestimmt. Chombart de Lauwe bemerkt auf der Grundlage zahlreicher wissenschaftlich abgesicherter Beobachtungen dazu: „In neuen Siedlungen, so beobachtete man, sucht man sich der extremen sozialen Minderheit zu entledigen" (21). Unter sozialistischen Verhältnissen können sich objektiv derartige Verhaltensweisen und Einstellungen bei einer entsprechenden Wohnraumpolitik im Territorium nicht entwickeln. Nach den relativen Anteilen der Bewohner mit abgeschlossener Fach- und Hochschulbildung (soziale Schicht der Intelligenz) an der übrigen berufstätigen Wohnbevölkerung ist bei einer vergleichenden Betrachtung der drei Wohnkomplexe in Halle-Neustadt eine ausgesprochene soziale Homogenität zu beobachten.

Da nach den Einwohnerzahlen die Wohnkomplexe große territorialadministrative Einheiten darstellen, ist eine innere soziale Segregation auf der Basis von Wohnbezirken, Wohngruppen oder Blöcken nicht völlig auszuschließen und würde nach den bisherigen Ausführungen eine negative Bewertung erfahren müssen.

Aus diesem Grunde erfolgte eine Erweiterung des Untersuchungsfeldes auf die zehn Wohnbezirke des südlich der Magistrale gelegenen Wohnkomplex I, der als ältester Wohnkomplex 1964 bis 1968 errichtet wurde und bei einer Gesamtfläche von 67,85 Hektar 15 000 Einwohner zählt.

Der Wohnkomplex I eignete sich für eine Analyse der berufstätigen Wohnbevölkerung nach Qualifikationsmerkmalen gut, da bereits am 2. Januar 1965 das neu gegründete Wohnungsbaukombinat Halle-Neustadt mit der Montage der ersten Wohnblocks begann und im August des gleichen Jahres die ersten Einwohner ihre Wohnungen bezogen. So konnte im Januar 1971 (1. 1. 71 Stichtag der Erhebung) eine gewisse Konsolidierung in Fragen der Umzugstätigkeit der Bewohner im Wohnkomplex I beobachtet werden.

Die meisten heute vorliegenden analytischen Verfahren und Darstellungsversuche zur inneren Gliederung eines städtischen Gebietes zielen darauf ab, die Struktur der verschiedenen Stadtteile aufgrund der Gebäude- und Flächennutzung zu charakterisieren. Neben den bereits erwähnten Methoden zur lokalen Differenzierung der Einwohner nach sozialen Merkmalen gibt es noch die mehr auf das äußere, landschaftliche Erscheinungsbild oder auf die bauliche Gestaltung gerichtete Gliederung. Diese nach baulich-architektonischen Kriterien vorgehende Methode einer Differenzierung räumlicher Einheiten soll an dieser Stelle außerhalb der Betrachtung bleiben.

Die Wohnbezirke bilden Einheiten des gesellschaftlich-politischen Lebens und sind als das engere Wirkungsfeld von Freizeitaktivitäten verschiedenster Art anzusehen, wobei vor allem den Wohnbezirksausschüssen der Nationalen Front als Triebkraft der Entwicklung des kulturellen Lebens besondere Bedeutung zukommt. Von der sozialen Zusammensetzung der Wohnbevölkerung sind objektiv günstige Voraussetzungen zur Bildung differenzierter und auch stabiler Interessengemeinschaften verschiedenster Art im Territorium gegeben. Tabelle 2 zeigt die berufstätige Wohnbevölkerung des Wohnkomplex I insgesamt und nach absoluten sowie relativen Anteilen Angehöriger mit Fach- und Hochschulausbildung. Daraus läßt sich folgendes ableiten:

1. In den Wohnbezirken, deren Einwohnerzahlen (im Arbeitsprozeß stehende Personen) vergleichsweise zu den Wohnkomple-

xen wesentlich niedriger liegen und demzufolge die erhaltenen Ergebnisse im Sinne der genannten Zielstellung weiter objektiviert werden, betragen die relativen Anteile der Bewohner mit einem abgeschlossenen Fach- oder Hochschulabschluß an der Gesamtbevölkerung (berufstätige Bevölkerung) annähernd 25 Prozent.

Bedeutsam erscheint dem Verfasser, daß in allen zehn untersuchten Wohnbezirken des Wohnkomplexes I, also in von der Einwohnerzahl her gesehen kleinen Territorien, die Priorität der Arbeiterklasse nach der Wohnfunktion gesichert ist und sich zum Beispiel die Erwartungen eines maßgeblich beim Aufbau der Stadt beteiligten kolumbianischen Architekten in dieser Frage bestätigten (22).

2. Vergleicht man die zehn untersuchten Wohnbezirke nach dem Anteil der der Intelligenzschicht zugeordneten Berufstätigen an der berufstätigen Bevölkerung, so sind keine wesentlichen Unterschiede und damit auch keine Ansätze zu einer unter räumlichen Aspekten zu sehenden sozialen Segregation von Fach- und Hochschulkadern vorhanden.

3. Auffallende Unterschiede bestehen in den Relationen männlich – weiblich der über einen Fach- oder Hochschulabschluß verfügenden Personen. Dabei sind in jedem Wohnbezirk die männlichen Werktätigen mit der erwähnten Qualifikation in der Überzahl. Diese häufig zu beobachtende Erscheinung ist jedoch nicht durch territoriale Besonderheiten zu erklären und beweist nur die Richtigkeit der von Partei und Regierung verfolgten Politik einer verstärkten Frauenförderung auf dem Sektor Qualifizierung.

Einige Ausführungen zum Standort des Arbeitsplatzes der berufstätigen Wohnbevölkerung von Halle-Neustadt

Die Zweckbestimmung der Stadt ergibt sich aus ihrer Zielfunktion als vorwiegendem Wohnstandort für Beschäftigte der im Kreis Merseburg gelegenen Großchemie (Leuna-Werke, Buna-Werke) sowie für die in Betrieben und Institutionen der Bezirksstadt Halle Tätigen. Daneben wird es beim Endausbau von Halle-Neustadt eine erhebliche Zahl von Arbeitsplätzen geben, die auf stadtbedienende Einrichtungen entfallen oder Umlandbedeutung besitzen (Bildungszentren, kulturelle Institutionen).

Die Vergabe von Wohnraum in Halle-Neustadt an zuziehende Personen wird nach einem Verteilerschlüssel vorgenommen (bestimmte Betriebe und Institutionen verfügen über Kontingente). Den chemischen Großbetrieben werden in der Regel Wohnblöcke geschlossen übergeben, die zum Zeitpunkt der Wohnraumbelegung von der sozialen Zusammensetzung ihrer Bewohner inhomogen in bezug auf Häufungen bestimmter Berufsgruppen (Ökonomen, Facharbeiter, Ingenieure usw.) sind. Somit werden Prinzipien des sozialistischen Städtebaus zu Fragen der „sozialen Mischung" unmittelbar praxiswirksam.

In westeuropäischen Staaten und auch in den USA sind gegenwärtig beim Bau neuer Städte verstärkt Tendenzen einer räumlichen Segregation von Angehörigen sogenannter Mittel- oder auch Oberschichten sogar auf Gemeindeebene zu beobachten (Kontakte zwischen Angehörigen unterschiedlich strukturierter Sozialgruppen sind im Territorium somit auf ein Mindestmaß beschränkt). Geipel weist auf Probleme im Bereich des Bildungswesens für Kinder einer zahlenmäßig geringen sozialen Minderheit (Angehörige der Arbeiterklasse) hin (23).

Nicht zufällig werden in Staaten bürgerlicher Gesellschaftsordnung häufig Werksiedlungen in unmittelbarer Nähe der Betriebe errichtet, da der kapitalistische Staat oder der Privatunternehmer Investitionen für infrastrukturelle Einrichtungen (z. B. Straßen, Schienenwege) somit einspart. Die Folgen einer derartigen auf Profitinteressen gerichteten Territorialplanung sind häufig schlechte Lebensbedingungen für in solchen Siedlungen wohnende Betriebsangehörige durch Lärmbelästigung und Luftverschmutzung. Wie bereits eingangs bemerkt, konnte für den Bau von Halle-Neustadt ein optimaler Standort in räumlich größerer Entfernung von den Chemiekombinaten gefunden werden, der durch eine Schnellbahn verkehrsmäßig günstig an die Werke angebunden ist und somit den Werktätigen einen erheblichen Freizeitgewinn für die Befriedigung mannigfaltiger Bedürfnisse auf kulturell-sportlichem Gebiet, auf dem Sektor der Weiterbildung usw. bringt.

Der Beschluß des Politbüros der SED vom 17. 9. 1963 beinhaltete wesentliche Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen für einen großen Teil der Chemiebeschäftigten im Ballungsgebiet Halle–Leipzig. So wohnten 1963 etwa 8500 Werktätige der Leuna- und Buna-Werke in 275 Gemeinden und wendeten für die Bewältigung der häufig erheblichen Entfernungen Wohnstätte–Arbeitsplatz bedeutende Wegezeiten auf. Eine Konzentration der Fernpendler in einer Großsiedlung städtischen Charakters mußte unbedingt erfolgen, um den Werktätigen eine erfolgreiche Teilnahme am kulturellen Leben zu ermöglichen und ihnen alle Möglichkeiten der fachlichen und gesellschaftlichen Weiterbildung zu geben. Es soll an dieser Stelle auch gesagt werden, daß eine Absiedlung der im dörflichen Milieu lebenden Chemiebeschäftigten zahlreiche Probleme – vor allem sozialpsychologischen Charakters – mit sich bringt, die hier nicht erörtert werden sollen.

Kurze Wegezeiten von der Wohnstätte zum Arbeitsplatz sind also für die Halle-Neustädter berufstätige Wohnbevölkerung von erheblicher Bedeutung, da ein Großteil dieses Personenkreises dem Charakter der Stadt entsprechend nicht am Wohnort arbeitet. Das Pendlerproblem ist somit ein gesellschaftliches Problem, denn Stollberg bemerkt, daß auch die Arbeitszufriedenheit durch die Länge des Arbeitsweges beeinflußt wird (24).

Wie aus Tabelle 3 ersichtlich ist, demonstrieren die hohen Auspendlerzahlen von Halle-Neustadt im Vergleich zu den übrigen Gemeinden des Ballungskerns Halle-Merseburg die überwiegende Wohnfunktion dieses städtischen Territoriums und weisen auf die hohe gesellschaftliche Verantwortung

Tabelle 2: Berufstätige Wohnbevölkerung der 10 Wohnbezirke des I. Wohnkomplexes in Halle-Neustadt

Wohnbezirk	berufstätige Wohnbevölkerung des Wohnbezirkes			Angehörige der sozialen Schicht der Intelligenz			relativ zur berufstätigen Wohnbevölkerung
	m	w	insges.	m	w	insges.	
1	382	418	800	136	67	203	25,4
2	441	412	853	158	70	228	25,6
3	508	531	1039	191	108	299	28,8
4	288	254	542	106	37	143	26,4
5	383	352	735	115	65	180	24,5
6	523	496	1019	135	62	197	19,3
7	295	267	562	114	51	165	29,4
8	421	381	802	156	64	220	27,4
9	538	536	1074	157	82	239	21,3
10	316	287	603	80	46	126	20,9

Tabelle 3: Gemeinden des BK Halle-Merseburg nach Auspendleranteilen an den wirtschaftlich Tätigen

Gemeinde	wirtschaftlich Tätige, die in den Gemeinden wohnen	Auspendler (absolut)	Auspendler zu den wirtschaftlich Tätigen (%)
Halle-Neustadt	19 546	14 594	74,7
Halle	126 651	12 788	10,1
Merseburg	27 800	15 166	54,6
Leuna	5 626	812	14,4
Bad Dürrenberg	7 596	5 758	75,8
Schkopau	2 483	462	18,6

Abgrenzungskriterien des Ballungskernes bei E. Oelke, zu einigen Aspekten der Qualität eines Ballungskernes, Informationen der Forschungsleitstelle für Territorialplanung, H. 2/1974, S. 1 ff.

Tabelle 4: Zielkreise der Berufspendler (Auspendler) von Halle-Neustadt

Zielkreis	Auspendler insgesamt	männlich		weiblich	
	absolut	absolut	relativ	absolut	relativ
Merseburg	8292	5213	62,9	3079	37,1
Halle, Stadt	5625	2903	51,6	2722	48,4
Leipzig, Stadt	128	106	82,8	22	17,2
Saalkreis	70	45	64,3	25	35,7
Bitterfeld	53	41	77,4	12	22,6
Weißenfels	38	25	65,8	13	34,2
Leipzig, Land	34	30	88,2	4	11,8
Eisleben	31	23	74,2	8	25,8
Köthen	23	17	73,9	6	26,1

der kommunalen Planungsorgane für eine optimale Gestaltung der funktionellen Beziehung Arbeiten – Wohnen hin.

Da die Bewältigung des täglichen Arbeitsweges für den Werktätigen bei größeren Entfernungen Wohnstätte–Arbeitsplatz und unter Umständen ungünstigen Verkehrsverhältnissen erhebliche physische sowie psychische Belastungen mit sich bringt, wurde im Gegensatz zu den in kapitalistischen Ländern sich mehr oder weniger spontan entwickelnden Stadt-Umlandbeziehungen auf dem Sektor Arbeiten–Wohnen die Auspendlersituation bereits bei der Konzipierung des Standortes von Halle-Neustadt geplant. Diese unter territorialen Aspekten zu sehende Planung sozialer Prozesse ergibt sich aus der bereits erwähnten Zielfunktion der neuen Stadt und kann letztlich nur unter sozialistischen Verhältnissen langfristig realisiert werden.

In den USA errichten häufig private Baufirmen Siedlungen städtischen Charakters (vor allem Vorstädte), die oft sehr weit von den Arbeitsplätzen ihrer Bewohner entfernt gelegen sind und meist von Angehörigen der mittleren und höheren Intelligenz bewohnt werden. Das stark entwickelte schichtenspezifische Statusdenken zwingt zu sozialkonformen Verhaltensweisen und führt zu sozialen Abkapselungstendenzen dieser „Suburbs". Leitende Mitarbeiter privatkapitalistischer Betriebe dürfen durchaus nicht ihren Wohnsitz nach eigenem Ermessen wählen, da sie an bestimmte Normen gebunden sind. So weist Heide Berndt auf die in der Regel mit einem sogenannten sozialen Aufstieg in der betrieblichen Hierarchie verbundenen Wechsel des Wohnsitzes hin, der „ein Verbleiben in der alten Siedlung, die dem verbesserten Status nicht länger genügt, verbietet" (25).

Die bereits in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts von der amerikanischen ökologischen Schule der Soziologie durchgeführten Untersuchungen der Großstädte in den USA nach Funktionsbereichen erbrachten den empirischen Nachweis einer zonalen Gliederung und in den Wohngebieten eine heute sogar verstärkt anzutreffende strenge soziale Segregation. So werden die ringförmig um die City angeordneten Bezirke fast ausschließlich von Angehörigen der Arbeiterklasse bewohnt, da es sich hier meist um Wohnungen minderer Qualität handelt und die Mieten in anderen städtischen Regionen von den Arbeitern nicht aufgebracht werden können. Eine Planung der funktionellen Beziehung Arbeiten–Wohnen zum Wohle der werktätigen Bevölkerung ist in den kapitalistischen Ländern nicht möglich, da nach ungeschriebenen Gesetzen die Wohnquartiere in städtischen Gebieten schichtenspezifisch strukturiert und räumlich für Angehörige bestimmter Sozialgruppen festgelegt sind.

In Halle-Neustadt wurden die Weg-Zeitbeziehungen für die außerhalb der Stadt beschäftigten Einwohner durch die Errichtung eines leistungsfähigen Schnellverkehrssystems günstig gestaltet. So sind die chemischen Großbetriebe Leuna und Buna in 15 bis 20 Minuten von Halle-Neustadt aus zu erreichen. Die Bezirkshauptstadt Halle ist gleichfalls verkehrsmäßig gut durch Bus und Schnellbahn an die neue Stadt angebunden. Planung sozialer Prozesse in neuen Wohnsiedlungen bedeutet somit im Rahmen einer sozialistischen Raumordnung auch Planung der Pendelbeziehungen und setzt eine quantitative Erfassung der Berufspendler nach Arbeitsorten voraus.

Die Differenzierung der von Halle-Neustadt ausgehenden Pendlerströme nach Zielkreisen läßt die Dominanz des Kreises Merseburg (Leuna, Schkopau) und der Bezirkshauptstadt Halle im Auspendlergefüge deutlich erkennen. Die übrigen Zielbereiche der Halle-Neustädter berufstätigen Wohnbevölkerung sind nach absoluten Zahlen (Tabelle 4) ohne wesentliche Bedeutung; außerhalb des Bezirkes Halle gelegene Arbeitsorte, die zusätzlich angegeben waren, wurden bei der Analyse vom Verfasser nicht berücksichtigt, da es sich hier mit hoher Wahrscheinlichkeit um eine sogenannte Wochenendpendelwanderung handelt und somit diese Werktätigen nicht täglich am Hauptwohnsitz (Halle-Neustadt) weilen. Bemerkenswert ist bei einer Betrachtung der Sexualproportionen, daß bei den Auspendlern von Halle-Neustadt nach Halle der weibliche Anteil relativ hoch liegt und somit Rückschlüsse auf das Arbeitsplatzangebot gezogen werden können.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die geplante Konzentration von Arbeitsplätzen der außerhalb von Halle-Neustadt arbeitenden Einwohner auf einige wenige Gemeinden für jeden einzelnen Werktätigen dieses Personenkreises erhebliche Vorteile hinsichtlich kurzer Wegzeiten zum Arbeitsplatz und einen damit verbundenen Freizeitgewinn mit sich bringt. Die Qualität der Lebensbedingungen im Territorium wird somit in diesem Bereich durch gezielte Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Beförderungssituation, vor allem im Berufsverkehr, ständig erhöht.



2 Blick auf den Wohnkomplex II von Halle-Neustadt

Literatur:

(1) Puschmann, M.: Sozialstruktur. In: Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie. Berlin 1969, S. 429

(2) Büro für Städtebau und Architektur des Rates des Bezirkes Halle (Hrsg.): Halle-Neustadt. Plan und Bau der Chemiearbeiterstadt. Berlin 1972, S. 85

(3) Hager, K.: Die entwickelte sozialistische Gesellschaft. Aufgaben der Gesellschaftswissenschaftler nach dem VIII. Parteitag der SED. Referat auf der Tagung der Gesellschaftswissenschaftler am 14. Oktober 1971 in Berlin. Berlin 1972, S. 19

(4) Armelin, P.: Soziale Schicht. In: Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie. Berlin 1969, S. 393

(5) Hager, K.: ebenda, S. 20

(6) Kogan, L. N.: Soziale Planung: Arbeit, Bildung, Lebensweise. Über die Planung der sozialen Entwicklung des Betriebskollektivs. Berlin 1971, S. 43

(7) Chombart de Lauwe, P. H.: Soziologie du Logement et Comportement des Ménages dans trois Cités Nouvelles de é Agglomerátion Parisienne ... In: Cahier du Centre Scientifique et Technique du Batiment. Nr. 30, Cahier 257 (1957), S. 22

(8) Berndt, H.: Das Gesellschaftsbild bei Stadtplanern. Stuttgart/Bern 1968, S. 151

(9) Bobek, H.: Innsbruck eine Gebirgsstadt, ihr Lebensraum und ihre Erscheinung. Forschungen zur deutschen Landes- und Volkskunde. Bd. 25, Stuttgart 1928, S. 337

(10) Schwarz, G.: Allgemeine Siedlungsgeographie. 3. Aufl. Berlin (West) 1966, S. 473

(11) Pinchemel, P.: Erscheinung und Wesen der Stadt. In: Allgemeine Stadtgeographie. Herausgegeben von Peter Schöller, Darmstadt 1969, S. 245

(12) Mitscherlich, A.: Thesen zur Stadt der Zukunft. Frankfurt a. M. 1972, S. 8

(13) Sindermann, H.: Ansprache bei der Grundsteinlegung zum Bau von Halle-Neustadt. Zitiert in: Halle-Neustadt, Vom Werden und Wachsen unserer Stadt. Halle-Neustadt 1968, S. 7

(14) Beck, H.: Neue Siedlungsstrukturen im Groß-stadt-Umlandbereich aufgezeigt am Beispiel von Nürnberg-Fürth. Nürnberger Wirtschafts- und sozialgeographische Arbeiten. Bd. 15. Nürnberg 1972, Seite 174

(15) Büro für Städtebau und Architektur des Rates des Bezirkes Halle (Hrsg.): Halle-Neustadt. Plan und Bau der Chemiearbeiterstadt. Berlin 1972, S. 135

(16) ebenda, S. 109

(17) Mohs, G.: Probleme der Bevölkerungs- und Siedlungsentwicklung in den Ballungsgebieten der DDR – dargestellt am Beispiel des Ballungsgebietes Halle-Leipzig. Habil.-Schrift (unveröffentlichtes Manuskript) Leipzig 1964, S. 136

(18) Schauer, H.: Einwohner und Wohnungen in Halle-Neustadt, deutsche architektur 1971, S. 721

(19) Krüger, M.: Soziologische Aspekte der Gesellschaftsprognose in einem regionalen Gebiet. In: Soziologie im Sozialismus. Die marxistisch-leninistische Soziologie im entwickelten gesellschaftlichen System des Sozialismus. Berlin 1970, S. 187

(20) Hofmeister, B.: Stadtgeographie. In: Das Geographische Seminar, 2. verb. Auflage. Braunschweig 1972, S. 85

(21) Chombart de Lauwe, P. H.: ebenda, S. 231

(22) Vall de Ruten, O.: Gedanken über den Aufbau der Chemiearbeiterstadt, Deutsche Architektur 16 (1967), S. 226

(23) Geipel, R.: Der Standort der Geographie des Bildungswesens innerhalb der Sozialgeographie. Münchner Studien zur Sozial- und Wirtschaftsgeographie Bd. 4. Wirtschaftsgeographisches Institut der Universität München, Kallmütz/Regensburg 1968, S. 159

(24) Stollberg, R.: Arbeitszufriedenheit – theoretische und praktische Probleme. Schriftenreihe „Soziologie", Berlin 1968, S. 60

(25) Berndt, H.: Das Gesellschaftsbild bei Stadtplanern, Stuttgart/Bern 1968, S. 135

Autogerechte Stadt oder stadtgerechter Verkehr

Dipl.-Ing. Dietz Kohlhoff, Frankfurt (Oder)

Der größte Vorteil eines individuellen Verkehrsmittels gegenüber anderen besteht in der damit heute noch erreichbaren räumlichen und zeitlichen Freizügigkeit. Unabdingbare Voraussetzungen für seine Nutzung jedoch sind:

- Stellplatz vor Fahrtantritt
- Verkehrsfläche während der Fahrt
- Verkehrsorganisation
- Stellplatz am Fahrtziel
- Tankmöglichkeiten, Servicestellen u. a. m.

Der Besitzer eines individuellen Verkehrsmittels, unabhängig von der Gesellschaftsform, in der er lebt, leitet aus dem Kauf einen Anspruch auf die notwendigen Verkehrsflächen zur Befriedigung seiner Bedürfnisse ab. Die Erfüllung dieser Wünsche stellt die Gesellschaft vor ständig wachsende Probleme.

Da unsere derzeitigen Möglichkeiten sowohl auf dem Gebiet der Produktion von Pkw als auch auf dem Gebiet der Herstellung der notwendigen Verkehrsflächen begrenzt sind, muß hier, wie bei der Lösung anderer Probleme auch, nach einem richtigen Verhältnis zwischen individuellen und gesellschaftlichen Interessen gesucht werden.

Die einseitige Betrachtung dieses Verhältnisses von der Seite des Fahrzeugbesitzers aus führt in der Endkonsequenz zur Forderung nach einer „autogerechten Stadt".

Welche Auswirkungen die Abhängigkeit vom Pkw erzeugt, ist vielfach in der Literatur beschrieben worden. Bekannt sind die Karrikaturen der Fußgänger, für die wir Städtebauer erlebnisreiche, städtische Räume schaffen wollen, die verzweifelt gegen eine Flut von Automobilen ankämpfen oder der alternden Menschen, die auf das erlösende Grünsignal einer Lichtsignalanlage warten.

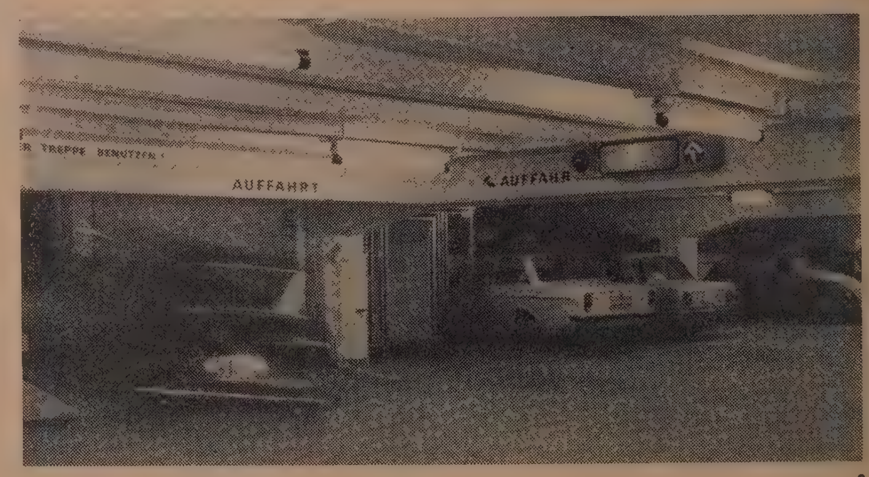
Für die gegenwärtige Entwicklung ist eine schnelle Steigerung der Anzahl der Individualfahrzeuge auch bei uns charakteristisch. Jedoch ist das private Auto nur solange von Interesse, wie es für den unserer modernen Zeit entsprechenden Grad der Mobilität keine bessere Möglichkeit der Deckung gibt. Die ständig wachsende Mobilität ist zweifellos eine objektive Erscheinung und ihr Grad vom erreichten Stand der Produktivkräfte abhängig. Die Deckung der Mobilität unserer Bürger kann aber nicht ausschließlich an den Besitz eines privaten Autos geknüpft sein.

Es ist zumindest anzweifelbar, ob die Motorisierung auch bei uns, in einem sozialistischen Staat, eine derartige Höhe annehmen muß. Wir wollen schließlich nicht vergessen, daß viele Bürger gar nicht Auto fahren können oder wollen, insbesondere unsere älteren oder jüngeren Bürger.

Geht die Entwicklung aber so weiter wie bisher, dann wird in wenigen Jahren die Unterbringung des ruhenden Verkehrs, um nur



1



2

3



1
Eine Möglichkeit zur Lösung von Verkehrsproblemen – kreuzungsfreier Verkehr mit Hilfe von Autotunnels

2
Unterbringung des ruhenden Verkehrs in einem Parkhaus

3
Blick auf die Schönhauser Allee zur Zeit des Berufsverkehrs am frühen Abend

4/5
Besondere Verkehrsprobleme ergeben sich in älteren Straßen und altstädtischen Bereichen.



4



5

einen Problemkreis herauszugreifen, in nur einer Ebene nicht mehr möglich sein, teilweise ist das ja bereits heute der Fall. Allein das würde uns zu enormen Investitionen zwingen, und zwar in den jetzt entstehenden Wohngebieten nahezu gleichzeitig.

In der „Richtlinie über die Planung und Bilanzierung des ruhenden Verkehrs und des Versorgungsverkehrs im Bezirk Erfurt" wird der ruhende Verkehr als „gleichwertiger integrierter Bestandteil der Stadt- und Verkehrsplanung" fixiert.

Sehen wir den ruhenden Verkehr als integrierten Bestandteil der im Zusammenhang mit einer Wohnung abzudeckenden Funktionen, gleichberechtigt mit Kaufen, Erholen, Spielen usw., ist dann unser planerischer Einfluß auf die Zukunft nicht schon vergeben?

Das Primat der vom VIII. Parteitag der SED geforderten Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen liegt doch zweifellos bei der Schaffung von Wohnraum, vor allem für die Angehörigen der Arbeiterklasse. Das ist keine kurzfristige Zielstellung und zudem noch eine Zielstellung, die die Ausnutzung aller noch vorhandenen Reserven notwendig macht.

Gegenwärtig müssen wir uns beim Bau neuer Wohnkomplexe noch bei verschiedenen Nachfolgeeinrichtungen (Sporthallen, Gaststätten, Freizeit- und Erholungsbauten) zugunsten der Wohnungszahl bescheiden.

Notwendigerweise müssen sich die durch den Individualverkehr erforderlichen Investitionen dieser Zielstellung unterordnen. Es ist an der Zeit, daß das individuelle Verkehrsmittel auf den ihm gebührenden Platz im Gesamtsystem Verkehr der DDR verwiesen wird.

G. A. Gradow („Stadt und Lebensweise" – Verlag für Bauwesen, Berlin 1970. S. 9) schreibt in diesem Zusammenhang:

„Wenn wir bei der Entwicklung des individuellen Verkehrs dem Beispiel der USA folgen würden und in 20 bis 30 Jahren die amerikanische Norm, d. h. einen Pkw je Familie, erreicht hätten, erscheint es nicht ausgeschlossen, daß man sich in den USA zu diesem Zeitpunkt bereits vom individuellen Verkehr abgewandt hat und zum öffentlichen Schnellverkehr übergeht".

Die sozialistische Gesellschaft ist verpflichtet, die zur Verfügung stehenden gesellschaftlichen Potenzen zielgerichtet für die effektive Lösung der Verkehrsprobleme einzusetzen. Es ist schon abzusehen, daß die in den hochmotorisierten Ländern erreichte große Zahl von Individualfahrzeugen die Probleme nicht lösen wird.

Das öffentliche Verkehrsmittel muß den größten Anteil bei der Befriedigung des Personenverkehrsbedürfnisses in den Städten haben, vorrangig beim Berufsverkehr, durch den die Städte am meisten bedrängt werden. Fehlgeschlagene Experimente mit den Nahverkehrsmitteln in anderen Ländern können darüber nicht hinwegtäuschen. Wie bei der Steuerung jedes Entwicklungsprozesses spielt der Zeitpunkt des Eingriffes eine entscheidende Rolle. Mit anderen Worten, wenn erst jeder einen Pkw besitzt, können wir am öffentlichen Nahverkehrsmittel konstruieren, wie wir wollen, die dann zur Ablösung des Individualfahrzeuges notwendige Attraktivität ist unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht mehr zu erreichen.

Entscheiden wir uns für das Primat des öffentlichen Verkehrsmittels bei der Befriedigung des Personenverkehrsbedürfnisses in den Städten, dann ergibt sich die Frage der Steuerung des Entwicklungsprozesses zu dieser Grundlösung hin.

Zur Entwicklung von „nichtkonventionellen" Verkehrsmitteln im Sinne von Kabinenbahnen, Transportbändern und Autofähren oder Ähnlichem fehlen doch noch wesentliche technische Voraussetzungen. Andererseits muß doch gerade heute, da wir die Generalpläne der wichtigsten Städte in unserem Siedlungsnetz präzisieren und der Planungshorizont bei 1990 bis 2000 liegt, Klarheit über ein so wichtiges Problem der Stadtgestaltung bestehen, wenn wir unsere Städte nicht verbauen wollen.

Ansätze eines künftigen Verkehrssystems müssen die gegenwärtig vorhandenen Verkehrsmittel bieten.

Im folgenden sind einige Beispiele genannt, die nach Meinung des Autors Ansätze zu einer weiterführenden Diskussion sein könnten.

■ Die geltenden verkehrsrechtlichen Bestimmungen für öffentliche Nahverkehrsmittel stehen im Widerspruch zu den gesellschaftlichen Interessen. Die Stellung des öffentlichen Nahverkehrsmittels ist unzureichend fixiert. Es gibt keinen Unterschied in den Vorfahrtsregelungen, die Vorfahrt regelt sich unabhängig, ob ein Pkw mit nur einem Insassen oder ein voll besetzter Bus, der an einen Fahrplan gebunden ist, die Weiterfahrt begehrt.

Hier liegen doch augenscheinlich noch viele Reserven.

■ In fast allen Städten wird die Zahl der Lichtsignalanlagen (LSA) in den nächsten Jahren ansteigen. LSA regeln den Verkehrsablauf mehr oder weniger in Abhängigkeit von der Anzahl der Fahrzeuge, nicht aber in Abhängigkeit der Verkehrsaufgabe, des Verkehrszieles.

Eine Vergrößerung der Zahl der LSA bringt uns keine Lösung; künftige Steuersysteme müssen an ihren Vorteilen für den öffentlichen Personennahverkehr gemessen werden.

■ Alle geplanten Verkehrsbaumaßnahmen sollten hinsichtlich des Effektivitätsnachweises vorrangig an ihrem Nutzen für den öffentlichen Nahverkehr gemessen werden. Dies gilt sicherlich besonders für den Bau von niveaufreien Knoten.

■ Im Rahmen der Vorbereitung, Begutachtung und Beschlußfassung von neuen Wohnkomplexen und Arbeitsstättengebieten muß auf die vorrangige und rechtzeitige Sicherung des öffentlichen Personennahverkehrs besonderer Wert gelegt werden.

Städtebauliche Kennziffern und Richtwerte sollten den Praktikern konkrete Anwendungsmöglichkeiten bieten. Folgen wir den sicherlich berechtigten Wünschen der Tiefbauer, werden wir bald „kollektorengerechte Wohnkomplexe" bauen; sind diese dann auch verkehrsgerecht?

■ Die vorhandenen öffentlichen Nahverkehrslösungen sind, um entsprechend attraktiv zu sein, nur ungenügend miteinander verknüpft und städtebaulich-gestalterisch kaum anziehend.

Umsteigepunkten sollte im Rahmen der Generalplanung besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

■ Ein Widerspruch besteht nach Meinung des Autors zwischen geringer Benutzungsstundenzahl und langer Stillstandszeit eines individuellen Pkw. Liegt hier nicht die eigentliche Reserve für die Steigerung der Befriedigung der Verkehrsbedürfnisse bei relativer Beschränkung der Anzahl der Pkw?

Vielleicht ist die Entwicklung neuer Formen der kollektiven Benutzung eines Individualfahrzeuges eine Lösungsmöglichkeit.

Ansatzpunkte zur Entwicklung eines solchen Systems sind in Form des Taxis und des Mietwagens gegeben.

Der Taxibetrieb kann, mit einem neuen Tarifsystem versehen, größeren Einfluß nehmen und an Bedeutung im Rahmen des Gesamtpersonenverkehrs gewinnen. Insbesondere in Ergänzung der öffentlichen Massenverkehrsmittel, als Linientaxi oder nachts, wenn Bus oder Straßenbahn durch geringe Besetzung unrentabel werden.

Die Zahl der zu befördernden Personen je Fahrzeugführer ist jedoch zu klein, um den Taxibetrieb über einen Grenzwert hinaus wirtschaftlich zu entwickeln.

Der Mietwagen hat diesen wahrscheinlich entscheidenden Nachteil nicht.

Es ist anzunehmen, daß bei einer neuen Tarifgestaltung, einer bedeutenden Vergrößerung des Wagenparks, einer leichteren Erreichbarkeit, unbürokratischer Geschäftsabwicklung, leichterer Bedienbarkeit und geringerem Wartungsaufwand mit dem Mietwagen durchaus ein Anteil des Verkehrsbedürfnisses gedeckt werden kann.

Augenscheinlich ist es notwendig, auf diesem Gebiet experimentierfreudiger zu werden, um die erforderlichen Erfahrungen zu sammeln.

Einige Fragen zum Ensemble Alexanderplatz – Fernsehturm

Dipl.-Ing. Jürgen Krenn, Berlin

... Sicher erinnern Sie sich nicht mehr an den Brief dreier Studenten aus Dresden, die sich über die Fernsehturmumbauung in Berlin beklagten. Inzwischen sind die drei Studenten, zu denen ich gehörte, ausgebildete Fachleute, die nun selbst tatkräftig bei der Verwirklichung solcher Projekte wie dem der Fernsehturmumbauung mitwirken. Ich selbst arbeite beim Betrieb Lufttechnische Anlagen Berlin als Projektant. Der zweite Student ist bereits Gruppenleiter, ebenfalls bei der Projektierung im selben Betrieb, und der dritte arbeitet beim Betrieb Technische Gebäudeausrüstung in Potsdam.

Sie sehen, jetzt sind wir vom Baugeschehen unmittelbar berührt. Tagtäglich sitzen wir mit den Architekten, Bauingenieuren und Fachleuten der verschiedensten Gewerke zusammen, stimmen uns ab und koordinieren unsere Arbeit, damit das Projekt gut gelingen möge. Deshalb haben wir auch ein Recht, unsere Arbeit kritisch unter die Lupe zu nehmen, damit zukünftige Projekte besser als die bisherigen werden. Damit bin ich an der Stelle, an der seinerzeit der Faden fallengelassen wurde.

Einiges von dem, das wir in unserem Brief vom April 1969 sagten, stimmt meiner Meinung nach heute noch. Vieles hat sich als vorteilhaft herausgestellt, was wir vom Entwurf her als unzweckmäßig empfanden. So vermittelt die sechseckige Form interessante Gesichtswinkel und belebt die Räume. Die Frage der Beheizbarkeit hatte untergeordnete Bedeutung. Auch war der Vergleich des Vorplatzes mit einem riesigen Fußballfeld übertrieben. Die Marienkirche fügt sich mit ihrer nicht rechtwinklichen Position zur Liebknechtstraße günstig an die Linien der Fernsehturmumbauung an.

Trotzdem gibt es viele Fragen, die diskutiert werden sollten. Vielleicht ließe sich eine ähnliche Diskussion entfachen, wie es sie nach der Fertigstellung der Straße Unter den Linden gab. Mehrere Architekten meldeten sich zu Wort, um ihre Meinung zu einem Thema zu sagen, das die Bewohner und Besucher dieser Stadt berührt. Ab und zu wird in der „Weltbühne" zu den Fragen des Stadtzentrums geschrieben, aber eine Architekturzeitschrift sollte sich in dieser Frage nicht den Rang streitig machen lassen. Die Autoren der Bauten rund um den Alex stellten ihre Werke, zum Teil sogar mehrmals, in ihrer Zeitschrift vor, aber jeder sah sein Werk isoliert für sich. Deshalb möchte ich mit meinem Beitrag dazu anregen und einige Fragen zum Ensemble Alexanderplatz – Fernsehturm aufwerfen.

Unvorteilhaft gelöst scheint mir teilweise die Frage der Fußgängerbereiche, die Rücksichtnahme auf den zu Fuß gehenden Menschen. Einzelne der Einrichtungen, die von ihm genutzt werden wie Läden, Gaststätten und Kultureinrichtungen sind nämlich zu lose und zusammenhanglos angeordnet. Gewaltige Verkehrsmagistralen wie die Karl-Marx-Allee und die Liebknechtstraße durchschneiden die Bereiche. Sie zu überqueren bedarf weiter Fußmärsche, zum Teil durch langweilige Tunnel.

Anstatt die Tunnel wie bei der alten U-Bahn-Passage mit Läden zu füllen, hängte man farbige Glaskästen an die Wände, aus denen immer dieselben freundlichen Gesichter herauslächeln. Nur ein Zeitungskiosk verirrte sich in das neue Tunnelnetz. Darüber, daß die Treppen zu den Tunnels zu steil sind und daß an die Frauen mit Kinderwagen nicht gedacht wurde, ist sicher schon viel geklagt worden.

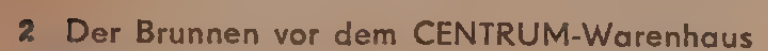
Die Auswahl der Läden ist zum Teil fragwürdig. Die Läden, die selten besucht werden, wie zum Beispiel Optik- oder Jagdwaffenläden bedürfen keiner so zentralen Lage und solch riesiger Schaufensterflächen. Mitunter ließe sich in einem der jetzt vorhandenen Läden gut ein zweiter unterbringen. Die Klimatechnik schuf die Voraussetzung, die Läden bis in eine größere Tiefe hinein zu nutzen, um somit die Fassadenlänge zu kürzen. Denken Sie bitte an die Kröpeliner Straße in Rostock, wo ein Geschäft neben dem anderen steht und keines mehr Fassadenlänge als Raumtiefe besitzt und das ohne Klimatechnik. Daß ein Bedarf an kleinen Läden vorhanden ist, dafür zeugen die zeitweilig an mehreren Ecken des Alexanderplatzes aufgestellten Kioske. Eine Variabilität solcher Kioske wäre erstrebenswert, damit nicht, wenn der Moskauer Zirkus kommt, ein Zirkuswagen vor den S-Bahnhof gestellt werden muß.

Nun zu einem Problem, das wir in unserem Brief vor vier Jahren ansprachen: das Gefühl der Geborgenheit. Alle Läden sind so angeordnet, daß sich ihnen gegenüber stets eine Freifläche befindet: dem Haus der Elektrotechnik und dem des Reisens die Karl-Marx-Alle, der Markthalle, dem Porzellanladen, dem Haus der polnischen und ungarischen Kultur der Fernsehturm, der Rathauspassage ebenfalls der Fernsehturm. Dadurch sind diese Bereiche ungeschützt gegenüber manchen Witterungseinflüssen. Ein geschütztes Entlangflanieren wie zum Beispiel in der Prager Straße in Dresden ist hier nicht möglich. Von überall her bläst der Wind. Der einzige Bereich, der eine Intimität besitzt, ist der Platz um den Springbrunnen vor dem Warenhaus. Obwohl im Berolinahaus keine anziehenden Läden vorhanden sind, verweilen viele dort gern, weil die mehrseitige Umbauung des Platzes eine Geborgenheit ausstrahlt. Deshalb erinnere ich an unsere frühere Anregung aus dem Jahr 1969, die gegenüberliegenden Seiten der Rathaus- und der Liebknechtstraße ebenfalls zu bebauen. Dadurch könnte man den Abriß des Altbaues an der Liebknechtstraße unmittelbar am Bahnhof Alexanderplatz umgehen, indem die Fluchtlinie in Richtung Spandauer Straße fortgesetzt wird. Es müssen nicht so hohe Gebäude sein wie die gegenüberliegenden, um die Größenordnung der Fernsehturmumbauung nicht zu verletzen.

Das sind einige Fragen, die unseres Erachtens diskussionswürdig sind. Vielleicht werden Fachkollegen und Architekten durch diese Gedanken zu einem Diskussionsbeitrag provoziert, aus dem sich ein fruchtbringender Meinungsaustausch entwickeln könnte?!



1 Blick auf die Fernsehturmumbauung



2 Der Brunnen vor dem CENTRUM-Warenhaus



Was z. B. die Funktion mancher Läden betrifft, so wäre hier sicher das eine oder andere überlegenswert. Der Nutzen der Freiflächen dürfte jedoch von vielen anders gewertet werden. Im Gegensatz zum Autoren dieses Beitrages wären wir der Meinung, daß die Anziehungskraft, die die Freiflächen um den Fernsehturm ausüben – man denke an die X. Weltfestspiele –, das städtebauliche Konzept bestätigt hat. Red.








Kritik nach Maß

Dr. Karl-Ludwig Harth, Potsdam-Babelsberg

Die Entwicklung des einzelnen und seines Kollektivs wird gefördert, hält man ihm von Zeit zu Zeit einen Spiegel seiner Leistungen vor. Kritik nennt man das. Es ist ein gesellschaftlich bedeutungsvoller Vorgang, ohne den eine Höherentwicklung viel weniger gezielt, weniger effektiv verlaufen würde. Wir alle kritisieren und werden kritisiert. Nichts dagegen.

Nur eine Kleinigkeit – auch Kritisieren will gekonnt sein. Es gibt gewisse Spielregeln. Oder wollen wir es mit denen halten, die unter kritisieren soviel wie tadeln verstehen? Muß der Kritisierte (danach) „die Ohren hängen lassen"? Die sowjetische Wissenschaft lehrt uns, wie man Menschen entwickelt: durch Lob und Tadel. Und – in dieser Reihenfolge, bitte! Das ist der erste Grundsatz jeder fundierten Kritik, wenn sie ihr Ziel erreichen will: Menschen zu entwikkeln, Leistungen verbessern zu helfen. Beginnen wir jede Kritik mit dem Gelungenen, dem Lobenswerten. Dadurch vermeiden wir, daß der Kritisierte in eine Abwehrstellung gezwungen wird. Denn wenn sein Selbstbewußtsein in Frage gestellt wird, muß er zwangsläufig abwehrend reagieren: Er verschließt sich der Kritik, er versucht abzulenken oder unsachliche Motive zu unterstellen. Eine Erwähnung seiner bisherigen Verdienste dagegen läßt ein vernünftiges Gespräch aufkommen. Man setzt sich zueinander und schlägt, wenn das angeht, einen lockeren Ton an. Der andere öffnet sich uns, weil er merkt, wir meinen es nicht schlecht mit ihm: Wir beweisen unseren Blick für seine Leistungen. Und in diese Bereitschaft, sich uns aufzuschließen, träufeln wir nun ein, zwei Wermutstropfen. Wir sagen ihm, was uns nicht gefällt.

Also nicht alle Mängel und Fehler in gnadenloser Vollständigkeit wie einen Hagelschlag niederprasseln lassen, nur das nicht! Wir müssen klug auswählen, um die ein, zwei „Hauptkettenglieder" zu finden, die zu diesem Zeitpunkt einer Weiterentwicklung im Wege sind. Natürlich kann man auch ein wenig mehr sagen. Das hängt vom Entwicklungsstand seines Bewußtseins ab. Dennoch ist es klüger, hier von sich auf andere zu schließen. Zeigen wir denn immer, wenn wir betroffen oder gar – getroffen sind? Und wir wissen aus eigener Erfahrung, wie unnötige Härte zunächst hemmt. Wir wurden unsicher, unsere Leistungen wurden womöglich noch schlechter. Wir brauchten eine Menge Energie, um neuen Arbeitsmut zu finden. Wir machen das also klüger. Der zweite Grundsatz heißt: Jede fundierte Kritik ist konkret. Nur keine vagen Anspielungen! Das ist eine ganz verkehrte Auffassung von Takt. Was soll der andere mit Sätzen wie: „Im allgemeinen sind Sie ein zuverlässiger Mitarbeiter; aber manchmal ist auf Sie überhaupt kein Verlaß." Solche delphischen Orakelsprüche stiften Verwirrung, statt Klarheit zu bringen.

Mehr noch – wenn irgend möglich, sollte die Kritik auch bewiesen werden; sei es, daß man fehlerhafte Produkte zeigt und erläutert, sei es, daß in anderer Weise die mindere Qualität einer Leistung demonstriert wird. Und ihre Folgen. Natürlich verlangt das vom Kritiker Vorbereitung, Sachkenntnis, Menschenkenntnis, Verantwortung – mit einem Wort: sozialistischen Leitungsstil.

Dritter Grundsatz: Nun hat der Kritisierte das Wort. Es ist ein wichtiger Abschnitt in diesem Entwicklungsprozeß. Wie nimmt er das Gesagte auf? Hat er den Sinn des Gesprächs verstanden, oder muß ich doch noch ein wenig deutlicher werden? Gibt er auf, demonstriert Zerknirschung? (Dann habe ich das Gefühl, daß er den leichtesten Weg gehen will – und bald darauf weiterwurstelt wie bisher.) Da ist mir schon der lieber, der meine Kritik nicht einfach hinnimmt. Zwar kostet er mich mehr Zeit. Aber er zeigt doch, daß er den Vorgang ernst nimmt. Und wenn seine Erwiderungen sogar sachlich sind, dann sind wir auf dem besten Wege. Auf jeden Fall höre ich aufmerksam zu, damit ihm, aus meiner Unkenntnis der feineren Zusammenhänge, kein Unrecht geschieht.

Beherrschen wir diese drei Regeln, dann haben wir begriffen, daß kritisieren nicht soviel wie tadeln heißt (und Hemmungen hervorrufen muß); wir wissen, es bedeutet soviel wie einschätzen und messen (und damit helfen).

Wen geht das an? Nun, jeden einzelnen natürlich. Es ist die sozialistische Form der Leistungseinschätzung, gleich, ob wir mit unserem Urlaubsvertreter „ein ernstes Wörtchen zu reden haben" oder mit einem Lehrling oder, unterwegs, mit einer Verkäuferin ins reine kommen wollen. Prof. S. aus Dresden hörte sich das an und fand es richtig. Aber nicht für seinen Bereich. „Ich habe 200 Mitarbeiter. Woher soll ich die Zeit nehmen, mit jedem so ausführlich zu sprechen? Ich lasse die Berichte ‚durchrauschen', und wenn es bei mir ‚klick' macht, dann war etwas fehlerhaft. Ausschließlich darauf gehe ich ein." Natürlich, wer zahlreiche Mitarbeiter hat, kann nicht für jeden die notwendige Zeit aufbringen. Aber Prof. S. hat doch Abteilungsleiter, fünf; an sie delegiert er die Verantwortung für die Einschätzung und Entwicklung der Meister; die sind für die Brigadiere zuständig – und diese für die Mitglieder ihres Kollektivs. Das leuchtete Prof. S. denn auch ein.

Und anders geht es ja auch gar nicht. Wie wollen wir das sozialistische Humanitätsideal verwirklichen, wenn wir „keine Zeit" für unsere Mitarbeiter haben? Wie wollen wir die Pläne erfüllen, wenn wir durch stümperhafte Kritiken den Arbeitselan bremsen, das schöpferische Arbeitsverhalten unterbinden? So eng hängen diese Faktoren zusammen. Mir scheint, die Qualität eines Leiters läßt sich nicht zuletzt an seiner Meisterschaft in der Menschenführung durch Kritik messen.

Weniger hochgestochen gesagt: Versuch's mal untereinander, in der Brigade, in der Ehe! Ihr werdet staunen, was man erreicht, wenn die Regeln beachtet werden. Und erstaunlich ist auch, wie wir selbst an Optimismus gewinnen, wenn wir uns dazu erziehen, auch und vor allem die guten Seiten an anderen zu entdecken.

Der Philosoph Kant meinte, die Kritik der reinen Vernunft gefunden zu haben. Gebrauchen wir die Vernunft der reinen Kritik.

Vielleicht sagen nun Kritiker, daß dies sehr allgemein sei. Wir meinten, daß diese Gedanken auch für den Umgang mit Architekten, in Projektierungskollektiven und bei der Architekturkritik nützlich sein könnten. Red.

1 bis 6
Erste Variation einer Strategie der Kritik

7a bis 9b
Zweite Variation einer Strategie der Kritik

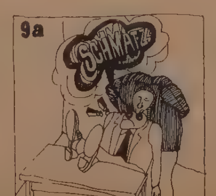
Vignetten: Rüdiger Reinel

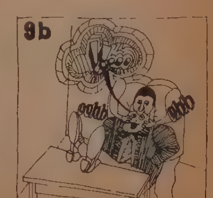












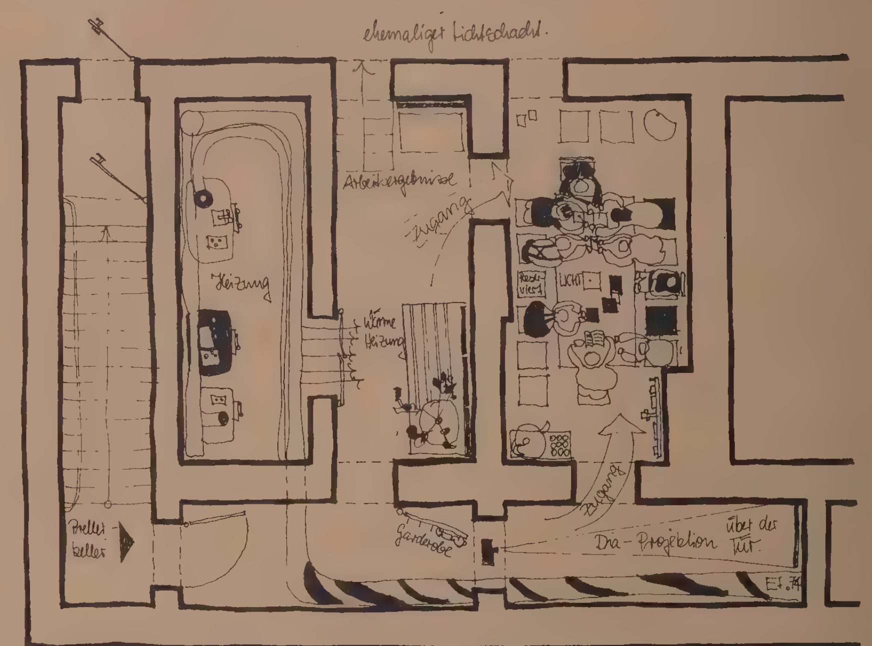




1

Lehre und Praxis **Studentenseiten der HAB Weimar**

Prellerkeller – Weimar – Treffpunkt donnerstags



2

WER

Wir treffen uns meist donnerstags. Bei uns versammelt sich der Stamm der BdA-Studentengruppe sowie alle Interessenten, die zu jeder Veranstaltung herzlich eingeladen sind.

WO

Treffpunkt war irgendein freier Seminarraum. Wir wanderten ständig durch das Hauptgebäude der Hochschule. Diese Situation veranlaßte uns dazu, uns nach einer eigenen Räumlichkeit umzusehen, damit die Studentengruppe nicht nur organisatorisch gut arbeitet, sondern auch in einem eigenen, durch die Studenten gestalteten Raum ihr Domizil hat.

Im „Prellerkeller", hinter dem Hauptgebäude der Hochschule, sichteten wir im Keller eine Rumpelkammer, die zweimal jährlich überschwemmt war.

Da die Initiative groß war, wurde der Ausbau beschlossen.

WANN

Das Prellerhaus hat Tradition.
Es wurde gebaut, um die Arbeitsmöglichkeiten an der Kunstschule Weimar um 1870 zu verbessern.
Der Maler Louis Preller, ein Schüler des Weimarer Romantikers Friedrich Preller, ließ 1870 hinter der Kunstschule ein Atelierhaus bauen, das die Schule 1871 übernahm.

Das Prellerhaus spielte auch eine wichtige Rolle im Leben des Weimarer Bauhauses (1919 bis 1925). Hier hatten 23 bewährte Studierende Unterkünfte und Ateliers. Nach dem Krieg wurden in der gegründeten Hochschule verschiedene Lehrstühle und Verwaltungsinstitutionen hier untergebracht. Zur Zeit hat die Arbeitsgruppe Wohn- und Gesellschaftsbauten im Prellerhaus ihre Arbeitsräume. Nicht zuletzt die Tatsache, daß Prof. Stahr, als Bezirksvorsitzender des BdA/DDR Erfurt die Einrichtung eines eigenen Bereiches der BdA-Studentengruppe durch seine Person förderte, war ein günstiger Start, die Räume im Keller für uns auszubauen.

WAS

Was tun wir eigentlich in unserem Keller? Erst durch „ihn" war eine kontinuierliche Arbeit unserer Studentengruppe möglich. Wir pflegen Kontakte zu Praxisvertretern, die wir im Prellerkeller begrüßen.

Wir führen Diskussionen und Werkstattgespräche über Probleme, die uns gegenseitig weiterbringen.

Natürlich nützen wir unsere Räumlichkeiten auch, um die Ergebnisse unserer Arbeit hier auszustellen und darüber zu diskutieren. Die Diskussionen in den von uns selbst ausgestalteten Räumlichkeiten fördern auch den inneren Zusammenhalt der Studentengruppe.

Feiern und Feten zu festlichen und anderen Anlässen werden seitdem in den Prellerkeller verlegt.

Bemerkenswert ist, daß sich bereits viele Nachnutzer für unsere Räume gefunden haben.

Tagungen der FDJ und anderer gesellschaftlicher Organisationen werden im Prellerkeller abgehalten. Et

Übrigens:

... treffen sich Architekturstudenten aus Weimar, Dresden und Berlin-Weißensee regelmäßig zum Meinungsaustausch. Dabei diskutieren wir über Inhalt und Gestaltung unserer Studentenseite, vergleichen die fachliche Ausbildung und besprechen Fragen der FDJ- und Klubarbeit.

Wann treffen sich Studenten **und Lehrende** der 3 Hochschulen zum gemeinsamen Gespräch über diese Probleme?

... ist aus Anlaß des 25. Jahrestages der DDR an der HAB Weimar ein internationales Studentenseminar der Architekturhochschule der sozialistischen Länder geplant.

... schlagen wir mehr Gastvorlesungen von Praxisvertretern im regulären Unterrichtsbetrieb der HAB vor.

... wünscht sich die BdA/DDR-Studentengruppe mehr „praktische" Praxisbeziehungen.



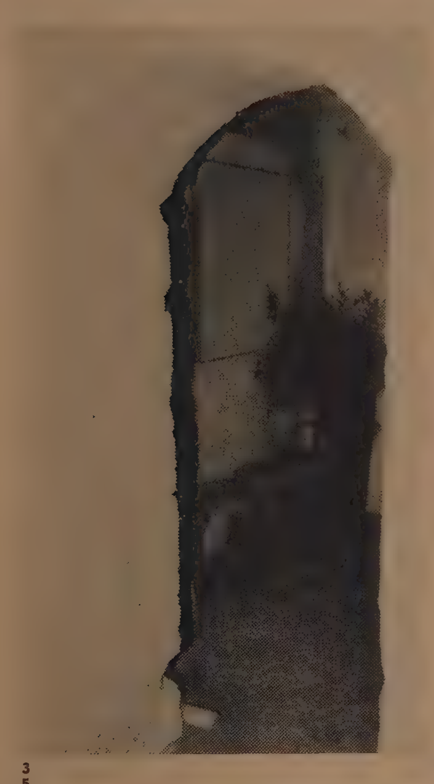


1
Schnitt durch den Preller-keller in Weimar

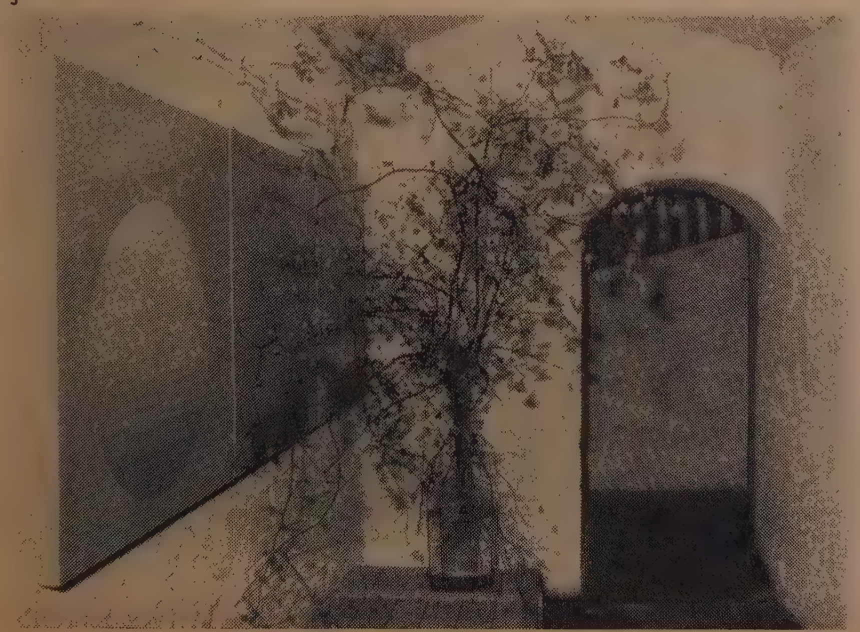
■
Grundriß
des Prellerkellers

3 4
Innengestaltung des Kellers

■
Zugang zum Keller







3
5

4

Eigentlich geht es um Aude Koch

In unserer Gesellschaft stehen Aufgaben und Probleme, wobei zu differenzieren ist zwischen konkreten, abrechenbaren und anderen, nicht exakt formulierten. Erstere werden erarbeitet, genau gestellt, aufgegeben, und ihre Lösung bringt neben dem gesellschaftlichen Nutzen den einzelnen ein Stück weiter auf dem „Weg des Erfolgs." Die zweite Art der Aufgaben zu erkennen, ist persönlicher Initiative zu überlassen. Konkret: Für die Mitarbeiter einer Hochschule steht die Aufgabe, den Studenten in vielseitiger Ausbildung zu einer fachlich qualifizierten, sozialistischen Persönlichkeit zu erziehen. Ist der Prozeß der Wissensvermittlung kontrollierbar und direkt meßbar, so gilt es zu erkennen, inwieweit sich Leistungsfähigkeit über den nicht losgelöst abrechenbaren Stand der Persönlichkeitsentwicklung realisiert. Für Schüler und Lehrer gilt als Grundgedanke ihrer Arbeit die Erkenntnis, daß ein entsprechendes Niveau der Persönlichkeit Leistungsvoraussetzung ist. Wenige sind sich im klaren über die gravierende Rolle der wechselseitigen Beziehungen zwischen Erzieher und einem noch leicht formbaren jungen Menschen, dessen Individualität noch nicht im entscheidenden Maße ausgeprägt ist. Das Nichterkennen dieses Umstandes als Ursache für Erfolg oder nichterbrachte Leistung führt zu einer Vernachlässigung bis hin zu destruktiven Tendenzen beim Vorgang der Wissensvermittlung in seinen verschiedensten Formen.

Die Basis einer gesunden Entwicklung ist der zwischenmenschliche Kontakt, Einfühlungsvermögen des Erziehenden und das Verständnis für persönliche Probleme, die den Schüler, trotz vorhandener Bereitschaft, in seinem Leistungsvermögen entscheidend hemmen. Die Beseitigung solch störender und aufhaltender Momente fordert oft einen großen physischen und psychischen Einsatz des Betreuenden.

Es geht hier eigentlich um eine Person: Dipl.-Ing. A. Koch, wissenschaftlicher Oberassistent der HAB Weimar, Sektion Architektur. Es wäre zu umfangreich, würde man die vielfältige Skala seiner wissenschaftlichen Tätigkeit aufschlüsseln und darlegen. Aber das interessiert uns in diesem Zusammenhang nur insofern, als diese Vielfältigkeit einen enormen Zeitaufwand mit sich bringt, und es verwundert, daß gerade dieser Mann — und in dieser Hinsicht kann man ihn als eine der wenigen Ausnahmen unserer Schule bezeichnen — sich mit erstaunlicher Selbstverständlichkeit und Kontinuität für die praktische Realisierung der erläuterten theoretischen Erfordernisse einsetzt. Die fundamentale Bedeutung der Persönlichkeitsentwicklung ist dabei Handlungsgrundlage seiner erzieherischen Tätigkeit, das Offenhalten gegenüber Problemen noch nicht voll ausgereifter Menschen und das ständige Selbstmitentwickeln. Manche reden und reden, andere widerum wandeln ständig auf Strukturlinien. Auch Koch vergißt dabei seine Studenten nicht. Der Erfolg seiner Arbeit ist sichtbar. Seine Seminargruppe wird zur Auszeichnung mit dem Titel „Sozialistisches Studentenkollektiv" vorgeschlagen.

Aude Koch — ein Vorbild nicht nur für Studenten ... Burh

Die Studentenseiten wurden von Jürgen Wendt, Bernd Ettel, Lutz Mühlmann und Jochen Burhenne gestaltet.



INFORMATIONEN

Bund der Architekten der DDR

Wir gratulieren unseren Mitgliedern

Architekt Dipl.-Ing. Ulrich Balke, Jena, 3. Juli 1919, zum 55. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Karl Müller, Karl-Marx-Stadt, 3. Juli 1914, zum 60. Geburtstag

Architekt Oberingenieur Günter Fischer, Erfurt, 4. Juli 1924, zum 50. Geburtstag

Architekt Bauingenieur Hans Neubert, Leipzig, 7. Juli 1924, zum 50. Geburtstag

Architekt Prof. Dr.-Ing. Hermann Rühle, Dresden, 14. Juli 1924, zum 50. Geburtstag

Architekt Gerhard Zilling, Berlin, 15. Juli 1909, zum 65. Geburtstag

Architekt Karl-Friedrich Schneider, Weimar, 20. Juli 1924, zum 50. Geburtstag

Architekt Baumeister Bruno Schramm, Dresden, 23. Juli 1914, zum 60. Geburtstag

Dipl.-Arch. Heinz Bärhold, Berlin, 24. Juli 1909, zum 65. Geburtstag

Architekt Walter Kocker, Jena, 24. Juli 1899, zum 75. Geburtstag

Architekt Dr.-Ing. Franz Latus, Berlin, 24. Juli 1924, zum 50. Geburtstag

Architekt Baumeister Rudolf Garsuch, Leipzig, 28. Juli 1924, zum 50. Geburtstag

Seminar zum Wohnungsbau auf dem Lande

Veranstaltet von der Zentralen Fachgruppe „Ländliches Bauen" des Bundes der Architekten der DDR am 12. und 13. 3. 1974 in Neubrandenburg.

In den Städten und Dörfern unserer Republik hat sich eine große Initiative der Bürger zur weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen entwickelt, die durch die Ausschüsse der Nationalen Front und die örtlichen Volksvertretungen gelenkt und aufmerksam verfolgt wird. Es war die Aufgabe des Seminars zu diskutieren, wie im Rahmen des „Mach mit!"-Wettbewerbes die Architekten mitwirken können, um vor allem Einfluß auf eine schönere Wohnumwelt besonders in kleineren Siedlungen, einschließlich der Dörfer, zu nehmen. In diesen Siedlungen (bis zu 2000 Einwohnern) leben rund 25 Prozent der Einwohner unserer Republik und in Dörfern bis zu 1000 Einwohnern, sind es immerhin noch etwa 16 Prozent. Allein diese Zahlen zeigen die Aktualität des Seminars. Seine Bedeutung wurde auch noch unterstrichen durch eine staatliche Regelung über die Entwicklung des Wohnungsbaues für Genossenschaftsbauern und Landarbeiter durch landwirtschaftliche Baukapazitäten, die dort gleichzeitig ausgewertet werden konnte. Im einzelnen befaßte sich das Seminar mit

- der Verbesserung der Wohnverhältnisse in ländlichen Siedlungen durch Neubau, Modernisierung sowie Um- und Ausbau
- Problemen der Standortplanung und der baulichen Weiterentwicklung der ländlichen Siedlungen
- der Unterstützung des Wettbewerbes „Schöner unsere Städte und Gemeinden – Mach mit!" und mit der
- größeren Einflußnahme der Architekten besonders im Hinblick auf die Gestaltung der Um- und Ausbaumaßnahmen, die im Rahmen des „Mach mit!"-Wettbewerbes zur Ausführung kommen.

Das Seminar, das der Vizepräsident des Bundes der Architekten, Dr. rer. oec. Krenz, eröffnete, wurde durch zwei Beiträge, die die anstehenden Aufgaben aus der Sicht der staatlichen Leitung und der volkswirtschaftlichen Aufgabenstellung her darlegten, eingeleitet.

Bauingenieur Egon Lenk vom Ministerium für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft erläuterte die oben erwähnte Regelung über die Wohnungsbauentwicklung auf dem Lande und legte dar, in welcher Richtung sich die Investitionstätigkeit der Landwirtschaft, besonders in Durchsetzung des schrittweisen Überganges zu industriemäßigen Produktionsmethoden, entwickeln wird. Im folgenden Vortrag, der von Dr.-Ing. Niemke im Auftrage des Ministeriums für Bauwesen gehalten wurde, sind Probleme der Standortplanung für Wohnungsneu-, -um und -ausbau in Verbindung mit Dorfplanungsaufgaben erörtert und Anregungen für die Mitwirkung der Architekten im „Mach mit!"-Wettbewerb gegeben worden.

Die Erfahrungen, die im Gemeindeverband Heideck bei der Verbesserung der Wohnbedingungen der Bevölkerung gewonnen werden konnten, trug der Bürgermeister der Stadt Annaburg und Vorsitzende des Gemeindeverbandes Heideck, Korschat, vor. Seine Ausführungen ergänzte Dipl.-Ing. Picht vom Institut für Landwirtschaftliche Bauten der Bauakademie der DDR, indem er Beispiele von um- und ausgebauten sowie modernisierten Wohnungen an Hand von Lichtbildern vorführte. Spezielle Erfahrungen aus dem Bezirk Neubrandenburg wurden vom Kollegen Dipl.-Ing. Metelka von der BdA Bezirksgruppe Neubrandenburg vorgetragen.

Der zweite Tag der Veranstaltung war vorwiegend der Frage gewidmet, wie machen wir unsere Dörfer schöner? Dr.-Ing. Weinrich von der Bezirksgruppe des BdA Erfurt leitete dieses Thema an Hand eines Dia-Vortrages ein. Er konnte auf eine Reihe sehr ansprechender Beispiele von Modernisierungs- und Umbauten verweisen, die insbesondere durch die gute Zusammenarbeit zwischen den Architekten und den Räten der Gemeinden entstanden sind. Auch aus dem Lichtbildervortrag von Dr.-Ing. Köppe, BdA-Bezirksgruppe Dresden, wurde sichtbar, daß die Bürgerinitiative den Architekten fordert, daß von ihm schöpferische Leistungen, aber auch viel Verständnis für die örtlichen Bauprobleme, abverlangt werden, wenn im Endergebnis ein allseitig befriedigendes Ergebnis herauskommen soll.

Prof. Püschel, Bezirksgruppe Erfurt, wies in seinem Beitrag darauf hin, daß es aus kulturhistorischen Gründen notwendig ist, denkmalswerte Gebäude in dem „Mach mit!"-Wettbewerb einzubeziehen. Er trug eine Konzeption zur Errichtung eines Dorfmuseums vor. Über die Unterstützung der Architekten beim „Mach mit!"-Wettbewerb, insbesondere zur Verbesserung der Wohn- und Umweltbedingungen in ländlichen Gemeinden, sprach Kollege Anker, Leiter der Abteilung volkswirtschaftliche Masseninitiative beim Nationalrat der Nationalen Front.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß dieses Seminar nicht nur die Probleme des ländlichen Wohnungsbaues behandelte, sondern auch eine Vielzahl von Problemen angesprochen wurden, die durch den ländlichen Wohnungsbau ausgelöst wurden. Insbesondere betraf das die Weiterentwicklung der Dörfer, die Wasserversorgung, die Abwasserableitung und den Wegebau. Das Seminar hat deutlich gemacht, daß alle Fragen nur im Komplex zu lösen sind, ob es sich dabei um Wohnungsneubau, Um- und Ausbau sowie Modernisierung der Wohnungen, die gesellschaftlichen Bauten, um die ingenieurtechnische Erschließung oder um die Begrünung der Siedlungen handelt.

Aus dem Seminar wurde auch klar, daß trotz der gemeinsamen Zielsetzung, mit den zur Verfügung stehenden Kräften und Mitteln die Wohn- und Umweltbedingungen unserer Bürger zu verbessern, zwischen dem Norden und dem Süden unserer Republik verschiedenartige Lösungen und Formen nötig sind und kein starres Schema zur Anwendung kommen kann. Im Ergebnis des Seminars bildete sich auch die Einsicht heraus, daß die Architekten mehr als bisher den „Mach mit!"-Wettbewerb unterstützen müssen, damit die mit Initiative der Bevölkerung entstehenden Bauten zur wirklichen Verschönerung unserer Dörfer beitragen.

Es ist vorgesehen, die wichtigsten Beiträge des Seminars in einer Schriftenreihe des Nationalrates zu veröffentlichen.

Dr.-Ing. W. Niemke

Kammer der Technik

Das Wohnungsbauprogramm in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit verwirklichen

Aufruf des Fachverbandes Bauwesen der Kammer der Technik zur Unterstützung der Durchführung des auf der 10. Tagung des ZK der SED beschlossenen Wohnungsbauprogramms der DDR für die Jahre 1976 bis 1990 durch die Fachverbände (FV), Wissenschaftlich-technischen Gesellschaften (WTG)

und Bezirksverbände der sozialistischen Ingenieurorganisation KDT

Das auf der 10. Tagung des ZK der SED beratene Wohnungsbauprogramm der DDR für die Jahre 1976 bis 1990 ist das größte Investitionsprogramm der Arbeiter-und-Bauern-Macht der DDR. Es ist eine der bedeutendsten sozialpolitischen Aufgaben der vom VIII. Parteitag der SED beschlossenen Hauptaufgabe. Die Realisierung dieses Wohnungsbauprogramms erfordert einen hohen und stabilen Leistungsanstieg einer Schritt für Schritt zu schaffenden modernen Wohnungsbauindustrie der DDR. Die erforderliche Steigerung der Arbeitsproduktivität und Effektivität ist auf dem Wege der Intensivierung der Reproduktion, vor allem der sozialistischen Rationalisierung zu erreichen. Das setzt hohe Maßstäbe für die Leistungsentwicklung des Bauwesens sowie für die Zweige der Volkswirtschaft, die den wachsenden Bedarf des komplexen Wohnungsbaus an Material, Ausrüstung und Maschinen in hoher Qualität abzudecken haben. Somit muß es Verpflichtung jedes Fachverbandes, jeder WTG und jedes Bezirksverbandes unserer Ingenieurorganisation sein, mit konkreten KDT-typischen Beiträgen zu helfen, in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit das Wohnungsbauprogramm zu verwirklichen.

Dabei orientieren wir auf folgende Schwerpunkte:

1. Bessere Auslastung der Produktionsanlagen, Rationalisierung der Technologien und Verfahren, insbesondere durch die allgemeine Nutzung progressiver Erfahrungen der DDR, der UdSSR sowie den anderen sozialistischen Ländern, die schnelle Überleitung von Neuerer- und Rationalisierungsvorschlägen sowie Ergebnissen aus Forschung und Entwicklung, um die Versorgung des Wohnungsbaus mit Material, Ausrüstungselementen sowie kompletten Ausrüstungen der Zulieferindustrie stabil und bedarfsgerecht zu sichern.

2. Rasche Anwendung neuer wissenschaftlich-technischer Erkenntnisse, besonders zur Erhöhung der Qualität und des Komplettierungsgrades der Elemente und Bauteile in den Vorfertigungswerken, um den Anteil der Baustellenarbeiten weiter zu senken und eine größere Steigerung der Arbeitsproduktivität und effektivere Ergebnisse in der Volkswirtschaft zu erreichen.

3. Verstärkte Anwendung von materialsparenden Konstruktionen und Materialsubstitutionen sowie von Materialverbrauchsnormen, um das Bauen mit hoher Materialökonomie und Qualität durchzusetzen.

Vom FV Bauwesen werden in der Anlage Probleme genannt, die sich aus der Durchführung des Wohnungsbauprogramms der DDR ergeben. Hieraus können Aufgaben abgeleitet werden, die mit KDT-typischen Mitteln und Möglichkeiten lösbar sind und deren Ergebnisse einen abrechenbaren Beitrag zur Erfüllung des Wohnungsbauprogramms darstellen.

Die Teilnehmer der Jahreskonferenz des FV Bauwesen rufen auf, daß die Fachverbände Chemische Technik, Maschinenbau, Elektrotechnik, Silikattechnik, Fahrzeugbau und Verkehr, Wasser, Holz, Papier-Polygraphie, die WTG Energie, die Montanwissenschaftliche Gesellschaft, die Gesellschaft für Standardisierung, die Gesellschaft für Photogrammetrie, Vermessungswesen und Geodäsie, die Zentralen Arbeitsgemeinschaften WAO und Transportoptimierung sowie die Bezirksverbände mit ihren Bezirksfachsektionen bis März 1974 die in der Anlage vorgeschlagenen oder andere Probleme des komplexen Wohnungsbaus mit ihren Kollektiven beraten und sich zur komplexen Zusammenarbeit verpflichten. Prinzip sollte sein, daß die Arbeitsgremien der vorgenannten Verbände, WTG und Zentralen Arbeitsgemeinschaften der KDT jährlich mindestens eine Aufgabe unter Angabe des angestrebten Ergebnisses und Termines übernehmen.

Der Vorstand des FV Bauwesen der KDT sieht seine besondere Aufgabe darin, solche Voraussetzungen und Bedingungen zu schaffen, daß sich eine enge kameradschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Arbeitsgremien des FV Bauwesen und den anderen Verbänden zentraler Arbeitsgemeinschaften sowie wissenschaftlich-technischen Gesellschaften entwickelt.

Wir versichern dem Präsidium der KDT, daß sich die KDT-Kollektive des Bauwesens ihrer großen Verantwortung bewußt sind und unter Führung der Partei der Arbeiterklasse der DDR ihre ganze Kraft zur Verwirklichung sowohl des Wohnungsbauprogramms als auch der anderen Bauaufgaben zur weiteren Stärkung der DDR einsetzen werden.

Fachverband Bauwesen
Prof. Dr.-Ing. H. Elze
Vorsitzender

MMM Wanderpreis des Fachverbandes Bauwesen der KDT 1973 an die BS Halle des MLK

Die Angehörigen der BS vom Werk Halle des VEB Metalleichtbaukombinat haben in der Vergangenheit richtige Schlußfolgerungen aus den für unsere sozialistische Ingenieurorganisation beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft erwachsenen Aufgaben gezogen.

Ausgehend von den Planaufgaben des Werkes hat die BS entscheidenden Einfluß auf die planmäßige und kontinuierliche Führung der Bewegung MMM als politische Massenbewegung der Jugend genommen. In enger Zusammenarbeit insbesondere mit den Leitungen der FDJ, Gewerkschaft und DSF des Werkes sowie der Werkleitung wurde eine langfristige konzeptionelle Arbeit entwickelt und somit konsequent die Wahrnehmung der Verantwortung der KDT für die Forderung und Förderung der Bauarbeiterjugend im Verantwortungsbereich der BS der KDT gewährleistet. Das findet seinen Ausdruck u. a. darin, daß die Einflußnahme der BS bei der Leitung und Planung der Bewegung MMM beginnt und erst mit der Einführung der Ergebnisse, d. h. mit Sicherstellung der Nutzung und Nachnutzung abschließt. Dazu gehören auch Patenschaften, Konsultationen sowie Zwischen- und Abschlußverteidigungen.

Bei der Auswahl und Übertragung der Aufgaben aus den Plandokumenten an die Jugend werden

erstens Aufgaben vorgeschlagen, die anspruchsvolle Forderungen an die Bauarbeiterjugend stellen und

zweitens Voraussetzungen für eine enge sozialistische Gemeinschaftsarbeit zwischen Lehrlingen, jungen Facharbeitern, Studenten sowie Hoch- und Fachschulkadern bieten.

Mit den jugendlichen Neuerern wurden und werden in Übereinstimmung mit den staatlichen Leitern sowie den Leitungen der FDJ und Gewerkschaft Förderungsverträge zu ihrer politischen und fachlichen Qualifizierung und über ihren Einsatz entsprechend ihren Kenntnissen und Fähigkeiten abgeschlossen. Mit dieser Arbeitsweise demonstrieren sie, wie die Kollektive unserer KDT BS in der Bewegung der MMM aktiv wirksam werden können.

Wir freuen uns, daß die KDT BS des Werkes Halle des VEB MLK Leipzig aus Anlaß der XVI. zentralen MMM 1973 den Wanderpreis des Vorstandes des Fachverbandes Bauwesen der Kammer der Technik für ihre zielstrebige Unterstützung und Förderung der Jugend in der Bewegung MMM erringen konnte.

Für die weitere Arbeit wünschen wir allen Angehörigen der BS des Werkes Halle viel Erfolg, Gesundheit, Schaffenskraft und persönliches Wohlergehen.

Bauingenieur Georg Bittniok

Ehrenurkunde des FV Bauwesen der KDT an die Betriebssektion BIB Schkopau des VEB BMK Chemie

Die Mitglieder der BS der KDT des BIB Schkopau haben in den vergangenen Jahren in vielfältiger Form Verantwortung für die Weiterentwicklung der Bewegung MMM und der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit übernommen, zu Initiativen angeregt und der Bauarbeiterjugend Unterstützung bei der Lösung übernommener Aufgaben gegeben. So hatte das Kollektiv der BS einen wesentlichen Anteil daran, daß der Betriebsjugend zur Weiterführung der Bewegung MMM 34 Aufgaben übertragen wurden, von denen bis zur Betriebs-MMM 1973 31 gelöst werden konnten, und zwar in einer solchen Qualität, daß zum Zeitpunkt der Betriebs-MMM bereits 80 Prozent betrieblich genutzt werden konnten.

Hervorzuheben ist auch, daß die BS seit nunmehr zehn Jahren erfolgreich die Arbeit des Klubs junger Techniker beeinflußt und damit einen wichtigen Beitrag zur kontinuierlichen Förderung der schöpferischen kollektiven Neuerertätigkeit der Bauarbeiterjugend leistet.

In Anerkennung dieser bisherigen Leistungen und Ergebnisse durch das Kollektiv der BS wurde Ihnen aus Anlaß der XVI. zentralen MMM 1973 die Ehrenurkunde des Vorstandes des Fachverbandes Bauwesen der Kammer der Technik verliehen.

Für die weitere Arbeit bei der Unterstützung und Förderung der Jugend des BIB Schkopau auf der Grundlage des neuen Jugendgesetzes der DDR wünschen wir allen Mitgliedern der BS der KDT viel Erfolg, Gesundheit, Schaffenskraft und persönliches Wohlergehen.

Bauingenieur Georg Bittniok

Bücher

Bach; Driefer; Groß

Gaststätten in historischen Bauten

VEB Verlag für Bauwesen, Berlin 1973,
1. Auflage, Ganzleinen mit Schutzumschlag, 199 Seiten, 272 Abbildungen, Format L 4, EVP: 40 M (Sonderpreis für die DDR)

Anliegen dieses repräsentativ gestalteten Bild-Text-Bandes ist es, auf die vielfältigen Möglichkeiten und Ideen hinzuweisen, wie wertvolle alte Räume und Gebäude einer sinnvollen Nutzung im Rahmen der ständig steigenden kulturellen Bedürfnisse unseren Werktätigen zugeführt werden können, welche breite Skala architektonischer Gestaltungsmöglichkeiten als beispielhaft für künftige ähnlich geartete Aufgaben es bereits gibt.

Als erstes muß man den Autoren und dem Verlag bescheinigen, daß es ihnen alles in allem gelungen ist, dieses Anliegen an Hand einer Fülle von Beispielen in der DDR und einiger – leider zu weniger – Objekte in Prag und Brno zu verdeutlichen.

Auch das gewählte Verhältnis zwischen Text- und Bildteil kann als dem Thema entsprechend angesehen werden. Sicherlich war es für die Autoren nicht ganz einfach, unter den vielen vorstellenswerten Objekten die typischen auszuwählen. Es ist jedoch schade, daß solche Objekte nur kurz erwähnt werden, wie zum Beispiel die „Veste Wachsenburg" und die einzige noch erhaltene und als Hotelgaststätte ausgebaute Burg der historischen „Drei Gleichen" sowie das Schloßhotel Reinhardsbrunn. Wenn auch zugestanden werden soll, daß Vollständigkeit nicht Ziel dieser Publikation sein kann, ist es doch bedauerlich, daß so „fotogene" Objekte außer Betracht blieben.

Die sehr detaillierte Vorstellung der ausgewählten Objekte gibt dem Leser eine Fülle von Informationen über Geschichte, Schicksal und gegenwärtige Funktion der Bauwerke, zumal eine übersichtliche graphische Gestaltung und saubere polygraphische Arbeit die Lesbarkeit der flüssig geschriebenen Texte erhöhen. Man wünschte sich jedoch neben dem „Beschreiben" der Objekte auch eine Einschätzung aufgrund ihrer Bewährung oder Nichtbewährung für die vorgegebene Funktion, Kapazität usw., also ein Stückchen Architekturkritik, was vom Zeitfaktor her eigentlich möglich gewesen sein müßte.

Ein weiterer Wunsch für eine sicher bald erforderliche zweite Auflage wäre das Austauschen einiger Abbildungen, besonders im Farbteil.

Schließlich sollte überlegt werden, ob der Band nicht durch ein Personen- und Sachregister an Fundiertheit gewinnen würde. Alle diese Bemerkungen zielen auf eine weitere Verbesserung dieses repräsentativen, lesenswerten Buches, das für die angesprochenen Leser – Fachleute wie Laien – eine qualifizierte Anleitung zur „Entdeckung" dieser Bauten gibt und zudem den Vorzug hat, gut lesbar zu sein.

gen

Technik-Wörterbuch Bauwesen
Russisch-Deutsch

1. Auflage 1973, VEB Verlag Technik Berlin
von Walter Sturm unter Mitarbeit von Richard K. Stopel

Der VEB Verlag Technik Berlin ist bereits bekannt für die Herausgabe der Technik-Wörterbücher, deren Palette von Jahr zu Jahr größer wird. Diesesmal präsentiert der Verlag ein Wörterbuch, das, äußerlich durch seine sachliche Form – grauer Kunstledereinband mit Schutzumschlag – sich in die Reihe der Technik-Wörterbücher einfügend, besonders das Interesse der Fachleute des Bauwesens hervorrufen wird. Mit dem vorliegenden Wörterbuch ist das umfassendste seiner Art in der Sprachrichtung Russisch-Deutsch erschienen, enthält es doch die ansehnliche Zahl von 41 000 Fachbegriffen aller Bereiche des konventionellen und modernen Bauwesens, die die beiden Autoren von der Technischen Universität Dresden und der Bauhochschule Leningrad auf der Grundlage umfangreicher russisch- und deutschsprachiger Fachveröffentlichungen ermittelt haben. So sind vertreten: Beton und Stahlbeton; natürliche und künstliche Baustoffe; Konstruktionen aller Art aus Beton, Stein, Holz, Glas, Plast und Metall; Hoch- und Tiefbau; Straßenbau; Brückenbau und Tunnelbau; Wasserbau; auch die Termini der Sanitärtechnik, der Planung und Projektierung, der Technologie sowie Mechanisierung und Automatisierung der Bauproduktion, des Städtebaus wurden aufgenommen.

Wenn man berücksichtigt, daß bisher zwar Wörterbücher vorliegen, die Teilbereiche des Bauwesens erfassen, wie auch das im gleichen Verlag erschienene Wörterbuch Beton-Stahlbeton oder das Polytechnische Wörterbuch, in dem der Bereich Bauwesen als eine von vielen technischen Disziplinen längst nicht in solchem Umfange vertreten ist, so kann man die Bedeutung erkennen, die unter dem Blickwinkel, der auch im Bauwesen sich ständig vertiefenden Zusammenarbeit mit der UdSSR dem Erscheinen des ersten den Bereich Bauwesen in umfassender Weise repräsentierenden Russisch-Deutsch-Wörterbuches beizumessen ist.

Siegfried Leutzsch

Autorenkollektiv
Betriebseinrichtung
Wissensspeicher Projektierung

Band 1, 2., stark überarbeitete Auflage
VEB Verlag Technik, Berlin 1973
420 Seiten, EVP 70 Mark

Das zweibändige Nachschlagewerk, dessen zweiter Band jetzt in stark überarbeiteter Form vorliegt, wurde von einem Autorenkollektiv verfaßt und von Dr.-Ing. habil. Gert Kossatz beim VEB Verlag Technik herausgegeben.

Unter dem Begriff „Betriebseinrichtung", worunter die Verfasser die „Wechselbeziehung zwischen Produktionstechnologie und ihren Hilfseinrichtungen" verstehen, ist ein umfassendes Nachschlagewerk für Betriebsingenieure, Technologen, Bauingenieure, Architekten, Planer, Ökonomen, Lehrkräfte und Studierende" auf dem Gebiet des Industriebaues entstanden, das dem Anspruch auf „komplexer Wissensspeicher" vollauf gerecht wird.

Aufgrund einer immer zunehmenderen „Spezialisierung des einzelnen auf einen eng begrenzten Aufgabenkreis", die einerseits zu einer die Entwicklung fördernden Vertiefung, andererseits aber zu einer die Entwicklung hindernden Unwissenheit des Spezialisten über Art und Bedeutung der Forderungen anderer Bereiche eines Betriebskomplexes führt, ist es das Ziel der Autoren, den Benutzer des Buches mit der Komplexität der Probleme bei der Planung, Projektierung und Rekonstruktion von Produktionsanlagen vertraut zu machen.

Den Autoren ist es gelungen, dem Industrieplaner damit ein Arbeitsmittel in die Hand zu geben, mit dessen Hilfe er in kürzester Zeit fachliche Information zu technischen und planerischen Lösungen erhält, zugleich aber auch über angrenzende und überlagernde Randprobleme, Gesetzesvorschriften und den Komplex der dazugehörigen Fachliteratur informiert wird.

Hervorzuheben ist, daß in Verbesserung der ersten Auflage neben der Überarbeitung und Neugliederung bestimmter Abschnitte wie „Umweltschutz", zusätzliche Abschnitte über das „Container-Transportsystem" und den „Zivilschutz" aufgenommen wurden.

Weiterhin zeichnet sie sich durch einen größeren Zeilenabstand bei Beibehaltung der Schriftenhöhe aus, womit eine wesentlich schnellere Erfaßbarkeit des Nachschlagstoffes gegeben ist. Die zweibändige Ausgabe ist in sieben Hauptabschnitte unterteilt, wobei im vorliegenden Band 1 die Hauptabschnitte „Standort", „Verkehr", und „Betriebsgestaltung/Betriebssicherheit" behandelt werden. Die Hauptabschnitte sind so aufgebaut, daß sie vom „Allgemeinen zum Speziellen" informieren. Die in den einzelnen Abschnitten behandelten Probleme sind ihrem Funktionscharakter nach geordnet, d. h. es wird ein komplexer Überblick hergestellt, „indem alle Möglichkeiten zur Lösung einer bestimmten Aufgabe gegenübergestellt sind".

Dem Charaktereines Nachschlagewerkes entsprechend, ist der Text stichwortartig zusammengefaßt, es wird mit viel Bildmaterial, Tabellen und Tafeln informiert.

Dem Buch sind Hinweise zu dessen Benutzung vorangestellt, am Schluß des Buches befindet sich ein Sachwörterverzeichnis. Begrüßenswert, daß die jeweils einschlägige Literatur am Ende eines jeden einzelnen Abschnittes aufgeführt ist.

Bei Neuauflagen wäre ein für beide Bände zusammengefaßtes Sachwortregister wünschenswert.

Abschließend wäre noch zu erwähnen, das vorliegende Buch ist aufgrund seines breiten Informationsangebotes nicht nur o. g. Interessentenkreis zu empfehlen, auch unseren Stadtplanern und Städtebauern ist es eine wertvolle Arbeitshilfe.

Gottfried Hein, Jochen Jentsch

Im VEB Verlag für Bauwesen erscheinen im Juni 1974:

Gemmel/Vogeé
Ökonomik für die Berufsbildung
Ergänzung Bauwesen – 5. Auflage

Hoyer
Handbuch für den Stahlbau
Bd. IV: Metalleichtbauten, Brücken
1. Auflage

Berbig
Methoden der Planung und Organisation der Bauproduktion
2. Auflage

Liebscher/Bloch/Simon
Handbuch für Baupreisbildung, Teil 2
5. Auflage

Scholz
Grundlagen der Montagebaukonstruktionen
3. Auflage

Matzke
VI IKM-Berichte
1. Auflage

Wolf und Kollektiv
Aufmaß und Berechnung von Beschichtungsarbeiten
Lehrbuch mit Aufgabensammlung
– Baukastenteil – 2. Auflage

Kurzfassung

DK 711 712.25 712.3/.6 721 725/727

Chemiearbeiterstadt Halle-Neustadt

Architektur der DDR, Berlin 23 (1974) 6, S. 325 bis 372, zahlreiche Pläne, Grundrisse und Abbildungen

Dieses Heft behandelt einen Komplex von Beiträgen über den Aufbau von Halle-Neustadt. Vor zehn Jahren, am 15. 7. 1964, wurde der Grundstein für den Aufbau von Halle-Neustadt, einer neuen Stadt für über 100 000 Menschen in der Nähe der Bezirksstadt Halle, gelegt. Der Aufbau von Halle-Neustadt hat das Ziel, vor allem die Lebensbedingungen für die Arbeiter der nahegelegenen Chemiekombinate Leuna und Buna zu verbessern (K. Baro, S. 325).

Seitdem ist die Stadt zu wesentlichen Teilen aufgebaut worden und hat gegenwärtig bereits rund 70 000 Einwohner. Dafür wurden unter anderem 20 958 Wohnungen, 17 Schulen, 29 Kindergärten, 30 Kinderkrippen, 5 Kaufhallen, 3 Ambulatorien, 2 Apotheken, Dienstleistungseinrichtungen sowie ein Bildungszentrum, Internate, ein Hauptpostamt, eine Großbäckerei, Großhandelslager und ein Kraftverkehrshof gebaut. Dadurch können zum Beispiel 62 Prozent der Kleinkinder und 84 Prozent der Vorschulkinder in Krippen und Kindergärten betreut werden (L. Lang, S. 327).

Wichtig ist, daß sich die neu hinzugezogenen Menschen relativ schnell an ihre neue Umgebung gewöhnt haben und viele am gesellschaftlichen Leben der Stadt aktiv teilnehmen (H.-J. Steinmann, S. 328).

Die Skala der Meinungsäußerungen über das bisherige Ergebnis des Aufbaus von Halle-Neustadt reicht von begeisterter Zustimmung bis zu schroffer Ablehnung. Positiv wird eingeschätzt, daß die Stadt schon heute, obwohl das Zentrum noch nicht fertiggestellt ist, alle wesentlichen Grundbedürfnisse ihrer Bewohner befriedigt. Es gibt keine bevorzugten oder benachteiligten Wohngebiete, keine Bereiche für „Privilegierte". Halle-Neustadt ist eine sozial homogene Stadt. Es ist keine „Städtebau-Utopie", sondern eine Stadt unserer Tage, die aber gesunde Wohnungen mit billigen Mieten, eine sehr gute gesellschaftliche Betreuung und Bildung der Kindern und viele Erleichterungen für die Frauen bietet. In mancher Hinsicht ist der Aufbau von Halle-Neustadt eine Generalprobe für das Wohnungsbauprogramm der DDR bis 1990 (K. H. Schlesier, S. 330).

Bis 1980 soll der Aufbau von Halle-Neustadt nach den Plänen einen Abschluß finden. Bereits 1978 soll die errechnete Einwohnerzahl von 110 000 Menschen erreicht werden. Dazu werden noch eine Reihe weiterer Wohngebiete in den kommenden Jahren gebaut (H. Zaglmaier, B. Czysch, S. 334).

Dabei werden auch die Erfahrungen ausgewertet, die von den Architekten beim bisherigen Aufbau der Stadt, z. B. bei der Zusammenarbeit zwischen städtebaulicher Planung und bautechnischer Projektierung, gesammelt werden konnten (G. Klein, S. 340).

Im einzelnen werden die Planungen für

- den Wohnkomplex IV, ein zentrumsnahes Wohngebiet mit 3530 Wohnungen (S. 342)
- das Wohngebiet Gimritzer Damm mit 4925 Wohnungen und einem Wohngebietszentrum (S. 344)
- der Wohnkomplex V mit 4584 Wohnungen (S. 348)
- und der Wohnkomplex VI mit 2773 Wohnungen (S. 350)

vorgestellt.

In den letzten Jahren begann auch der Aufbau des Stadtzentrums, in dem unter anderem Verwaltungsgebäude, Kaufhäuser, verschiedene gastronomische Einrichtungen, ein Haus der Dienste, eine zentrale Poliklinik und ein Zentrum für aktive Erholung ihren Stadtort haben werden. Ein Zentrumsbereich, das Bildungszentrum, ist bereits fertiggestellt (R. Deutloff, S. 354).

Große Aufmerksamkeit widmete man auch der Freiflächengestaltung für die Erholung (R. Schelenz, S. 362).

Zur Stadt gehört auch ein umfangreiches Versorgungsgebiet, dessen Aufbau einheitlich geplant und schrittweise realisiert wird (K.-H. Schauer, S. 365).

Eine Studie über die Bevölkerungsstruktur von Halle-Neustadt bestätigt, daß die sozialpolitische Zielsetzung, eine Stadt zu bauen, in der es keine soziale Segregation gibt, wo Arbeiter und Angehörige der Intelligenz harmonisch zusammenleben, erfüllt wurde (H. Schippling, S. 369).

Содержание

УДК 711 712.25 712.3/.6 721 725/727

Галле-Нойштадт — город химрабочих

Architektur der DDR, Берлин 23 (1974) 6, стр. 325—372, многочисленные планы, горизонтальные проекции и иллюстрации.

Настоящий номер журнала включает комплекс статей о строительстве города Лалле-Нойштадта. Десять лет тому назад, 15 июля 1964 г., состоялось заложение фундамента для строительства нового города на 100 000 людей в близости районного города Лалле. Строительство Лалле-Нойштадта прежде всего преследует цель улучшения условий жизни для рабочих близких химкомбинатов Лойна и Буна (K. Baro, стр. 325).

С того времени значительная часть города, который сегодня уже имеет 70 000 жителей, возведена. Построены, между прочим, 20 958 квартир, 17 школ, 29 детских садов, 30 ясел, 5 торговых центров, 3 амбулятории, 2 аптейки, устройства обслуживания, центр образования, общежития, главный почтамт, крупная булочная, склад оптовой торговли и двор автобусов. Сделали возможным, напр., разместить 62 % маленьких ребят и 84 % дошкольников по яслям и детских садам (L. Lang, стр. 327).

Важно отметить, что новые жители города относительно быстро привыкли к новой окружной среде и что многие из них активно участвуют в общественной жизни города (H.-J. Steinmann, стр. 328).

Скала мнений о полученных результатах строительства Галле-Нойштадта простирается от воодушевленного согласия до резкого отказа.
Оценивают положительно, что город уже теперь удовлетворяет все основные потребности жителей несмотря на то, что возведение центра еще не окончено.
Город не имеет предпочитаемых или неблагополученных районов, квартолов для «привилегированных» нет.
Лалле-Нойштадт — социально гомогенный город. Он не является «градостроительной утопией», а городом нашего времени, который предоставляет здоровые квартиры, дешевые квартирные платы, очень хорошее общественное обслуживание и воспитание детей как и целый ряд облегчений работы для женщин. В известном смысле Галле-Нойштадт представляет собой генеральное испытание программы жилищного строительства ГДР до 1990 г. (K. H. Schlesier, стр. 330).

По планам, строительство города Галле-Нойштадт должно быть окончено до 1980 г. Намечено достигать вычисленное число жителей 110 000 до 1978 г. Кроме того предусмотрено построить ряд дальнейших жилых районов в будущих годах (H. Zaglmaier, B. Czysch, стр. 334).

При этом намеревают целеустремленно использовать опыт, накопленный архитекторами при проведенном до сих пор строительстве — например, при координации градостроительного планирования и строительного проектирования (G. Klein, стр. 340).

В отдельности представляется планирование следующих объектов:

- Жилой комплекс IV в близости центра города, 3530 квартир (стр. 342)
- Жилой район Гимрицер Дамм, 4925 квартир и районный центр (стр. 344)
- Жилой комплекс V, 4584 квартиры (стр. 348), и
- Жилой комплекс VI, 2773 квартиры (стр. 350).

За последние годы начато тоже строительство центра города, включающего между прочим административные здания, торговые центры, различные гастрономические устройства, центральную поликлинику и центр активного отдыха. Строительство центра образования в этом районе уже закончено (R. Deutloff, стр. 354).

Большое внимание уделено оформлению свободной территории (R. Schelenz, стр. 362).

К городу принадлежит также обширное устройство обслуживания, строительство которого планируется по единым масштабам и реализуется постепенно (K.-H. Schauer, стр. 365).

Исследование структуры населения г. Галле-Нойштадта поддержало, что социально-политическая задача построения города без социально сегрегации была успешно решена. Рабочие и трудовая интеллигенция дружно живут вместе (H. Schippling, стр. 369).

Summary

DK 711 712.25 712.3/.6 721 725/727

Chemical Workers City Halle-Neustadt

Architektur der DDR, Berlin 23 (1974) No. 6, pp. 325–372, numerous layouts, floor plans, and other illustrations

This issue carries a collection of articles about the construction of Halle-Neustadt. The foundation stone had been laid symbolically on July 15th, 1964, that is a decade ago, with the intention to have a new city built in the vicinity of county capital Halle for a planned population of some 100,000. The principal idea behind the development of Halle-Neustadt is to provide better living conditions for the workers who are employed with the neighbouring chemical industries of Leuna and Buna (K. Baro, p. 325).

Substantial parts of the city have been completed in the meantime, and its population has reached the order of about 70,000. Completed construction includes 20,958 dwelling units, 17 school buildings, 29 kindergartens, 30 infant schools, five supermarkets, three medical outpatient centres, two pharmacies, numerous services of different kind, a what is called general education centre, boarding houses, a post office, a large industrial bakery unit, a wholesale warehouse, and a public transport motor pool. It is a genuine achievement that so far 62 per cent of all infants between one and three as well as 84 per cent of all pre-school children between three and six can be accommodated and looked after in infant schools and kindergartens (L. Lang, p. 327).

The inhabitants, naturally, are all newcomers to the place, but it took them little time to get accustomed to their new environment. Many of them have become actively involved in local government and public life in the widest sense (H.-J. Steinmann, p. 328).

So far many different views have been expressed on the construction of Halle-Neustadt, with assessments ranging from enthusiastic appreciation to harsh rejection. Those who have come forward with positive response have held that although the centre has not been completed yet the city does meet, already now, all essential demands of its inhabitants. There are no privileged nor handicapped housing areas, no quarters "off limits" to the majority and reserved for an "élite". Sociologically, Halle-Neustadt is a homogenous town. Far from being a product of "town planning Utopianism", it is a town of our days, but one with comfortable dwellings at low rates, first-class local services, bright education for all children, and many extra facilities to ease life for its working women. Halle-Neustadt, in many respects, can be considered the dress rehearsal for the GDR's housing programme from now to 1990 (H. H. Schlesier, p. 330).

According to the binding construction schedules, Halle-Neustadt is to be completed by 1980. The specified population limit of 110,000 is to be reached by 1978. Some more housing areas will have to be built for them in the forthcoming years (H. Zaglmaier, B. Czysch, p. 334).

In the course of these developments, more advantage will be taken of experience so far gained by the architects who have been involved in this urban development project, for example, experience relating to coordination between city design and building design (G. Klein, p. 340).

The following planning schemes are described in greater detail:

- Housing area IV, situated close to the centre, with 3,530 dwelling units (p. 342)
- Housing area Gimritzer Damm with 4,925 dwelling units and its own community centre (p. 344)
- Housing area V with 4,584 dwelling units (p. 348)
- Housing area VI with 2,773 dwelling units (p. 350).

Construction of the centre has been started more recently, that is site works for office buildings, department stores, restaurants of different types, a municipal centre for repair and maintenance services, a municipal outpatient department, and a what is called active-recreation centre. The education complex of the centre has already been completed (R. Deutloff, p. 354).

Adequate layout and good distribution of open spaces for recreation has been another subject to which planners, designers, and builders have given close attention (R. Schelenz, p. 362).

The city will include also a large and diversified supply area for all sorts of supplies. Its construction is based on a coherent plan and implemented by phased-out schedules (H.-H. Schauer, p. 365).

A study, conducted into the demographic setup of Halle-Neustadt, has confirmed that shop-floor and white-collar workers as well as intellectuals and all others are living together in this city and are enjoying it as a community in full harmony. There is no social segregation whatsoever. This indicates that the sociological goal linked with the project has been completely accomplished (H. Schippling, p. 369).

Résumé

DK 711 712.25 712.3/.6 721 725/727

Halle-Neustadt, ville des travailleurs dans l'industrie chimique

Architektur der DDR, Berlin 23 (1974) 6, page 325–372, plans multiples, plans horizontaux et figures

Nous vous soumettons dans ce journal un groupe de contributions relatives à la construction de Halle-Neustadt. Il y a dix ans, le 15 juillet 1964, la pierre de fondement de Halle-Neustadt fut posée, ville nouvelle prévue pour plus que 100 000 habitants à proximité de Halle, la capitale régionale. La construction de Halle-Neustadt poursuit l'objectif d'améliorer les conditions de vie, particulièrement des travailleurs dans les usines chimiques Leuna et Buna, qui se trouvent à proximité.
(K. Baro, p. 325)

Le plus grand nombre des quartiers de la ville furent achevés entretemps et la ville héberge à présent un nombre de 70 000 habitants environ. On a bâti pour eux entre autres 20 958 logements, 17 écoles, 27 jardins des enfants, 30 crèches, 5 centres d'achat, 3 dispensaires, 2 pharmacies, des centres de la prestation des services ainsi qu'un centre éducatif, des foyers, un bureau de poste central, une grande boulangerie, des superficies de stockage du commerce en gros ainsi qu'une cour des automobiles. 62 pourcent des bébés et 34 pourcent des enfants à l'âge préscolaire peuvent être admis aux crèches et jardins des enfants.
(L. Lang, p. 327)

Un autre aspect très important est le fait que les habitants nouveaux se sont habitués assez rapidement à leur environnement nouveau et beaucoup d'entre eux participent activement à la vie sociale dans la ville.
(H.-J. Steinmann, p. 328)

La gamme des commentaires relatifs au résultat présent du développement de Halle-Neustadt, s'étend de la confrontation enthousiaste jusqu'au refus complet. Le fait que déjà maintenant, quoique le centre-ville n'est pas encore achevé, la ville satisfait tous les besoins fondamentaux de ses habitants, est estimé positivement. Il n'y a pas des unités de voisinage avec des avantages ou des désavantages, pas de quartiers des «privilégiés». Halle-Neustadt est une ville homogène du point de vue social. On n'y recontre pas une «utopie urbanistique» mais plutôt une ville de nos jours, offrant des logements sains aux loyers bon-marchés, des services sociaux et possibilités d'enseignement des enfants à un niveau élevé ainsi que des facilités multiples pour les femmes. Le développement de Halle-Neustadt est, en quelque sorte, une répétition générale du programme de construction résidentielle en RDA jusqu'à 1990.
(K. H. Schlesier, p. 330)

Conformément aux plans, la construction de Halle-Neustadt devrait être achevée jusqu'à 1980. Il est prévue d'arriver, déjà en 1978, au nombre calculé de 110 000 habitants. Dans les années prochaines, un nombre d'autres unités de voisinage sera construit.
(H. Zaglmaier, B. Czysch, p. 334)

On s'efforce à tirer profit des expériences que les architectes ont fait lors de la construction de la ville jusqu'à présent, p.e. pour la coopération entre la planification urbanistique et l'étude du projet technique du bâtiment.
(G. Klein, p. 340)

Les contributions traitent les détails des planifications pour

- l'unité de voisinage IV, zone d'habitation proche au centre, avec 3530 logements (p. 342)
- l'unité de voisinage Gimritzer Damm avec 4925 logements et un centre de la zone résidentielle (p. 344)
- l'unité de voisinage V avec 4584 logements (p. 348)
- et l'unité de voisinage VI avec 2773 logements (p. 350)

La construction du centre-ville a commencé dans les dernières années, et entre des bâtiments d'administration, des grands magasins, différents restaurants et cafés, une maison des services, une policlinique centrale et un centre de la récréation active y seront prévus. Un secteur central, le centre éducatif, fut déjà achevé.
(R. Deutloff, p. 354)

La disposition des espaces libres pour les buts de la récréation a trouvé une attention toute particulière.
(R. Schelenz, p. 362)

La ville comprend de plus une région étendue d'approvisionnement, dont la construction est planifiée à une manière uniforme et sera réalisé graduellement.
(H.-H. Schauer, p. 365)

Une étude relative à la structure de la population de Halle-Neustadt a confirmé le fait que les objectifs socio-politiques – bâtir une ville où il n'y a pas de ségrégation sociale, où les travailleurs et les intellectuels vivent ensemble harmonieusement – furent satisfaits.
(H. Schippling, p. 369)

Beiträge zur Technologie der Projektierung

Heft 2:

Jänike/Wieders

Einführung in die Grundriß- und Mikrostandortoptimierung

3. Auflage, 152 Seiten, 64 Abb., 16 Tafeln, Broschur, 18,– M
Sonderpreis für die DDR 12,– M
Best.-Nr. 561 200 0

Inhalt: Automatisierte Projektierung; Grundlagen der Optimierung; Funktionelle Grundrißoptimierung; Bautechnische Grundrißoptimierung; Anwendbarkeit mathematischer Methoden; Vorhandene Verfahren und Anwendungsbeispiele; Auswertung einiger Anwendungen; Technische Hilfsmittel; Systeme der automatisierten Projektierung

Heft 3:

Jänike/Hupfer

Optimierung von Baukonstruktionen

2. Auflage, 146 Seiten, 68 Abb., 4 Tafeln, Broschur, 18,– M
Sonderpreis für die DDR 12,– M
Best.-Nr. 561 237 7

Inhalt: Historischer Überblick; Mathematische Grundlagen der Optimierung von Baukonstruktionen; Lösungsverfahren der Optimierungsaufgaben; Voll beanspruchte Konstruktionen; Optimierung von Konstruktionen aus elastisch-plastischem Material; Optimierungsstrategien

Heft 7

Jänike

Systemregelung in der Investitionsvorbereitung

1. Auflage, 176 Seiten, 52 Abb., 14 Tafeln, Broschur, 18,– M,
Sonderpreis für die DDR 12,– M
Best.-Nr. 561 332 9

Inhalt: Problemanalyse; Begriffsbestimmungen; Systemregelung im Bauwesen; Der Projektierungsbetrieb; Der Prozeß der Investitionsvorbereitung; Das Projektierungskollektiv; Der Entwicklungsprozeß; Versuch einer heuristischen Analyse; Kleiner Wissensspeicher

Heft 9/10

Jänike und Kollektiv

Projektierungssysteme der Praxis (I)

Zwei Erfahrungsberichte

Beitrag 9: Automatengestütztes Projektieren

Beitrag 10: Projektieren von Montagebaukonstruktionen

1. Auflage, 168 Seiten, 64 Abb., 5 Seiten Tafeln, Broschur, 18,– M,
Sonderpreis für die DDR 12,– M
Best.-Nr. 561 331 0

Inhalt: Der Beitrag über „Automatengestütztes Projektieren" enthält: Einführung, Voraussetzungen, Steuerung, Praxis und Betrachtungen zur Effektivität dieser Projektierungsmethode. Der Beitrag über „Fotoprojektierung" von Montage-Rohbaukonstruktionen enthält folgende Abschnitte: Vorfertigung als Grundlage rationeller Bauweisen; Besser und schneller projektieren – schnell und billiger bauen; Was ist eine technologische Linie?; Projektierungsablauf, dargestellt am Beispiel eingeschossiger Gebäude; Methodologischer Gewinn an Erkenntnissen; Vorschläge zur Weiterentwicklung

Bitte richten Sie Ihre Bestellungen an den örtlichen Buchhandel

VEB Verlag für Bauwesen, DDR–108 Berlin

Index 31 409